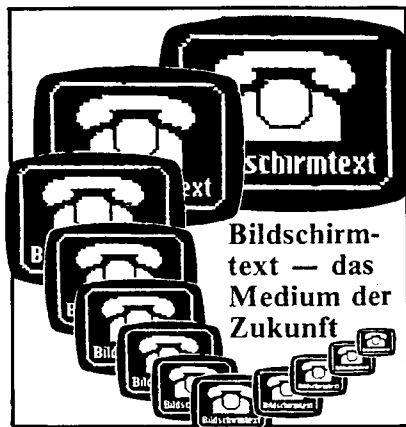


LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

2 / 1984

Interview mit Jose Napoleon Duarte.....	1
Hans-Jürgen Zahorka: Plädoyer für eine Restauration der Freiheit: 14 Thesen zum Ausbau der Bonner Wende....	5
Hans-Joachim Steck: The 'Wende' in Germany — From Social Liberalism to Liberal Conservatism.....	10
Maritain und die Deutschen (L.B.).....	23
Claus-Peter Grotz, M.A.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt — ist eine 'Entspannung' in Fernost möglich? ..	30
Dr. Ladislaus Barlay: Der exakte Systembegriff.....	41
Heiner Wehn: Beamtenrepublik Deutschland — eine Gute-Nacht- Geschichte.....	53
Dr. Chris Terry: Reprivatisierte Raubkatzen.....	58
Grüne Gratwanderungen — Grün + rot = braun? (LIBERTAS).....	60
Buchbesprechungen (Schelsky, Gabriel, Radnitzky, Schopper, Schieder, Brunn, Crick, Parsler, Khalizad, George, Litwak, Chubin, Parson, Weyden- thal, Porter, Devlin, Oberndorf, Sarlemijn....	62
Summaries.....	81
Impressum.....	89



Alles über Jugendzeitungen

- * Wie man eine Jugendzeitung macht
- * Wer sind die jungen Redakteure
- * Pressekonferenzen für Jugendredakteure

In der Dezember-Ausgabe

- * Radio selberrmachen
- * Großer Bravo-Report
- * Interviews

Interview mit Jose Napoleon Duarte

Der Staatspräsident der mittelamerikanischen Republik El Salvador gehört zu den Vorkämpfern liberal verfaßter Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie in Lateinamerika. Durch seinen mutigen, persönlichen wie politischen Einsatz ist es ihm gelungen, der langjährigen Krise seines Landes eine entscheidende, von breiter demokratischer Mehrheit getragene Wende zu geben und das politische Gewicht extremistischer Gruppen in El Salvador erheblich zu reduzieren. Duarte ist Christdemokrat und seine politische Aktivität, nicht zuletzt sein Erfolg ist im Zusammenhang mit bedeutenden, neuen Tendenzen in und um Lateinamerika zu sehen. Solche Tendenzen sind etwa der wachsende Einfluß demokratisch regierter Länder (z.B. Venezuela) in der Region, der Abbau von Militärdiktaturen und die Hinwendung zur Demokratie (z.B. in Argentinien und Brasilien), die Neuformierung der politischen Opposition gegen das chilenische Militärregime, aber auch die Lateinamerika-Politik der Reagan-Administration oder die Unterstützung demokratischer Entwicklungen seitens der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Für LIBERTAS sprach Reinhard Stüb, Leiter der Abteilung Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit Staatspräsident Duarte.

LIBERTAS: Herr Staatspräsident, mit El Salvador hat nach Argentinien innerhalb kurzer Zeit ein weiteres Land Lateinamerikas zur Demokratie gefunden. Haben die Militärs in Lateinamerika endgültig abgewirtschaftet und ist die Demokratie die Staatsform der Zukunft auf Ihrem Kontinent?

Duarte: Ja, es zeichnet sich in den meisten Ländern Lateinamerikas zur Zeit ein deutlicher Weg zur Demokratie ab. Er entspricht dem Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung, vor allem von Arbeitern, Bauern und Mittelschichten. Die Tatsache, daß dieser Weg zurück zur Demokratie oder — im Fall El Salvadors — zum Aufbau der Demokratie nach kurzen oder längeren Militärregierungen geschieht, soll uns nicht täuschen. Nicht die Militärinstitutionen, sondern bestimmte wirtschaftliche Kräfte sind die Träger antidemokratischer Regime. Ihnen gelang es, die Unterstützung einiger hoher Offiziere für diktatorische Regime — von rechts und links — zu gewinnen. Dadurch entstand ein Mißbrauch der Militärinstitutionen.

Lateinamerika ist in ein Zeitalter eingetreten, in dem die Demokratie das einzig vorstellbare System des Zusammenlebens und auch der einzige Weg zur Wahrnehmung der Interessen dieses Kontinents geworden ist.

LIBERTAS: Die beiden Wahlen in El Salvador 1982 und 1984 fanden unter schwierigsten Umständen statt. Es ist, Herr Staatspräsident, nur Ihrem persönlichem Einsatz, dem entschlossenen Engagement Ihrer Partei, den Christlichen Demokraten, und dem festen Willen des salvadorianischen Volkes zu verdanken, daß El Salvador zum ersten Mal in seiner Geschichte einen frei gewählten Präsidenten hat. Welches sind die Aufgaben, die jetzt vor Ihnen liegen?

Hiermit abonniere ich das Jugendpresse-Forum für 4 Ausgaben. Erfolgt nicht 1 Woche nach Erhalt der 4. Ausgabe eine schriftliche Kündigung, verlängert sich das Abonnement jeweils um weitere 4 Ausgaben. Die Lieferung erfolgt erst nach Zahlungseingang. Der Bezugspreis beträgt 15,— DM.

--	--

Name Vorname

--	--

Straße, Hausnummer

--	--

PLZ Wohnort

--	--

Datum

Unterschrift

DM 15,— überweisen an KOLLOSS GmbH auf das Postscheckkonto 202500-463 PschA Dtmld.

Duarte: Der Ursprung meiner Regierung ist der Wille des Volkes zu einer neuen Politik in El Salvador, zum Aufbau der Demokratie. Ich habe den Auftrag zur Durchsetzung dieses Volkswillens direkt vom Volk bekommen. Politik wird in meiner Amtszeit immer vor dem Volk gemacht. Alle Maßnahmen und Initiativen – ob kleine oder große – werden konsequent und ausführlich diesem Volk erklärt. Das Interesse eines Volkes ist aber vielfältig. Erlauben Sie, daß ich mich auf die wichtigsten und dringlichsten Aufgaben konzentriere. Zunächst einmal liegt es im nationalen Interesse, die Situation so zu meistern, daß die Einheit unseres Gemeinwesens gefördert und erhalten wird. Dieses wird aber nur möglich, wenn:

Erstens: Rechte keine Privilegien darstellen, sondern für alle gelten. Es geht also um individuelle wie um soziale Rechte, die – zusammen mit den entsprechenden Pflichten – für alle Salvadorianer gelten. Individuelle und soziale Rechte sind unter anderem: Ausgedehnte Pressefreiheit, politische und Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit usw. Kern dieser Freiheiten sind die Menschenrechte. Ich trete entschlossen für beides ein.

Zweitens: Die Bewahrung dieser Einheit erfordert, daß Gesellschaft und Regierung nicht mehr getrennt werden, also eine staatliche Ordnung geschaffen wird. Unverzichtbare Bedingung dafür ist der Erfolg im Kampf gegen Korruption und für Rechtsstaatlichkeit.

Drittens: Einheit in Freiheit bedeutet in der gegenwärtigen Situation, daß der Weg zur Einbeziehung aller Salvadorianer in die Demokratie geöffnet wird. Das Erreichen dieses Ziels setzt voraus, daß niemandem Rechte eingeräumt werden, die nicht für alle garantiert werden können. Demokratie ist nach meiner Auffassung keine Verhandlungsfrage. Darum bin ich nicht bereit, über die Demokratie oder über eine Machtverteilung hinter dem Rücken des Volkes zu verhandeln. Genauso bin ich dagegen, über eine Umstrukturierung unserer Armee mit politischen Kräften außerhalb des demokratischen Prozesses zu verhandeln.

Die vierte Aufgabe ist wirtschaftlich-sozialer Natur. Es handelt sich um die Basis der Demokratie, um die Wiederbelebung der Wirtschaft. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist die Voraussetzung für Chancengleichheit. Ein Beschäftigungsprogramm durch technische und finanzielle Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe ist notwendig. Die Konsolidierung der bereits eingeleiteten Reformen – insbesondere der Agrarreform – wird uns die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sichern. Mehr Anstrengungen seitens der Regierung, der Genossenschaften und der Kleinbauern sind jedoch erforderlich. Die Unterstützung der Privatwirtschaft ist ein weiterer Schwerpunkt meiner Wirtschaftspolitik.

Diese drei Elemente der Wirtschaftspolitik sind gleichrangig. Reformsektor, kleine und mittlere Agrar- und Industriebetriebe sowie Privatunternehmer haben zum Gemeinwohl Wichtiges zu leisten. Die Regierung setzt die Rahmenbedingungen und die Spielregeln für ein nützliches Zusammenwirken dieser drei, für die Zukunft des Landes so wichtigen Kräfte.

LIBERTAS: *Noch immer leidet das salvadorianische Volk unter dem blutigen Bürgerkrieg. Welche Chance, Herr Staatspräsident, hat ein dauerhafter Frieden in Ihrem Land?*

Duarte: Die Situation in El Salvador kann nicht als Bürgerkrieg verstanden werden. Es ist wahr, El Salvador drohte Ende 1979 ein Bürgerkrieg. Aber dank des Sturzes der Diktatur durch einen Staatsstreich im Oktober 1979, der Durchsetzung der Volksinteressen durch die von mir geleitete Regierungsjunta zwischen 1980 und 1982 und die Öffnung des politischen Systems durch direkte und freie Beteiligung der Bürger an der Gestaltung des Staates konnte dem Land diese Entwicklung erspart bleiben.

Die seit 1980 andauernde bewaffnete Auseinandersetzung ist kein Bürgerkrieg, sondern ein von außen betriebener Angriff gegen den demokratischen Prozeß. Dieser Angriff wird aus internationalen, geopolitischen Überlegungen geführt, die mit der inneren Situation El Salvadors eigentlich nichts zu tun haben. An diesem Angriff beteiligen sich sowohl Salvadorianer als auch regionale Kräfte (Nicaragua) sowie außerregionale Mächte wie Cuba und die Sowjetunion.

Auf lange Sicht ist Frieden nur erreichbar, wenn diese ausländischen Mächte nicht mehr versuchen, Mittelamerika zu erobern, alle salvadorianischen Kräfte von links und rechts im politischen Prozeß integriert werden und wenn Demokratie von ihnen als eine Tatsache anerkannt und angenommen wird.

LIBERTAS: *Sie persönlich und Ihre Partei waren lange Zeit vielen Anfeindungen aus anderen Ländern, insbesondere auch seitens der Sozialistischen Internationale ausgesetzt. Inzwischen wächst die Zustimmung zu Ihrer Politik in Mexico, in den USA, in Europa und anderswo. Welche Erwartungen haben Sie, Herr Staatspräsident, heute an die europäischen Regierungen und welchen Beitrag kann die Europäische Gemeinschaft für Ihr Land leisten?*

Duarte: Ich begrüße es, daß Ländern, gegenüber denen El Salvador in der Vergangenheit immer eine freundliche Einstellung hatte, heute mehr Verständnis für uns zeigen und daß manche von ihnen begonnen haben, ihre Mittelamerikapolitik zu ändern.

Die Regierungen Europas und die Europäische Gemeinschaft können einen bedeutenden Beitrag zur Demokratie, Gerechtigkeit und Stabilität in unserer Region leisten.

Auf bilateraler und multilateraler Ebene ist es wichtig, durch technische, finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfe uns auf dem Weg zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu helfen. El Salvador hat Vertrauen, da die Europäer uns in dieser Stunde Null unserer Geschichte nicht alleine lassen werden. Beistand, Unterstützung, Zusammenarbeit und Hilfe auf allen Gebieten ist das Gebot dieser Stunde.

LIBERTAS: *Herr Staatspräsident, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

LIBERTAS

LIBERTAS-Schriftenreihe "Christlich-demokratische, zentristische und konservative Parteien"

In dieser Schriftenreihe erschienen vor einigen Jahren kleine Monographien über europäische Parteien des christlich-demokratischen und konservativen Spektrums. Ziel dieser Schriftenreihe ist nachwievor, Informationsdefizite abzubauen und zu helfen, politische Mißverständnisse zu vermeiden, die sich in der heutigen und zukünftigen europäischen Parteizusammenarbeit aus unterschiedlichen Koalitions-, Sprach-, Geschichts- und Strukturvorsetzungen ergeben könnten.

Heiner Wehn/Knut Görich: Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein. Sindelfingen 1978. 32 S. 5.-DM.

Heiner Wehn: Die Nationalist Party in Malta. Sindelfingen 1979. 20 S. 5.-DM.

Knut Görich/Hans-Jürgen Zahorka: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz. Sindelfingen 1980. 36 S. 5.-DM.

Erik T. Jarlsby: Høyre – Die Konservative Partei in Norwegen. Sindelfingen 1980. 20 S. 5.-DM.

Paul Mattar: Die PSC und CVP in Belgien. Sindelfingen 1981. 38 S. 5.-DM.

Hinweise für Bestellungen:

Bitte bestellen Sie schriftlich unter Angabe des Landes und unter Beifügung eines Schecks bzw. unter Hinweis, daß Sie eine Rechnung wünschen. Bei Mehrfachbestellungen können Sie von günstigeren Staffelpreisen profitieren; bestellen Sie dann gegen Rechnung. Richten Sie bitte Bestellungen an: LIBERTAS, Schwenninger Straße 32, D-7032 Sindelfingen 6.

Plädoyer für eine Restauration der Freiheit:

14 Thesen zum Ausbau der Bonner Wende

von

Hans-Jürgen Zahorka MdEP

Die CDU ist in ihrer Geschichte an einem Punkt angelangt, an dem ihr Modell einer "Wende" nicht unerheblich gefährdet zu sein scheint. Die Breite der Koalitionspolitik, das Abdriften der SPD in "grüne" Positionen, das anhaltende Auftauchen der Grünen als Bestandteil der Parlamente auf Bundes- und Landesebene sowie die Wirkung der Flick-Angelegenheit auch bei den unteren und mittleren Parteimeinungsträgern lassen wenige Monate vor Landtagswahlen in Saarland, Berlin und Nordrhein-Westfalen die Überlegung zu, welche Akzente die Union verstärken bzw. neu setzen könnte. Dabei drängt sich einem der Wille förmlich auf, die Union und ihre Politik mit positiven Werten, mit Hoffnung, mit Optimismus stärker zu verknüpfen und durch eine prononcierte "policy" mehr Kontur, mehr Profil zu erlangen, -- das auch auf die Gefahr hin, daß die Bevölkerung dadurch mehr als bisher nach Unions-Anhängern bzw. -Wählern einerseits und nach Gegnern einer Union-Politik, die diese dennoch respektieren müssen andererseits polarisiert wird.

Der Verfasser dieser Thesen ist nicht durch ein bundespolitisches Mandat in Willensbildungsvorgänge eingebunden, in deren Rahmen irgendwelcher Druck auf ihn ausgeübt werden könnte. Es handelt sich vielmehr um ein -- sicher nicht vollständiges oder endgültiges -- Diskussionspapier, das weder Vollkommenheitsansprüche erhebt, noch auf das Recht auf politischen Irrtum verzichtet.

1. Die Trennwand zur sozialliberalen Ära 1969-1982 muß schärfer betont werden. Ordnungspolitisch hat die Union nicht alles Mögliche und Notwendige getan, um eine Ära stärkerer Individualvorsorge einzuläuten unter Ablösung bisheriger Wohlfahrtsstaats-Wurmfortsätze. Im Bereich Entbürokratisierung hat die Union ebenso wie in Sachen Abbau von Subventionen und Privatisierung öffentlicher Anteile an Wirtschaftsunternehmen ihre neue Politik intern wie extern nicht genügend wirkungsvoll dem Bürger nahegebracht. In diesen Bereichen sollte die Wende in Deutschland durch eine breiter angelegte parteiinterne und -externe Informationsaktion unterstrichen werden. Voraussetzung dafür ist natürlich, die vorhandenen Privatisierungspläne zu realisieren; der "Lufthansa-Hickhack" war der ordnungspolitischen Glaubwürdigkeit der Betroffenen bislang abträglich.

2. Die Union muß sich zur Vorreiterin der These machen, daß die Ablösung der hochentwickelten Industriegesellschaft durch eine Informationsgesellschaft begonnen hat. Sie ist auch die SPD streitet dies nicht mehr ernstlich ab nicht

aufzubalten. Die Union sollte ein klares Ja zu neuen Technologien wagen. Sie sollte durch massive Anreize Mittelstand und neuzugründende Existenzen in diese Bereiche leiten ("Silicon Valleys") und europäische wie weltweite Joint Ventures und Partnerschaften fördern. Sie sollte die meßbar dadurch entstehenden neuen Arbeitsplätze offensiv als ihren Erfolg öffentlichkeitswirksam darstellen. Im US-Wahlkampf '84 war einer der Hauptgründe für den Reagan/Bush-Sieg die Tatsache, daß die Mannschaft des Präsidenten darauf verweisen konnte, jeden Monat in der letzten Zeit über 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Dieses Ja zu neuen Technologien ist zu verbinden mit privat motivierten Investitionsformen für Projekte wie Weltraumforschung, Verkehrsgroßprojekte (TGV, Kanaltunnel) usw.

3. Die Union sollte in diesem Zusammenhang die europäische Mentalität, wonach man sich für Geldverdienen und wirtschaftlichen Erfolg quasi gesellschaftlich entschuldigen muß, zu ändern versuchen. *Unternehmertum im besten Sinne des Wortes, Kreativität, Rentabilitätsbewußtsein, Innovationsfähigkeit, Risikobereitschaft, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in neuen Branchen bei gleichzeitigem Niedergang traditioneller Industrien dürfen kein Tabu oder sozial geächteter Wert oder gar Laster sein. Ein klares Ja zum Leistungsprinzip wäre angebracht.* Die Union sollte hier eine gewisse, ihrem Selbstverständnis immer schon immanente liberal-konservative Komponente zum Tragen kommen lassen. Nur so lassen sich notwendiges Wachstum, Geldwertstabilität und Arbeitsplatzschaffung nachhaltig befestigen.

4. *In diesem Zusammenhang fehlt ein klares Ja zu Eliten.* Die Union sollte sich fördernd aufgeschlossen zeigen für private und privatwirtschaftlich orientierte Versuche, etwa Universitäten zu gründen. Ebenso wichtig wäre eine in den speziellen Fächern wie im Bereich ganzheitlichen Wissens leistungsorientierte Neuordnung der staatlichen Universitäten und Hochschulen, ferner eine radikale Ausweitung privatwirtschaftlicher Forschungstätigkeiten in diesen Institutionen. Die bisherigen zaghaften Versuche haben eine Eliteförderung nicht oder kaum gestattet, sondern eher ebenfalls positive Breiten-Effekte gezeitigt.

5. Während der Oppositionszeit befaßte sich die Union mehr als jetzt mit der Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft. *Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik - auch als Modell für ihre europäischen Partner - sollte der Überprüfung Raum lassen, ob eine erfolgreiche Durchsetzung des politischen Ordnungsprinzips der Sozialen Marktwirtschaft ohne die Gültigkeit des wirtschaftspolitischen Prinzips der freien Marktwirtschaft überhaupt möglich wäre und ob gegenwärtig, zumindest für eine gewisse Phase die freie Marktwirtschaft stärker betont werden mußte.* Dazu gehört ein radikaler Abbau bürokratischer Hemmnisse, Vorschriften, Statistiken usw., der insbesondere im mittelständischen Bereich viele, verständliche Frustrationen beseitigen würde. Vernünftiger und befreiender Spaß an der Technik - lange verpönt - sollte wieder gestattet, ja lobenswert sein; der positive Entlastungseffekt der Technik sollte politisch beachtet und unterstrichen werden. *Auch sollten Wirtschaftskonzepte wie z.B. ange-*

botsorientierte Wirtschaft in Verbindung mit starken Steuerentlastungen und knappem Geld unvoreingenommen erörtert werden. Dem Verfasser ist z.B. nicht bekannt, daß sich die Union mit Ideen wie die sog. "Laffer-Kurve" befaßt hätte.

6. In diesem Zusammenhang - dem der Besteuerung - ist grundsätzlich das Thema des Verhältnisses zwischen Individuum und Staat zu diskutieren. Ohne diese Diskussion ist es unmöglich, im Zeichen persönlicher Würde konzipierte Zielsetzungen der Politik von andersartigen politischen Zielsetzungen zu unterscheiden. *Die Union hat es bislang nicht vermocht, sich zum Advokaten einer neuen individuellen Liberalität zu gerieren.* Übergriffe staatlicher Behörden, der "vierten Gewalt", nämlich bestimmter Presseorgane in die Sphäre Einzelner sind seit der Bonner Wende nicht weniger und nicht geringfügiger geworden. *Das mangelnde Vertrauen des Einzelnen in seinen rechtsstaatlich zu garantierenden Freiheitsraum hat zu einer weitverbreiteten Verunsicherung gerade auch tragender, kreativer Elemente von Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Freiheit ist jedoch nicht nur durch rechtsstaatliche Regelungen des Verkehrs der Bürger untereinander zu sichern, sondern auch durch den rechtsgültigen Schutz des Bürgers vor denen, die ihm einen illegitimen Gebrauch von staatlicher Macht antun.*

7. Eine christlich-demokratisch orientierte Politik kann aber nicht nur ausschließlich an das Prinzip der Liberalität geknüpft werden. *Dazu gehört auch das Prinzip des Solidarismus, d.h. die Wertschätzung von Solidarität auf allen Ebenen.* Nur sollte dies nicht vom Staat verordnet, sondern vom Konsens getragen werden. "Volunteering" ist bei uns viel zu wenig verbreitet; es kann aber, wenn es viele tun und wenn es populär ist zu helfen, sogar Berge versetzen. Die Union könnte in den Bereichen jeglicher Sozialarbeit, Entwicklungshilfe usw. das "Volunteering"-Prinzip stärker fördern. Hierzu wird die Mithilfe aller Mandatsträger auf jeder Ebene benötigt. Natürlich dürfen Parteimitglieder nicht durch finanzielle "Horrorgeschichten" über eventuell inadäquat hohe, woher auch immer stammende Einnahmen exponierter Politiker entmotiviert werden.

8. Die CDU sollte nicht versuchen, nach dem Motto "Let's outgreen the Greens" vorzugehen. *Sie sollte sogar dazu übergehen, Umwelthysterie abzulehnen.* Gleichzeitig sollte sie ein unbefangenes Verhältnis zur Umwelt - "Spaß an der Natur" entwickeln. *Sie sollte Modelle für eine umweltgerechte Kombination von Markt, Technik, Wissen und Natur herstellen.*

9. *Die Union sollte sich klarer denn je zur Atlantischen Partnerschaft bekennen.* Dabei sollte sie mehr die Prinzipien und weniger die aktuelle Regierungsposition in der US-Politik anerkennen. Hand in Hand hierzu sollte die Union eine offensivere Auseinandersetzung mit dem Kommunismus suchen. Freiheit als Alternative zu diesem diktatorischen, menschenunwürdigen Herrschaftssystem ist ein stärkeres Argument als jede psychische und physische Knebelung. *Die Union sollte nachhaltig gegen eine Lässigkeit in der öffentlichen Meinung vorgehen, die überhaupt nicht oder kaum mehr auf negativ zu bewertende Fakten aus dem Bereich kommunistischer Tyrannei reagiert.*

10. Gleichzeitig sollte die Union sich zum *Avantgardisten einer neugefaßten Menschenrechtsdiskussion* machen, im deren Vordergrund die *Freiheitsrechte des Einzelnen und seine Selbstverantwortung* stehen. Themen wie das Verhältnis des Einzelnen zum Staat, der Übergriff des öffentlichen Molochs gegenüber dem Einzelnen, die neuen Technologien (Biotechnik, Telekommunikation, Datenschutz) sollten dabei Schwerpunkte sein. Gleichzeitig sollte unablässig – dies ist für die Glaubwürdigkeit von großer Bedeutung – gegen Übergriffe von Staatsgewalt oder "crazy states" im Sinne eines Y. Dror in anderen Weltregionen vorgegangen werden. Nicht nur Kommunismus, sondern auch überforderte Caudillismen plagten weite Teile der Menschheit.

11. Die Union sollte nicht nur als Pflichtübung bei Europawahlen, sondern mit vollem Bewußtsein und voller Überzeugung die Aufgabe Europa als "New Frontier"-Projekt behandeln. *Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland ist nur in einem starker vereinigten Europa denkbar. Keine andere politische Kraft hätte die Tradition, den Willen und die dynamische Durchsetzungsfähigkeit, hier ein völlig neues, konkretes, mit Hoffnung, Kreativität und Optimismus, aber auch überregional findbarem Konsens ausgestattetes politisches Gebilde – das der europäischen Integration nämlich – zu schaffen.* Eine zaghafte, in vielem national orientierte, nicht kohärente, bürokratisch verfolgte Europapolitik muß einer kraftvollen, auf europäischen Föderalismus gerichtete Integrationspolitik weichen. Europa muß für die restlichen Jahre bis 2000 ein unablässig von der Union propagierter "issue" werden. Hier darf ein Konflikt zwischen europäischer Integration und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes erst gar nicht aufkommen. Der Priorität der Freiheit und der Selbstbestimmung vor der antihistorischen nationalen Einheit muß ein dezidiertes Eintreten für die Menschenrechte der DDR-Bevölkerung entsprechen. Innerdeutsche Gefühlsmodelle dürfen kein politischer Maßstab sein.

12. Die Union muß den Mut haben, sich für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu einer gewissen "Dekadenz" und *persönlicher Unvollkommenheit* zu bekennen. *Gerade dies schafft Optimismus: wenn man sich ständig bewußt ist, daß man selbst nicht vollkommen sein kann.* Die schon fast diskussionsfeindliche, falsche Pietäten implizierende, verlogenen moralisierende, heuchlerische, durch einen rot-grünen, oft von Kirchenkanzeln kommenden Gesang des "Wir fürchten uns" genährte *Angstmentalität* muß wieder offen angegriffen werden dürfen.

13. Die Union muß dem veränderten Parteiensystem mehr Rechnung tragen, aber auch andere demokratische Parteien müssen dies nachvollziehen. Im Sinne eines verfassungstragenden Konsenses freiheitlicher Kräfte muß die Union mehr als bisher liberale Elemente berücksichtigen. Die SPD möge, wenn sie noch kann, zurück zu genuin sozialdemokratischen Positionen rücken. Ihre Anbiederung an Grüne, eine "Mehrheit links von der Mitte" im Sinne Brandts, schaffen zu wollen, hat sich nicht ausgezahlt und wird sich nie auszahlen. "Zurück zu Godesberg" müßte eigentlich ihre programmatische Devise lauten. Ein Lassalle, ein

Bernstein, ein Erler oder ein Leber können sich in heutigen SPD-Positionen überhaupt nicht mehr finden. *CDU und SPD müssen klar sagen, daß die Grünen in weiten Bereichen vorrechtsstaatliche Positionen vertreten, antiparlamentarisch, antidemokratisch, plebiszitär und intolerant sind, faschistoide Tendenzen befolgen und letzten Endes anfällig sind für kommunistische Unterwanderung und Fernsteuerung. Eine Wirtschaftspolitik nach ihrer Linie würde Massenarbeitslosigkeit und Entindustrialisierung sowie katastrophalen, nie wieder einholbaren wirtschaftlichen Niedergang schaffen.* Die grüne Denkschule der Volkswirtschaft, wenn es sie überhaupt geben würde, verdiente es, die der "Morgenthau-Boys" genannt zu werden. Das muß von der Union – die SPD kann es ja nicht – nachdrücklich und anhaltend der Bevölkerung klar gemacht werden, nicht nur aus dem Munde einzelner Politiker, sondern in einer umfassenden, offensiven Aktion der Gesamtpartei.

14. Die Union ist in der Lage, wirtschaftliche Solidität, Liebe zur Natur und Weltoffenheit gleichzeitig auszustrahlen. Leider strahlt sie dies bislang zu zaghaft aus. *Sie sollte es ruhig einmal riskieren, sich von irgendwelchen Leuten als "konservativ" beschimpfen zu lassen.* Gegenüber der Kraft überzeugender, weil in der Sache stichhaltiger Argumente kann politische Steißbeingeographie nicht bestehen. Die Union muß sich bei ihrer – oben definierten – Ausstrahlung offensiver Mittel der Public Relations nicht nur vor Wahlterminen bedienen und sie muß in der Lage sein, mit wenigen, einfachen Thesen ihre Plattform öffentlichkeitswirksam zu vermitteln. Die Bürger wollen statt allgemeiner Verunsicherung lieber eine solide Plattform, auf der sie mit beiden Füßen stehen können. Man muß sie ihnen nur bieten.

The "Wende" in Germany — From Social Liberalism to Liberal Conservatism

by
Hans-Joachim Steck

The demand of the SPD chairman in the Saarland, Lafontaine, in 1982, that 'the SPD must get out of the government in Bonn' was confirmed in March 1983 by the clear voting of the electorate for the Conservative-Liberal coalition. With that the 'Wende' or turning point was born, but it was not yet realized. One year before the recognition of the SPD national executive member Lafontaine, this word, which was to become a fixed expression in the election campaign, had already been stamped in oracular art and manner by Genscher, the FDP chairman. Whenever one wishes to look back for the meaning of the 'Wende'-policy one must refer to the intellectual father of this expression.

For Genscher, back in August 1981 a 'Wende' or turn-around was wanting. It was necessary, according to the vice-chancellor, to strengthen the understanding that no service of the state or society can be afforded, which must not subsequently be rendered by the public, in other words by all of us. It was worth breaking this mentality of 'asking the state for everything', which had not arisen because today's living and working generation are less prepared to work as their predecessors but because some laws are challenging this very idea of laying claim to aid. In everything that one tackles, one must start from the basic idea that we must not burden our children and grandchildren with the problems of today, according to Genscher.

The General Aims of the 'Wende' 2

Genscher's 'turnabout programme' reads like an anticipated abridged government statement.

- competitiveness and more competitiveness;
- investment and more investment;
- jobs and more jobs.

Before turning towards the CDU/CSU he quickly gave his then coalition partner a rhetorical stab in the back with his declaration: 'Improved framework conditions for investment are more effective in creating jobs which are going to last than the so-well meant 'boom-prospect' programme or whatever it is called'. The spiritual turning away from the SPD he effected with the statement: 'it is a matter of carrying through a U-turn, for more results, greater self-responsibility, greater self-determination.' Less state and more private initiatives, less duties and tax handicaps, they are the needs of the moment.

Demands and Proclamations

What Genscher had induced showing the way, found its reaction in the government declaration on the fourth of May, 1983. This can be reduced to three vital

criteria in the economic and social political section of the declaration:

- economizing;
- the creation of more markets and a marketing structure policy;
- the demand for technical progress.

For the new Federal government, the free market economy with its fundamental elements -competition, personally and socially bound property, the non-interference of the state in collective bargaining, the readiness to work and produce, personal enterprise, self-reliance and entrepreneurship- is the essential course of their action. That is how they hope to break through the vicious circle of the past few years - more and more debts, more and more unemployment, more and more interest and less and less investment. The renaissance of the free or social market economy, suited to the changing economic and social conditions of the 80's should achieve a durable recovery and an invigoration of the economy, strengthen the investment capabilities, ensure the stability of the monetary value and increase the number of the employed.

The Economic Policy of the SPD

The SPD -lead government largely ignored economic expansion and growth, stigmatising profits as the devil's exploitation, they were satisfied with the at first popular and placative formula to improve the living standards and to test the load capacity of the economy. The exit door out of the social market economy and the strategy of taking small steps in the direction of socialism was pre-programmed. At the SPD national party conference in Munich in 1982, the delegates decided to introduce even more socialist instruments of torture: starting with the lifting of the maximum tax rate, the obligation to publish investments, and finishing up with compulsory supplementary contributions and the transfer of management controlled tasks in the market to central councils. All these state planning mechanisms stand in complete opposition to the CDU/CSU almost banal but correct concepts: 'He who dares more and works harder, this man also has the right to success and profit.'

The Programme of the 'Wende'

The 'Wende' in the economic policy derives from the fundamental notion that the more successful the economic system, the more the state should hold back and let the individual have his freedom. The Union (the CDU and the CSU) does not want to amass and increase the money within the state organs but in the hands of the citizen and private economy, who because of their personal liability with the money will handle the money more sensibly than any good state bureaucracy. Figures show this amassing of money by the state best. From 1970 to 1982 the gross salary and salary expenses increased by 137%, however the social contribution increased by 221% and the national insurance revenue by 251%. However the 'Wende', above all a 'Wende' (turn) for the better, is not going to happen over night. Every realist must have known that the political change in Bonn was not going to be followed with a far-reaching and powerful boom, like a phoenix out of the ashes, to iron out all the problems and failures of the past years in one great swoop. Many politicians have really built up a great mountain of expectation amongst the public with the maxim 'Wende'. Others have, if at least not as audibly, warned of a euphoria and forecast that one would need at least a two-term legislative period in order to get a hold of the burning problems.

Cuts

Before the decisive election there was no doubt that cuts as an immediate measure were inevitable and every sacrifice must be demanded: whoever takes the road of the principles of law and order will have to hurt the individual's interests time and again, if the latter's expectations of the community are too high. This man will not be honoured as a benefactor. Unpopularity is his lot once he starts making cuts. However the Federal government do not economize here, there and everywhere because it is fun, but because they are convinced that this is the only way to fight against the debt increases and unemployment. Of course financially political negative developments are not simply eradicated by cutting through the payment positions of budget estimates, where the least opposition is expected. More and more every state achievement has to be examined to see if the extent of the costs relates proportionately to the urgency of the task. Consequently cuts would take place in the consuming area, especially in the transfer payment and production in the civil service, that is where formerly the increase of payments was highly concentrated. On the other hand one must not ignore economic politics and an inevitable 'Wende' away from the approval of social groups. Numerous commitments, which from the point of view of the Federal government are perhaps in the wrong direction, must first be kept because of this approval for the good reason of safeguarding the trust and reliability of the government. This consensus must not be bought at too high a price. Economic policy today is more than carrying out certain interests and putting into gear with the help of state programmes self-generating booms.

Interim Results

Whoever maintains that the 'Wende', in the strict sense of the word, has been completed in every respect, is mistaken, just like the West Phalia Minister President Rau, who coined the slogan as if he was taking potshots from his holster: the 'Wende' has failed. One thing is indisputable, after the positive start and having got stuck half way, many things have been set in motion. The unions and employers' association could already have united in theory back in January '84, on the fact that the economic expansion plans, started in the year before, was going to accelerate. The experts observed a boom in the annual report of 1983, which is maturing in an extraordinary way. For 1984 an increase of 2.5% has been forecast. This supposition, however, was raised by .5% in the spring report, when an unexpectedly clear recovery in business was noted. To what extent this number must be corrected because of previous opinion differences, cannot be established at this present moment.

Growth Through Profits

For the coalition, economic growth and getting profits are inseparable from each other. A venture that does not make any profit, does not pay any taxes, cannot allow any research in the development of new businesses and products, and as a result secure any long term jobs; because the competitiveness has been lost. It was decisive for the economy's growth, if one is allowed to believe the business report of the German Bundesbank, that the year's precarious output situation of the private entrepreneur has clearly improved. In the business year of 1983, the revenue from employer activities rose, according to the assessments of balance

experts, in two-figure percentages. The gross product, and also capital returns, rose in 83 up to 11.2% and for 84 9.5% is expected. The function of profit, as a yardstick of economic budgets, is a function the SPD never recognized. They would always practice the tried and tested model - indebtedness through extravagance - because it was said that profits were unsocial and yet it was quite the opposite within state spheres.

Exportation

There was a powerful, indeed almost sudden increase in the export trade. The second best results since the end of the Second World War - 40 billion DM - were recorded in foreign trade.

Balance of Payments

The balance of payments, which had reached an all-time low with the deficit of 28.5 billion DM in 1980, now shows a profit of 8.4 billion DM.

Inflation

Simultaneously inflation was brought down from the 5% level of October 1982 to the 3% level of 1983. This decrease by 2% has brought spending power amounting to 17 billion DM for the citizen and more stepping up of the economic growth than every state distribution programme.

Strike Dependent Influences

Hardly had these reports of success been transmitted to the nation when the first dark clouds began to gather in the blue boom sky over Germany. Thanks to the many weeks of strike in the first half of 1984 the German economy lost more than 10 billion DM turnover. The private market dropped during this time, particularly amongst travel agents and within the retail trade. Especially badly hit were the car manufacturers. They could still sell from January to April 84 1.5% more cars than in the first third of the previous year. So in fact the strike took away a further rise in the sales figures. One can only hope that the G.N.P., as a criterion of the recovery, does not show any permanent damage. After two years of negative development the G.N.P. still managed to go up by 1.3% in 83.

The Job Market

In the most delicate area, the job market, other expanding boom has yet to bring any noticeable improvements. The general expectations in the scale of unemployment have not been fulfilled as yet.

Forecasts

The army of three million unemployed painted by the SPD, thanks be to God, has not marched across Germany, even though the state employment programme the former government wanted was not implemented. One should look back to September 1982. In this month, there was 1.82 million people on the street without any work - that was 45% more than in the comparable month of the

previous year and 121% more than in September 1980, despite 14 state employment schemes since 1975. If the CDU/CSU and FDP coalition had managed the same 'success rate' since coming to office, there would have been 3.34 million unemployed in October 83 and exactly 5 million in October 1984.

Whether the government will reach the average of 2.13 unemployed as against the 2.26 of 1983, as calculated by the research institute, seems dubious at the present moment. The requirements for this were that the seasonally cleared up unemployment has gone down to 1300 by May; in the previous month however it rose. It would be a violation of the chronicler's duty to withhold that the number of jobs has recognizably overtaken the level of last year, the number of part-time workers has gone down and youth unemployment has gone down by 14%, not least because of the 40,000 apprenticeships created.

Causes of Unemployment

The decisive positioning of the track points for the present calamity, according to the interpretation of the CDU parliamentary vice-president Dregger, were made in the period between 1970 and 1980. A simple accusation of one's predecessors perhaps? Certainly not because in this period the number of jobs had only risen by 637,000, in France however by 1.4 million, in Italy by around 1.5 million and among the rest of our world market competitors around 8 million. CDU MP Haimo George criticises the public for thinking on one dimension only - how jobs are created. It is necessary to think on more dimensions: for instance the formation of new businesses, the extension of production hours, the flexibilisation of working hours etc. His interpretation, that the job market is a slow indicator, can be verified by relating back to political economics. The way to unemployment began only after high interest rates, inflation, the fall of capital resources quota, large salaries and corresponding taxes had accomplished the necessary preparation.

Reducing Unemployment

According to George the way out of unemployment begins as a consequence, first with sensible low interest rates, the building of capital stock and reserve through loans and incidentals and second salaries, normal taxation and middle-term and long term profit expectations. For secondary measures George recommends the trimming of educationally and job-wise handicapping dictates, the support of the legislator in the promotion and formation of new businesses and above all no subsidies, which only lead to artificial consumption.

The Shortening of Working Hours

We will not go into the tariff conflict of the first half of 1984. The Chancellor and his former economic minister Lambsdorff passed a clear verdict on the matter. The government fought with the idea that there was a definite quantity of work in an economic system, which could be divided up like a cake. One opposes similarly the view that there will be less and less work, the level of saturation has been reached. In his paper, that bolstered the 'Wende' politically, Lambsdorff had previously made the declaration that in individual markets saturation points do occur but in no way can anyone talk about a general market

saturation. The coalition is not primarily interested in job sharing because of the lack of work by shortening the working hours but in raising the number of jobs. The means to do this are found in a many sided bundle of measures: economic growth and increasing competitiveness.

Economic Growth

The anti-growth hacks have up till now not yet answered the question where the means for a constant maintenance of the population should come from and how the public budget should be stabilized, if anyone would renounce every growth whatever, though of course growth is simply not renounceable. A growth of 2% in manufacturers' production meant ultimately more than 4% in the 50s and just as much in the 60s. In those days this meant, due to the narrower starting points in the gross national product, a surplus of 16 to 18 billion DM. In terms of figures the same surplus compared with today only yields a 2% growth.

Programme for Economic Expansion

For success in the job market sector the Christian Democrats have to put up with the system break ups. When they chewed the hard bread of the opposition, they were given no opportunity to denounce the inefficiency, even damaging effect of boom prospect plans. One had hardly sat down in parliament when the Union (the CDU/CSU) changed - first of all the Federal Minister for Construction, Schneider, from the private Paul to the state Saul. Quickly the immediate programme for re-production of growth and stability was discussed. Profiteers should above all make up the construction industry. This state shot-in-the-arm for economic improvement neither created the extra 200,000 jobs nor lead to the necessary impulse for any economic improvement. After starting with a gallop the team horse construction industry started to go lame. As early as June 1984 the economic boom in construction was, according to the examination of the Ifo-Institute for Economic Research, finished again.

Another economic branch of the state monopoly, namely the Federal German G.P.O., was more successful in this field. With investments of almost 15 billion DM, according to Minister Schwarz-Schilling, 200,000 jobs had been secured in the private sector, that is newly created and tied up with decisive assistance for the promotion of competitiveness of smaller entrepreneurs.

Competitiveness

The ability to compete runs right through the economic thinking of the Union - that is social market economy. For the SPD young socialists this is at any rate a conservative and erroneous belief in an ideology, that has nothing to do with reality. Even the Social Commission, the strong employers' wing of the CDU/CSU recognizes the principle of competition as the most effective instrument of economic taxation in free markets and open prices. Competition is a central part of the jigsaw of social market economy, on which the work volume depends in the Federal economy. 'It is the buyers who decide the competition, nobody else. Whoever does not have enough work must improve his product or sale. It must be improved in quality or brought down in price - at best both should happen.'

This is an unequivocal confession worded by the CDU Bundestags chairman, Dregger. For the Union's smaller entrepreneur association capital, work and progress are the key factors, which are decisive for competition. A competitive economy must be open, as they see it, for progressively structured changes in the system. Only then can it deal with the constant changes of demand in the national and international markets. For the middle-class supporters the artificial preservation of old structures, for example with subsidies, does not lead to progress and higher competitiveness but to the opposite. The German economy has, according to examination by the Kiel Institute for World Economy, fallen back into the international competition. No wonder, since competitiveness depends in the last analysis on costs. As far as the salary costs of working hours goes, it is common knowledge that here in Germany, in industry, we are the fourth most generous. In the way of tax burdens, measured in percentages of the GNP, the FRG is behind the USA and Japan in 6th position. In the export of high technology goods, the FRG has lost ground noticeably in the last few years. Japan, on the other hand, has managed to work its way up to a share of 25% of the market and second place behind America. Another statistic example is even more graphic. Between 1970 and 80, the Federal Republic's share of the world market in electronically powered products has fallen annually by 15%, whilst the Japanese have raised their share by 2%. Today the USA and Japan dominate up to 90% of the market for finished micro-electronic components.

Formation of New Businesses

A further instrument for the elimination of the job market problems is seen by the Liberal/Conservative coalition in their promotion of forming new businesses. Here too figures can be illustrative if one takes a short look back. In 1981 the number of bankruptcies rose by 27.5% and in 1982 by 36.2%. In 1983 the number of insolvencies reached 16,000. If this development continued at the same rate, there would be altogether 30,000 bankruptcies in 1984. From 1970 to 1982 the number of self-employed without family assistants dropped by 366,000 and those without family assistants by 128,000. Rising bureaucratic obstructions and an anti-middle class policy has led to this setback. The Liberal-Conservative coalition can register signs for an improvement. According to the Federal Statistics Office there has been from January till March 3,084 insolvencies, and that was 4.5% less than in the first quarter of 1983.

The bank responsible for the equalization of burdens used as an institute of the state for promoting small firms is experiencing a boom never experienced before. There is a real desire for self-employment, here.

The Measures of the National Coalition Government, (CDU/CSU/FDP)

The Blüm-ist definition is quite valid for the national government: 'It is better to relieve the economy than relieve the employees'. In this way around 370 million DM was taken from the capital resources assistance programme, which improved notably after the government takeover, and made available - that meant 290% more than in 1982.

Small and middle-sized employers were granted special depreciations and the Bundestags group of CDU/CSU has worked out a law for economic support for newly formed businesses, that they still want to introduce into the German Parli-

ament (the Bundestag) this year. From my own calculations 100,000 newly formed businesses could be financed so and also 750,000 jobs could be created.

Capital Resources Ratio

One of the most important causes of susceptibility to insolvencies, according to the industrial office of the German 'Sparkasse' (building societies) is the lack of support of capital resources to entrepreneurs. Since the start of the 70s, this has gone down. The capital resources ratio dwindled from 30% to 18%. In comparison the ratio in the USA is at 60% and even in Great Britain it is still at 50%. A smaller share of private capital means less flexibility, less capability for innovation and high costs for borrowed capital.

Measures

For the strengthening of the private capital rates the Bonn government dropped the industrial tax. Since 1984 the long term debts and interest thereof in the industrial tax has only been reduced by 50%. Simultaneously with the recovery of the employers' output, the room for manoeuvre for self-financing has been widened. As a result in the second half of 83 the Bundesbank made a fifth more self-financial aid available to employers than in the same period of the previous year. The financial consolidation of the German employers is obviously making headway.

The Budget

In the consolidation of the public budget it has not been possible to take off one single Mark up till now. Only the pace, of the debt growth, is slowing down. A gauge that is used less and less in public discussion but which still says a lot is the gross uptake of credit (that is the net credit uptake) including the amortization payments. This effective hindrance to the capital market cheated the Republic of 75.4 billion DM in 1981. Out of that after interest and amortization there was only 16.8 billion DM left for the financing of additional concerns. The payments for interest and amortization illustrate with 25% the largest rise rate of all individual plans and puts the position of the budget before the balance sheets of the Federal Ministry for Employment.

Measures for the Reduction of Debts

Economising and solidarity were the top guiding principles for the Christian Democrats in the budget policy, which is demonstrated in that contrary to the previous years there was no need neither in 83 nor in 84 for a supplementary budget. 1983 threatened an annual debt increase of approximately 55 billion which would fall on the 30 million citizens by essential measures and so be reduced to 31.5 billion DM and then in 1984 amount to 33.6 billion. Already the failures of earlier mistakes are being avenged. The Republic's interest payments alone for 1984 at the amount of 28.7 billion are higher than the whole costs of the economy, development aid, construction industry and scientific research. Until the new debts are dealt with, to pay the interests of present debts, there will be no impulse for growth.

Theoretical Fundamentals

The quality of the financial policy cannot be measured just by its financial outlay. A political system can only prosper, if its finances are in order, well-balanced that is. It would be a waste to explain to the citizen that all state expenses are at the same time the expenses of the citizens themselves, therefore the employment of the state cannot be obtained for nothing. For some politicians whenever a problem arises, they immediately call for help from the state. The nationalisation of numerous areas of life have striden ahead for long enough.

Stocktaking

The state extends its activities through an excess of quotas aswell as through redistribution, half financed by high taxes and state debts. Back in 1978 18 million out of 22 million families received money from the public coffers. The state quota, defined as part of all public expenses in the GNP inclusive of social security, rose from 39% in 1969 to 50% in 1982. This high state share is used principally for consumption purposes : social services, the civil service or subsidies. A head witness in the prosecution might be Graf Lambsdorff, who declared laconic-ally in his 'paper' : 'The share of social services out of the GNP rose by 6% in the 70s, whilst the share of public investment out of the GNP went down.'

The Goal

The CDU/CSU attached to their banners the call for the state to trim back to size its inherent concerns - namely the lofty administration and to leave the manufacture of marketable products and the services to private initiatives.

Social Policy : the Position of the CDU/CSU

Social security is desirable in every respect, but this security is only possible on the foundation of a competitive economy and in the framework of what is produced in this economy and therefore what can be shared from it. Nothing can be shared out of nothing. Social policy should be based according to the conception of the CDU/CSU social justice. Though for the SPD it was to lead to the levelling of society, as can be found in 'Orientierungsrahmen85' (the programme paper of the SPD).

Stocktaking

Social politics has been misused for 30 years, as a vote-catcher. The state was, to exaggerate its function, concerned with keeping the impenetrable system of the distribution of income going round. It built up a whole host of transfer payments which were governed by 40 administrations and quasi administrations. Social was compared with just. However justice does afford transparency. And this was not the case if nobody knew who was paying how much to whoever.

The 'Wende' in the Social Policy

The government must now reckon with the obstinant opposition of those 'Sopos' (Socialist politicians), who always have new charities to bathe in during times of economic boom. Today they are arguing, superficially, with their slogans 'The government is stealing from the poor and giving to the rich' or 'We are becoming an 'I'm okay, Jack' society.' In truth they see every cut as an attack on their life's work. Before, they managed to share out the billions others had saved up, and ontop of this they cloaked themselves in the coats of the charity workers. From 1970 to 1982, the social expenses went up by 221%. Today they are to be brought into line by being given smaller financial manoeuvre room corresponding to the economy. Minister of Employment, Blüm, has, under heavy fire from the opposition, turned the tables : 'Social policy should be developed not just from the point of view of those who receive the help but just as much from the perspective of those who pay for it. Social is not only what social politics affords in help but it is also the question of who pays for it all. Social progress is not just made out of expansion : social security is also dependent on whether the system and its promises can be accountable for.' Actions followed the words : angry tongues slandered publicly that the mad saving of the government would ruin society.

Subsidies

With regard to subsidies, the CDU is not totally without blemish. At the CDU national conference in 1983 in Cologne, Alfred Dregger let slip that subsidies would be going into the testing laboratories. In the same month the opinion was expressed that with higher and higher subsidies employers would be kept alive artificially but with no real future and jobs would be saved only temporarily and also it would be a misdirection of capital. As a result one would have expected a clear reduction in subsidies in the budget. Instead they were raised by 7 billion to a present total of 29 billion DM. People are only managing to save face by arguing that in relation to the GNP subsidies have been reduced. During the 70s the share of subsidy expenses of the whole expenses of the country was still at 9.2% and in 1984 it is deludingly still only at 5.2%. The verdict of the spring report by the Institute for Economic Research speaks volumes. In it the national government was reproached for hesitating to cut back subsidies and for taking steps in the wrong directions.

Taxes

The Institute's verdict does not change for the tax policy of the government. Pro distribution views in the planned tax reform show a lack of insight into what is needed or a lack of determination.

As a result the Union wanted by means of the biggest tax reform in the Federal Republic's history to make it worth working again. They (the Union) came into power with the promise to bring a stop to tax increases, and about time too. The employee in 1970 kept 77.5% of his wage but only 69.3% in 1982. The great breakthrough was missing. Up till now only small holes have been drilled through the tax wall - the budget covering law of 1983 and 84. These have made

ground but chiefly only for the middle classes. With the tax reform, that the Federal Chancellor has promised for the first of June 1986, every will for venture and work will be supported. This seems necessary. It cannot be accepted any longer that a fifth of all taxpayers pay for half of the whole national insurance income. The delayed reform should now be cut into two parts, the courageous design is overdue. Firstly one would like to unburden the family, because whoever brings up children, should be asked to the cashier's less than the person who only pays taxes because of the generation agreement.

Family Policy

The family policy, the weak limb in the CDU, has to put up with hard criticism. This fact would hardly be worth noting if Joseph Kardinal Höffner had not brought attention to it at the German Bishops Conference, in March this year. What Bonn has proclaimed up till now is definitely not enough, according to the cardinal. And the Family Alliance of German Catholics declares that there is a substantial deterioration in the revenue situation of large families. Amongst working mothers 320 million DM per annum would be saved, if the help for pregnant ladies and the aid for education was cut in the new Federal Social Welfare Law. 2.3 billion saving measures in the budget affect the family directly or indirectly. Though even in this especially sensitive area the clearly painful cuts have to submit to the superior fiscal aim: reducing the national debt. In no way is it the fact that the cuts are only affecting families. In the 1984 budget and in the covering law it was embodied that maternity money is not to be paid to working mothers who are bringing up a child from 1987 and not only to those mothers who are working. In the SPD there were two classes of mothers. For child welfare, income limits were introduced, based on the thinking that not so many claims would be expected from citizens with a higher income than citizens with a low income. The principle of the CDU in the family is based on the subsidiary principle that says: the state should not regulate what the individual can do in his own strength but instead limit itself to the help it can afford by itself. In short, incentive instead of the provision of security. The SPD family policy is based on securing financial support for single family members, to lead them to emancipation out of an encrusted authority relationship. 'The parents-child relationship is broken up', according to the notorious second family report of the then lead-SPD government.

Privatization

Even in the state working of the economy, the CDU wants to put into action the subsidiary theory. The SPD working team on the question of employees wanted to nationalize key industries which dominate the market - true to the mendacious motto of Peter von Oertzen: the immunity of property does not belong to the free democratic fundamental order. Therefore radical expropriation is quite an important part of the SPD character compatible for the SPD with free democracy. For socialists there is a contradiction between work and capital. That is why there is a mistrust of private property which pervades the idea of economic policy for socialists. For the CDU/CSU it is exactly the contrary. They want to privatize state ventures. According to the legal basis of paragraph 65, Federal Budget Law, - corresponding rules exist for the Federal states and communities - the state should only involve itself, if there is an important interest for the state

or if the aspired purpose cannot be achieved more competently or efficiently. According to the state intervention report, this picture led to 33 ventures or groups of ventures with more than 800 consequential Federal interventions. For 170 ventures with a surface capital of about 12.2 billion DM the state contributed directly around 7 billion DM. In six instances, where the state held four majority and two minority holdings, around 430,000 workers were employed in 1982. Privatization is not an end in itself for the CDU/CSU, which must be realized for ideological reasons. Privatization for the Christian Democrats means repressing the organized unprofitables in favour of private efficiency. Privatization should be conducive in stopping new public debts and reducing the present national debt. The middle classes especially are urging as always that the privatization orders, that are contained in the annual economic report, should be realized. The first swallow is flying in the privatization sky - it is time for summer. The state share of the VEB A. Ltd. Co. is going to be reduced from 43% to 30%, on the basis of a cabinet decision taken over the period between October 83 and January 84. Privatization is not a one way street in the direction of state assets. For the CDU/CSU, it is a general term which contains the idea of reducing bureaucracy and increasing the private room for manoeuvre.

De-Bureaucratization

Bureaucrats express themselves in legal texts, decrees etc., which must be administered by officials and they restrict the economy. As a consequence: laws grow and so do the number of officials. Whoever wants to build a family house has to observe 400 individual regulations. If it concerns a house for more than one family with a grocer's on the ground floor, then there are already 80 laws with 750 single observations to consider. It is the same with officials. During the period between 1961 and 1982, personnel strength has grown from 1.8 million to 3.3 million, which is an increase ratio of 81.3%, whilst in the same period the number of employed in the whole economy has gone down by 863,000 or 3.2%.

Measures

The removal of unnecessary regimentations are imperative. According to the opinion of the government about a third to a half of all applicable decrees should be withdrawn. Till the end of 1985 over half of the reduced construction statute book should be submitted. The Home Office cabinet really dwelled on a legal decree back in April, which dispenses with 1000s of questionnaires and strikes out 800,000 statistic references. Even the industrial code, the artisan's code, the weights and measures code and the insurance code should be cleared of any rubbish. Decrees obstructing education have been reduced; there are also benefits for single artisans in the introduction of more than one apprentice and the recognition of apprenticeships as actual jobs, as stated in the law for the severely handicapped, has been preserved.

Industrial Law

The attempt to make the industrial law more flexible backfired. The consultant outline meant more regimentation than flexibilisation. The CDU should not fall into the ruts of the old SPD tradition. If one goes over the legal flood of the past years, some open or hidden blow to the entrepreneur's freedom, and above all to

the financial solvency of the private economy, comes to light. That used to be called the 'Reform Policy', 'pointing out a new course to follow' and was most incorrectly labelled 'The Venture in to Greater Democracy'.

Technology

Technology too has had to suffer as the serf of ideology. Enterprising self-initiatives were regarded with a growing criticism as was technical progress. Objective discussion was impeded by the emotionalising of the argument. People have consciously stirred up, in part, the fear of technology and have demanded a climate, in which many projects in connection with new technology can no longer be realized. A universal stop to cable T.V. and nuclear power stations are well known stock phrases. However, this is not the business of the state, according to the Minister of Research and Technology, Riesenhuber, to discuss or pretext the programming of a few techniques. The task of the state should be to create the framework in this respect. The Union (CDU/CSU) politicians run after technology like the children of Hamlyn; but they should see technology as an opportunity of the future, especially for the smaller entrepreneurs, as a security of their competitiveness. That is why this creed has been chiselled out into the Government's statement of 1983. 'Our society needs the technological progress. The new information and communication technologies are promising new possibilities for growth.' In the field of advanced technology the FRG has not managed to keep up with the top competitors. Indeed the FRG is the country with the largest dependence on export after the USA. Comparing the GNP's the FRG exports only 17%, as against the American 37%. One must be suspicious, if one sees that the German IC production only covers 60% of the home market. There are already five branches in the FRG, whose every product is only for sale if it has been fitted to work electronically. Technology means competitiveness. In this branch about three million people are employed and their jobs are obviously dependent on the competitiveness of the goods. To keep an adequate level of competitiveness it takes high expenses. Almost three billion DM is to be made available (inside five years) for research and development. The expense alone is no guarantee for success, if we do not manage to use the results of science and universities in the economy on a wider scale. Unfortunately though, the exchange between science and business as always leaves a lot to be desired.

Maritain und die Deutschen

Es soll hier von einem deutschen Skandal die Rede sein, wohl nicht von dem einzigen seiner Art. Jacques Maritain (1882-1973) ist fürwahr nicht der einzige bedeutende Denker unseres Jahrhunderts, mit dem unser Publikum, zumal dessen geistig anspruchsvoller Teil so gut wie nichts mehr anzufangen weiß. Um nur bei den de- Sache nach Maritain immer noch nabestehenden Deutschen zu bleiben, sind Denker wie Nicolai Hartmann oder Günther Jacoby selbst für unsere sensibleren Gemüter längst mit unverdientem Staub zugeschüttet worden und uns an einen Max Scheler zu erinnern bedurfte es der deutschen Edition der Schriften von Papst Johannes Paul II.

Dieser blamable Zustand wird durch zwei Besonderheiten nur noch begünstigt, die im Grunde nur zwei Seiten der selben Medaille sind. Erstens: zunehmend verblaßt und fast ohne Auswirkungen auf die Formung der öffentlichen Meinung sind hierzulande bereits diejenigen, die noch sehr wohl unter uns weilen und von denen es viel zu lernen gäbe, – nicht zuletzt, wie die größten Gestalten der deutschen (und freilich nicht nur der deutschen) Geistesgeschichte zurück bis Kant oder gar Leibniz auf sie eingewirkt haben. Außerhalb (und zunehmend auch innerhalb) des wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbetriebes sind die Ideen von Bochenki, Popper, Hübner, Lorenzen, Menne, v. Freytag-Löringhoff, Stegmüller, Stachowiak, Rombach, v. Hayek, Luhmann, Böckenförde, Deutsch, Utz, Lotz oder Schmitt in ihrer wirklichen, nicht abgefälschten Tragweite für die heutige deutsche Öffentlichkeit so gut wie wirkungslos geblieben. Selbst die bis in politische Entscheidungsprozesse hineinragenden Argumentationen von Feyerabend, Radnitzky, Hoffe, Lorenz, Steinbuch, v. Weizsäcker oder Lübke erreichen keine öffentliche, hierzu medial geeignete aufbereitete Breitenwirkung und sie stimulieren (dabei) von sich aus keine öffentlichen Rückkopplungen zur Politik. Noch verbeßernd ist das Verhältnis unseres öffentlichen Bewußtseins zu den wichtigsten zeitgenössischen Ideenspendern angelsächsischer, ibero-amerikanischer oder latein-europäischer Provenienz. Diesbezüglich herrscht bei uns nur noch ignoranter, wenngleich von rechtbarer Besserwisseri durchtränkter Provinzialismus vor. Zweitens: wohl in Ermangelung ihrer, seit 1933 immer wieder dezimierten Eliten neigen die Deutschen bei allem breit angelegten Bekenntnis zu den Institutionen liberaler Rechtsstaatlichkeit und zu den Spielregeln demokratischen Regierens, in den komplexesten Sphären ihres Bewußtseins zu einer ebenso moralisierenden wie unbeholfenen Ideologiebefangenheit. Dubiose, von stumpfsinniger Enge bei aller Sprachgewandtheit oder Teilnahmslosigkeit keineswegs freie Charaktere wie Heidegger oder Ritter, behäbige Schulphilologen wie Gadamer, ehrgeizige, wenngleich konfuse Sophisten wie Apel, gescheiterte und lobenswerter Weise resignierte Neomarxisten wie Habermas oder bornierte Nationalisten wie Wilms oder Mohler liefern nach wie vor, oft durch ihre Schüler transformiert, die Ideologien, deren öffentlich verstärktes Echo eben dieser Neigung entspricht. Diese Verweigerungshaltung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den geistigen Grundlagen ihrer überaus zustimmungsfähigen Institutionen sowie ihrer politischen Verfahrensregelungen offenbart das Gefahrenpotential verhängnisvoller Scheren: nämlich solcher Scheren, die sich öffnen könnten

zwischen Legitimität und Legalität, zwischen Zielen und Normen, ja zwischen Nation und Europa oder zwischen staatspolitischem Konsens und nordatlantischem Bündnis.

Ohne auf die weitverzweigte Kausalität dieses Sachverhaltes oder gar auf dessen Implikationen näher einzugehen, steht eines auf jeden Fall fest. Es nimmt kein Wunder, wenn Jacques Maritains Erbe heute in Deutschland geradezu gemieden wird. Mit diesem Erbe wird nicht einmal in den Zirkeln auseinandergesetzt, denen unterstellt werden könnte, sie wären dabei nicht unbedingt überfordert. Das breitere Publikum, vor allem Oberschüler, Studenten und angehende Akademiker bleiben kunnehr von Maritains Ideen vollends unbebeligt. Die beschämend wenigen, paar Bücher dieses außerordentlich fruchtbaren und universalen Autors, die teils in den 30-er, teils in den 50-er Jahren in deutscher Übersetzung erschienen sind, gelten längst als vergriffen; die zwei letzten von ihnen paßten obnehin nicht ins Klima der sozial-liberalen Ära, weshalb sie von deren Koriphaen mit kopfschüttelndem Schweigen übergangen wurden. Die deutsche Taschenbuch- und Paperback-Flut dieser Ära ging mit all ihrem niveaulosen Zeug an Maritain ebenso vorbei wie die kaum wahrnehmbaren Produktionen im Zeichen der Bonner liberal-konservativen "Wende".

Betrachtet man die gegenwärtigen ideellen Bevorzugungen des deutschen Publikums, so stellt Maritains Ideenwelt -- dieses äußerst praxisorientierte, geradezu befreiend kreativitätsfördernde, argumentationsstarke, rational durchgebildete wie präzise formulierte Begriffsgewebe aus Philosophie, Theologie und Politik -- eine echte, von manchen gewiß gefürchtete Herausforderung dar. Denn Maritain reißt zum klaren und zugleich radikalen Mitdenken mit, er verlangt jedoch nach demütiger Aneignung der dazu erforderlichen theoretischen Voraussetzungen. Ohne ein bestimmtes Minimum an philosophischer und auch noch fachwissenschaftskonformer Information bleibt er unzugänglich; er bietet jedoch an unzähligen Stellen seines oeuvre leicht nachvollziehbare Einführungen und Zusammenfassungen der Grundlängen seines Standpunktes an, der in strikter Anlehnung an den hl. Thomas von Aquin formuliert und deshalb wiederum im Zeichen größtmöglicher Problemoffenheit konzipiert wurde. Maritain lehrt eine "praktische Philosophie", die -- in bewährter, Aristotelisch-Thomistischer Tradition und abweichend von der gleichlautenden Präntation mit entleerten Sprachbülsen jonglierender Ritter-Schüler -- Zielsetzungen und Normen vernünftigen Handelns für singuläre Entscheidungsfindungen zubereiten soll. Deshalb leistet er kaum originelle Beiträge zu den grundlegenden Disziplinen der Philosophie oder zu der mit ihnen korrespondierenden Heuristik der Fachwissenschaften. Er ist diesbezüglich ein strenger, wenngleich umsichtiger Thomist. Seine Seinslehre muß zwar -- einer ungemerkt zu Zwecken der Begründung von Logik eingeschränkten Überlieferung entlang -- als sehr ergänzungsbedürftig, ja im Lichte von Platon, Hegel und Whitehead sogar als überwunden gelten. Seine Konstruktion der endlichen Zielgerichtetheit menschlichen Handelns inmitten einer unendlichen Zielverwirklichung allen Seins ist jedoch um so mehr vereinbar mit dem zuvor derart Übersprungenem. Das substantielle Sein, das unablässig von Potenz in Akt überwechselt und damit in all seinen Akzidenzien wirksam wird, mag nun seine Essenz bei Maritain in noch so künstlich zufallsbereinigter, vom wirklichen, prozeßhaften

Wechselspiel von Sein und Nichts künstlich abgegebener Existenz aktualisieren. Der Begriff des verminderten Seins, das nach ihm dem prozeßhaften Werden zukommt, trägt unverkennbar die ungenannten, nicht explizierten strukturellen Orte des Nichts, des Zufalls und der kausalen Wechselwirkungen in sich und er läßt sich durch diese auch mühelos ergänzen. Maritain schließt dabei absichtlich kurz. Spätestens die von ihm vorgenommene Unterordnung der Material-, Formal- sowie Wirkursachen unter eine zielgerichtete, d.h. teleologische Ursächlichkeit zeigt, worauf es ihm bereits bei den Seinsfundamenten allein ankommt. Wohl auf eine von Anfang an geforderte Einbeziehung der letzten, durch die gesamte, teils ziellose, teils zielgerichtete Natur hindurch agierenden, erst durch freie, seelisch bedingte Teilhabe an ihrem Geist auch nur vorstellbaren, unendlichen Zielgerichtetheit allen Seins in den Seinsbegriff selbst. Die aktive Gegenwart des Ursprungs in all seinen Folgen ist bei Maritain unvermittelt im Vergleich zu Hegels, Jacobys oder Whiteheads metaphysischer Seinslehre. Seit den beiden letzteren traute sich jedoch außer Maritain niemand so radikal, so sehr nur an der Scholastik orientiert an diesen Topos heran.

Maritains Vorteile aus dieser übergreifenden Vereinfachung der Seinsgrundlagen liegen klar auf der Hand: er läßt zwar theoretische Ergänzungen und Konkretionen realistischberweise jeweils offen, er kann sich aber in ungewöhnlicher Klarheit auf die wesentlichen Merkmale des Komplexesten konzentrieren. Niemand außer ihm hatte nach der praktischen Selbstentlarung der Ideologien unseres Jahrhunderts den Mut gehabt, in aller Deutlichkeit vom Primat, von der Unteilbarkeit, von der Immaterialität und von der Autonomie des Geistes sowie von der Unsterblichkeit der Seele zu reden; selbst Whitehead, Jacoby und Koestler blieben diesbezüglich zurückhaltend. Niemand außer Maritain verfügte über überzeugende, mit anderen Wissensformen weitgehend vereinbare Autorität, um solche Aktualisierung der Scholastik vor Unglaubwürdigkeit zu retten. Maritains Verknüpfung der Seinslehre, der Logik sowie der Naturphilosophie mit dem umfassend aktualisierten Glauben an einen persönlichen Schöpfergott klang nicht weniger zeitgemäß als seine Ethik, seine Staats- und Rechtslehre sowie seine politische Philosophie.

Der optimistische Philosoph, der sich keinen resignierten Christen vorzustellen vermochte, schätzte den Willen, als eine aufs Gute ausgerichtete Finaltriebkraft nicht geringer als das Sein schlechthin. Maritains Hauptinteresse galt bei allen, unbedingten oder angenehmen oder bloß nützlichen Formen des Guten, jenen praktischen Werten, die -- technisch nach außen oder moralisch nach innen gerichtet -- für vernünftige, menschliche Personen im Zeichen dauerhafter Aktivität Glück garantieren. Klugheit, Gerechtigkeit, Kraft und Mäßigung waren für Maritain die Tugenden, die sich selbst erziehenden, autonomen Personen durch diese Wertorientierung aufgeprägt werden können. Die "Gesetze" der Moral waren damit für Maritain leicht herleitbar aus den Gesetzen einer aufs Ganze gesehen zielgerichteten und trotz aller Einzelziele unselbständigen Natur und jede legale Ordnung konnte unter Wiederbelebung des Naturrechts als Erläuterung sowie Anwendung von Naturgesetzen gedeutet werden.

Von diesem Standpunkt aus entwickelte Maritain seine politische Philosophie, mit welcher er zugleich die Wertaspekte praktischer Entscheidungen und Kon-

fliktbewältigungen in den Vordergrund rückte. Im Mittelpunkt dieser politischen Philosophie steht die menschliche, d.h. denkfähige, freie, verantwortliche und glaubensbedürftige Person als der höchste Wert innerhalb jeglicher Gesellschaft. Unter dem Gesichtspunkt eines "konkreten historischen Ideals", das als Modell möglicher geschichtlicher Realitäten einem "relativen Maximum an sozialer und politischer Vollkommenheit" entspricht, hat Maritain die zwei wichtigsten Zielgrößen für die Optimierung entscheidungsabhängigen politischen Handelns festgelegt. Die autonome Person ist demnach in einem Ausmaß geistig vollkommen sowie frei, wie sie von keiner Gesellschaft herbeigeführt werden könnte, ja sie birgt Leben und Güter in sich, deren übergeordnete Ziele jenseits jeglicher "politischen Gesellschaft" liegen. Gleichwohl ist dieselbe Person konstituierender Teil der Gesellschaft als einer Ganzheit und sie bedarf zu jedem guten Werk dieser Gesellschaft. Zu Ende geführt werden solche Werke von den tiefsten menschlichen Anlagen und von den dazu gehörenden Gütern, deren jede Gesellschaft bedarf. Hierzu ist nach Maritain ein Staat der Gerechtigkeit, der Freundschaft und des Wohlstandes erforderlich, weil nur in seinem Rahmen eine angemessene Selbstverwirklichung der Person denkbar ist. Maritain wußte genau, daß im Hinblick auf die Wertmaßstäbe solcher Verwirklichung zwischen einfachen, mittelbezogenen Zielen und übergeordneten Zielen unterschieden werden muß. War nun die Freiheit der Kreatur für Maritain heilig, so konnte sein ideales Gemeinwesen nur pluralistisch gebaut sein; es sollte eine auf dem höchsten Grad von Autonomie beruhende, "organische Einheit" diverser Gruppen und Schichten sein, deren Verfahrensnormen zu bestimmten übergeordneten Zwecken homogenisierend auswirkten und die Freiheit "konkret" werden ließen.

Der christliche Charakter dieses Aufbaus mündet in keine Theokratie, sondern in den legal verbrieften Zustand rechtsstaatlicher Toleranz gegenüber allen Bürgern, deren geistliche Bildung konditionierbares Einzelgewissen allein ausschlaggebend ist. Die Freiheit zur politischen Selbstbestimmung und geistigen Vervollkommenheit der Person, die mehr als nur Wahlfreiheit oder gar als staatliche Dispositionsfreiheit über Machtmittel ist, war für Maritain höchster Wert einer sozialen und politischen Ordnung, deren Gesetze zwar nicht alle Lebensrisiken auszuschalten, jedoch deren würdevolle Bewältigung zu lehren vermochten. Daraus folgte die Bejahung einer möglichst weitgehenden Garantie des privaten Eigentums an Mitteln wettbewerbswirtschaftlicher sowie rentabilitätskonformer Bedarfsdeckung, damit diese möglichst effizient und funktionsfähig bleibt. Zugleich sollten das Eigentum und der Ertrag des marktwirtschaftlich Geleisteten nach Möglichkeit politisch disponibel, weil sozial verantwortlich bleiben. Inwieweit die private Verfügung über Eigentum jeweils durch soziale Verantwortlichkeit begrenzt werden sollte, hing für Maritain von dem jeweils verfolgten privaten wie öffentlichen Zielsetzungen und von der Rangordnung der durch die betroffenen Werte ab. Hier liegt zugleich eine spezielle Formulierung des "Subsidiaritätsprinzips" vor, indem Maritain alles, was der Einzelne selbst oder im Zusammenspiel mit anderen in autonomen Gruppen bewältigen kann, der Öffentlichkeit und im weitesten Sinne dem erst ansonsten geforderten Staat entzieht.

Vieles, was Maritain zur Gestaltung einer "personalistischen Demokratie" im Einzelnen vorschlug, – so etwa das Primat übergreifender, persönlicher Belange

vor wirtschaftlichen oder politischen, die Idee überschaubarer Entscheidungseinheiten in Wirtschaft und Verwaltung, die Garantie kreativer Problemlösungs- und Ordnungsstiftungsmöglichkeiten, persönliche Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungsfindungen – gehört zu den immer wieder heftig diskutierten Themen an der Schwelle zur Informationsgesellschaft. Es ist sogar anzunehmen, daß erst die Technologien sowie Kommunikationssysteme dieser Informationsgesellschaft den eigentlichen beuristischen Wert einiger seiner Vorschläge, etwa zur "Mitbestimmung", zum Genossenschaftswesen, zum Erbrecht oder zur Krise der Familie noch begreifbar machen werden.

Maritain vermittelt uns jedoch nicht nur eine fast unerschöpfliche Fülle an Anregungen zur Analyse sowie zur Vervollkommenheit unserer eigenen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten. Er war ein sich gerade durch die diversen Einzelsituationen und Einzelgebilde hindurcharbeitender Integrator, eine gesitige Integrationsfigur also nicht nur ob der Mannigfaltigkeit seiner Themen, sondern auch wegen seiner Einsichten in die geistesgeschichtlichen und religiösen Grundlagen europäischer und transatlantischer Gemeinsamkeiten. Das lag unter anderem daran, daß er – wohl dem säkularisierten und noch aufgeklärt-rationalistischen Tocqueville folgend und von Poincarés, Meyersons und Dubems konstruktiver Denkpräzision ebenso befruchtet wie von dem mitreißenden metaphysischen Anspruch Bergsons, von der vitalistischen Ganzheitslehre Drieschs, von der Ideenlehre Brunschvigs oder von der Soziologie Durkheims und Webers – mit der Rekonstruktion des Thomismus eine für die französische Nationalkultur wichtige, wenngleich seit dem Auftreten irrationaler Abwandlungen der Aufklärung arg in Mitleidenschaft gezogene Verbindung wiederherstellte. Nämlich die Verbindung zwischen christlicher Metaphysik und säkularisiertem, rational argumentierendem, liberalem wie konservativem Verständnis von Politik. Da diese Verbindung bei den Angelsachsen niemals abbrach, ja ihre plausibelste sowie machtpolitisch erfolgreichste Bestätigung durch die revolutionäre Gründung der USA erfuhr und sie wenigstens vorübergehend sogar die Elite des Deutschen Idealismus (Kant, Schelling, Hegel, Goethe, Schleiermacher usw.) ernsthaft beschäftigte, war Maritains Denken zugleich ein latein-europäischer Integrationsversuch mit gesamteuropäischen und transatlantischen Dimensionen. Sein thomistischer Universalismus vermittelte den Nationalkulturen der nordatlantischen Hemisphäre genau das, was sie jeweils weniger ausgeprägt oder überhaupt nicht besaßen, jedoch hätten voneinander erfahren können und er versöhnte zugleich die französische Aufklärung mit all dem, wovon diese sich, rückwärtsblickend, radikal lossagte und wovon sie sich bis in unser Jahrhundert hinein stets abzugrenzen suchte.

Maritain war deshalb für das öffentliche Bewußtsein Frankreichs ein langersehnter Stabilisator, der nach protestantischen Bildungserlebnissen und extremistischen Irrungen im Dunstkreis der "Action Française", aber auch nach den wohlthuenden Einflüssen von Bloy und Clerissac zur theologischen wie politischen Impulsquelle seiner philosophisch bereits vorgeprägten Entwicklung fand. Diese Quelle war die großangelegte Renaissance des französischen Katholizismus in den 80-er und 90-er Jahren des 19. Jahrhunderts, die auf Unzufriedenheit mit dem gleichzeitig voll rezipierten philosophischen Ideenangebot jener Zeit drängte und

von Männern wie Blondel, Mercier, Peguy, Claudel usw. in Anlehnung an die Enzykliken Leos XIII. (*Aeterni Patris*, 1879; *Rerum Novarum*, 1891) als die Überwindung der Gefahren eines verlockenden Scheinliberalismus und seiner sozialistischen Reflexe betrachtet wurde. Maritain ist zweifellos nicht der einzige Vertreter dieser katholischen Renaissance, an der sich so unterschiedliche Köpfe beteiligten wie Gardeil, Gredt, Garrigou-Lagrange, Sertillanges, Garin, Richard, Sentroul, Gilson, Le Senne, Lavelle, Mounier und Marechal. Aber Maritain ist der zum Katholizismus konvertierte Testamentvollstrecker dieser epochalen und auch politisch bedeutsamen Tendenz. Ohne deren Berücksichtigung blieben Phänomene der französischen Politik wie die Entstehung der Fünften Republik oder Strategie und Taktik der liberal-konservativen Mitte zuvor in der Regierungsverantwortung und nunmehr in der Opposition ebenso unverständlich, wie die von Präsident Mitterrand peinlich beachteten, staatspolitisch vorgegebenen Grenzen sozialistischer Wirtschafts-, Finanz-, Verteidigungs-, Europa- und Bündnispolitik, die proatlantische Kehrtwendung der Gaullisten, die Entstehung der "nouvelle philosophie" aus den Resten der 68-er Protestgeneration oder die Massenbasis des Widerstandes gegen sozialistische Schul-, Hochschul- und Mittelstandspolitik. Aber Maritains eigene politische Aktivität, sein Kampf gegen Nationalsozialismus und Faschismus im amerikanischen Exil, sein wachsamer Widerstand gegen den Kommunismus und gegen dessen marxistische Rechtfertigung, seine Tätigkeit als französischer Botschafter beim Heiligen Stuhl, sein öffentliches Insistieren auf deutsch-französische Aussöhnung oder die optimistischen und amerikafreundlichen Geschichtsprognosen seiner Princeton Jahre zeugten davon, daß er selbst die Aristotelische Tugend des Augenmaßes bevorzugte und sich keinem ideologischen Trend unterordnete.

Trotzdem blieb er nicht verschont von einigen Mißverständnissen, ja Fehldeutungen. Sein realistisches Zugreifen bei der theoretischen Erläuterung des Aktuellen, die christliche Revolutionslehre seiner Konversionsphase, seine Kritik am Scheinliberalismus der Klassenkampfeпоche oder sein Antifaschismus wurden von extrem rechten Kritikern als "linkskatholische" Destruktion verunglimpft. Erst seine letzten Schriften ließen allmählich die Verdächtigung verstummen, er wäre für überzogene Reformvorstellungen des Zweiten Vatikanischen Konzils oder gar für die opferreichen Irrtümer der "Befreiungstheologie" verantwortlich. Die von ihm umfassend und im Kern ihrer Ideologie widerlegten Marxisten und sogar ihre willigen Mitläufer fürchteten ebenfalls seine Argumentationsstärke und sie erklärten ihn stillschweigend zu ihrem Erzfeind. Auch sie verkärten seine Position, um ihn als Feind identifizieren zu können: für sie gilt er nach wie vor als ein Apologet des "Kapitalismus", den man aus taktischen Gründen am Besten mit Schweigen übergeht.

Im besonders ideologiebefangenen Koordinatensystem der heutigen deutschen Öffentlichkeit wird Maritain immer noch solchen Fehldeutungen entsprechend abgehandelt oder eben totgeschwiegen. Es ist nicht lange her, daß eine betont konservative Zeitschrift Maritain als "Linkskatholiken" beschreiben ließ. Eine "linkskatholische" Zeitschrift hingegen, die 1946 Maritains Kritik am Machiavellismus zunächst euphorisch abdruckte, fand sich alsbald zu solchen Veröffentlichungen bis heute nicht mehr bereit.

Gewiß könnten Maritains Gedanken weder hierzulande, noch anderswo als eins für allemal gültige Problemlösungen oder gar als nur noch einzubüffende Zauberformeln anempfohlen werden und sie eignen sich auch denkbar schlecht dazu, zur Ideologie verkürzt zu werden. Genau das wiederstrebt den Intentionen dieses überzeugten und konsequenten Thomisten, eines engagierten Vorkämpfers der "personalistischen Demokratie" zutiefst. Aber selbst die offensichtlichen und relativ leicht erkennbaren Schwächen seiner Ideenwelt – so z.B. seine Schwierigkeiten bei der Deutung Platons, Kants oder Hegels – sind äußerst lehrreich für die Nachwelt. Zeigen sie doch, wie nahe er letztlich den Genannten stand, ja in welch hohem Maße seine Aussagen und Erklärungen mit denen der Genannten grundsätzlich übereinstimmten, wie sehr es sich eine Auseinandersetzung sowohl mit ihm als auch mit den Genannten lohnt und wie leicht selbst ihm durch Überlagerung von Ideen diverser Herkunft sogar auf vertrautem Gebiet ein partielles Versagen der eigenen Theorie unterliefe.

Maritains Ideenwelt gäbe jedoch, sogar unabhängig von der gegenwärtigen Misere unseres öffentlichen Bewußtseins auch hierzulande sehr viel her. Eine neugierige, lernwillige, unvoreingenommene und kritische Auseinandersetzung mit dieser Ideenwelt stünde insbesondere denen bei uns gut zu Gesicht, die bei aller wissenschaftlich geprägten Rationalität von Entscheidungsfindungen und bei aller problembewußten Suche nach demokratisch legitimierbaren Lösungen die metaphysischen Grundlagen ihrer politischen Handlungssteuerung sowie die sittlichen und ethischen Normen ihrer Zielverwirklichungen und ihrer Mitteleinsätze nicht bereit sind preiszugeben und zumindest bestrebt sind, für sich zwischen Politik und christlichem Glauben einen wohl vielfach vermittelten, jedoch realen und letztlich unaufhebbaren Zusammenhang herzustellen. Besonders für sie stellt das Werk Maritains ein befreiendes, zur Mobilisierung von Phantasie und Kreativität des politischen Denkens anstiftendes, wenngleich anstrengendes und anspruchsvolles Gesprächsangebot dar. Am Treffpunkt von Geist und Macht könnten die Ergebnisse solchen Gesprächs ihnen manche Unzulänglichkeiten ihrer politischen Strategien zu überwinden helfen. Allein das könnte übrigens ihre allzu oft anzutreffende Ohnmacht bei der Konfrontation mit roten, braunen oder grünen, jedenfalls volksverdummenden Ideologien oder verlogenen Mythen endlich aus der Welt schaffen, ehe die neuen deutschen Ideologien und Mythen in selbstverschuldeter, aber nicht von allen gleichermaßen befürworteter Hybris auch das noch zum Schwanken brächten, was hierzulande an Institutionen wie an Konsens nach wie vor vernünftig und stabil ist. Abgesehen einmal von Frankreich, wo Maritain selbstverständlich als aktueller Klassiker verehrt wird, genießt sein Erbe in den angelsächsischen Ländern, in den Benelux-Staaten sowie in Italien und in Spanien in den interessierten Kreisen lebhaftes Aufmerksamkeits. In Italien trägt sogar eine geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsstätte seinen Namen. Es wäre an der Zeit, dieses Erbe auch in Deutschland endlich kennenzulernen. Noch bevor es dafür zu spät werden könnte.

L.B.

Der chinesisch-sowjetische Konflikt – ist eine "Entspannung" in Fernost möglich?

von

Claus-Peter Grotz, M.A.

Mit einer Kritik an der Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschuß von 1979 und zu den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung bzw. Abrüstung von Mittelstreckenraketen in Europa äußerte sich die offizielle Nachrichtenagentur der Volksrepublik China, "Neues China" zur Bundestagswahl 1983.¹

Der SPD wurde u.a. vorgeworfen, auf die sowjetische Absicht, einen Keil zwischen Westeuropa und den USA zu treiben, hereingefallen zu sein. Diese Verlautbarung aus der VR China kann nur dann richtig beurteilt werden, wenn man sie in den Kontext der internationalen Beziehungen einordnet. Letztlich verstehbar wird diese Initiative der Chinesen nämlich nur über eine Analyse der weltpolitischen Selbsteinschätzung der chinesischen Führung. In dieser Selbsteinschätzung spielt wiederum der chinesisch-sowjetische Konflikt eine wesentliche, die Europapolitik Chinas vielfach bestimmende Rolle, wie auch dieser Konflikt seit über 20 Jahren zu einer Konstante der Weltpolitik wurde.²

Diese Konfliktformation hat, läßt man die ideologische Selbsteinschätzung von Kommunisten samt ihrer deterministischen Geschichtsauffassung zunächst als maßgebend gelten, deshalb eine besondere ideologische Qualität, weil sie innerhalb des "sozialistischen Lagers", also auf eine im Marxismus nicht vorgesehene Weise entstand. So könnte man mit Geoffrey Stern feststellen: "Bis zu einem gewissen Grad handelt es sich um einen Zusammenstoß zweier Revolutionen auf verschiedenen Entwicklungsstufen, um eine Konfrontation zwischen einer zu Ansehen, Macht und Besitz gelangten, konsolidierten und einer kaum ausgekämpften, noch nicht als gesichert und vollendet empfundenen Revolution."³

Legt man umfassendere, präziser gebaute, erklärungsfähigere und reichhaltigere Maßstäbe den weltpolitischen Beziehungen sowie Vorgängen an, so ergeben sich gerade im Lichte der vor kurzem eröffneten Modernisierungssära Chinas wesentlich weiter reichende Schlußfolgerungen. Wenn der auf Max Weber⁴ zurückge-

hende, von Solschenizyn⁵ und Sacharow⁶ erneuerte Verdacht bestätigen sollte, wonach die kommunistische Machtergreifung 1917 eine erst angelaufene russische Revolution verhindert hat, so ginge es im Falle Chinas und der Sowjetunion nicht um zwei Revolutionen, sondern um miteinander vielfach verknüpfte Entwicklungsstränge zwischen Osteuropa und dem Pazifik, die ihrer geschichtlichen Eigenart nach grundverschieden wären. Demnach hätte der antirevolutionäre, repressive und nachwievor keiner radikalen Reform fähige Sowjetkommunismus eine temporäre sowie instrumentelle Rolle in der von Sun Yat-Sen 1911 angefangenen chinesischen Revolution⁷ gespielt und der Marximus müßte eine weitestgehende Umwertung im modernisierten, aus heteronomen Teilen integrierten, mit Hong Kong und Taiwan wiedervereinigten China erfahren. In dieser Perspektive erscheint der chinesisch-sowjetische Konflikt nicht mehr als die Selbstwiderlegung einer gescheiterten Ideologie, sondern als eine höchst bedeutsame Selbstverständlichkeit. Auch dieser Umstand besagt freilich noch nichts Genaueres über die konkreten Formen, die diese Selbstverständlichkeit annehmen dürfte. Im folgenden soll der chinesisch-sowjetische Konflikt in seinen verschiedenen Phasen auf unterschiedlichen Konfliktebenen untersucht werden. Nur angedeutet werden kann der wesentliche Umstand, daß der Konflikt seit dem Tode Mao Tse-tungs am 9. September 1976 "has entered a period of transition and a time of testing."⁸ Ungeachtet der offensichtlich entspannteren Situation zwischen der VR China und der Sowjetunion seit Anfang der achtziger Jahre hat die These von George E. Hudson Plausibilität, wonach zwar im letzten halben Jahrzehnt die Intensität und Feindseligkeit des Konflikts nicht zugenommen haben, daß sich aber Tiefe und Themendifferenzen des chinesisch-sowjetischen Konflikts vergrößert haben.⁹

1 Vgl. Stuttgarter Zeitung, Nr. 48 vom 28.2.1983, S.1

2 Vgl. E. Wickert: Von den Entfernungen zwischen Moskau, Peking und Washington, in: Die Welt, Nr. 24 vom 29.1.1983, Geistige Welt, S.1; ferner: E. Crankshaw: Moskau-Peking oder Der neue kalte Krieg, Reinbek 1963; D. Zagoria: Der chinesisch-sowjetische Konflikt 1956-1961, München 1964; W. Leonhard: Die Dreispaltung des Marxismus, Düsseldorf 1970.

3 zit. G. Stern: Sowjetisch-chinesischer Konflikt, in: Marxismus im Systemvergleich (Sonderausgabe der Enzyklopädie "Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft") hrsg. C.D. Kernig, Politik Bd.4, Frankfurt/M-New York 1973, S.159; maßgebend für die Beurteilung des Marxismus: J.M. Bochenski: Marxismus-Leninismus, München-Wien 1975, 4.Aufl.

4 Vgl. M. Weber: Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus (1906); ders.: Rußlands Übergang zur Scheindemokratie (1917), beide in: M. Weber, Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1971, 2.Aufl.; siehe hierzu noch: H. Arendt: Über die Revolution, München 1965; Th. Schieder (hrsg.): Revolution und Gesellschaft, Freiburg 1973; F. Nolte: Revolution im zwanzigsten Jahrhundert, in: FAZ vom 29.1.1983.

5 Vgl. A. Solschenizyn: Der Archipel GULAG, 1. Bern 1973, S. 35-98, 2. Bern 1974, ders.: Offener Brief an die sowjetische Führung, Darmstadt 1974; ders.: Octobre 1916, in: Le Messenger, 1-2, Paris 1979; ders.: Lenin in Zürich, New York 1976; ders.: Rede in New York, Stuttgart o.J.; ders.: Unsere Seelen haben sie nicht bekommen – ein Gespräch mit Solschenizyn, in: Die Welt vom 28.4.1979; ders.: To Free China, Taipei 1982.

6 Vgl. A. Sacharow: Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Zürich 1968; ders.: Stellungnahme, Wien 1974; ders.: My Country and the World, London 1975; ders.: The Government of the USSR, in: A. Babyonyshev (ed.): On Sakharov, New York 1981; siehe ferner noch: M. Voslensky: Die Nomenklatura, Wien-München 1980; "Change The Social System In The USSR" – Nikolai Artemoff Interviewed Igor S. Glagolev, in: Libertas, 2/1979, S.25ff.

7 Zur gegenwärtigen Deutung der Kontinuität chinesischen Revolutionsgeschehens siehe: Der richtige Weg für China – die drei Prinzipien des Volkes, Taipei 1981.

8 zit. H. Gelman: Outlook for Sino-Soviet Relations, in: E.P. Hoffmann-F.J. Fléron jr. (ed.): The Conduct of Soviet Foreign Policy, New York 1970 (2. ed. 1980) S. 608.; siehe ferner: A.D. Barnett: China Policy, Old Problems and New Challenges, Washington D.C. 1977; H. Solomon: Thinking Through the China Problem, in: Foreign Affairs, Vol.56, Nr.2, Jan. 1978, S.324ff.; H.F. Vetter: Chinas Beziehungen zur Sowjetunion, Möglichkeiten und Grenzen der Wiederannäherung, in: China und der Weg der vier Modernisierungen – Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit, hrsg. v. Inst. f. wiss. Zusammenarbeit, Tübingen, Stuttgart 1983, S.178 ff.

9 Vgl. G.E. Hudson: Current Soviet Security Policy and the Sino-Soviet Split, in: Quarterly Report of the Ohio State University, Vol.6/1981, Nr.2, S.1; siehe ferner: A.S. Whiting: China and the Superpowers: Toward the Year 2000, in: Daedalus, Vol.109/1980, Nr.4, S.97ff.; M. Oksenberg: China Policy for the 1980s, in: Foreign Affairs, Vol.59/1980-81, Nr.2, S.304ff.

Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen bis Ende der fünfziger Jahre

Bereits in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts kam es zu einer Kooperation zwischen den Kommunistischen Parteien Chinas (KPCH) und der Sowjetunion (KPdSU). Die KPCH wurde von Stalin dazu gedrängt, der von der Kommunistischen Internationale vorgeschlagenen Strategie der Machteroberung über ein Bündnis mit den nationalistischen Kräften Chiang Kai-sheks zu folgen.¹⁰ Mit dem Massaker von Shanghai (1927) scheiterte diese Konzeption. Bereits hier lassen sich Wurzeln des chinesisch-sowjetischen Konflikts finden. Die Untersuchung Maos zur Bauernbewegung von Yünan (1928) bezeichnet den Punkt, von dem aus die KPCH ihren eigenen, zur sowjetischen Revolutionsstrategie alternativen Weg entfaltete.¹¹ Allein, daß Mao die Bauernschaft ins Zentrum seiner Überlegungen stellte, widersprach dem Komintern-Dogma, wonach eine Revolution proletarisch sein müsse: "...der gegenwärtige Aufschwung der Bauernbewegung ist ein gewaltiges Ereignis. Es dauert nur noch eine sehr kurze Zeit, und in allen Provinzen Mittel-, Süd- und Nordchinas werden sich hundert Millionen von Bauern erheben; sie werden ungestüm und unbändig wie ein Orkan sein, und keine noch so große Macht wird sie aufhalten können. Sie werden alle ihnen angelegten Fesseln sprengen und auf dem Weg zur Befreiung vorwärtstürmen. Sie werden allen Imperialisten, Militärmachthabern, korrupten Beamten, allen Tuhao- und Liäshen (Grundherren; Anm. d. Verf.) das Grab schaufeln. Sie werden alle revolutionären Parteien, alle revolutionären Genossen überprüfen, um sie entweder zu akzeptieren oder abzulehnen. Soll man sich an ihre Spitze stellen, um sie zu führen? Soll man hinter ihnen hertröten, um sie wild gestikulierend zu kritisieren? Oder soll man ihnen in den Weg treten, um gegen sie zu kämpfen? Es steht jedem Chinesen frei, einen dieser drei Wege zu wählen, aber der Lauf der Ereignisse wird dich zwingen, rasch deine Wahl zu treffen."¹²

Der Sieg der kommunistischen Revolution, der am 1. Oktober 1949 zur Ausrufung der Volksrepublik China führte, war zunächst eine, wenn auch anfangs nicht besonders radikale Absage an westliche Modelle gesellschaftlicher Modernisierung, und zwar im Sinne eines allmählich immer entschiedener gewordenen Verzichts auf die Handlungsspielräume, die eine Anlehnung Festlandchinas an die liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnungen westlicher Demokratien den chinesischen Revolutionären garantiert hätte. Als "natürlicher" Verbündeter schien, unter Berücksichtigung der damaligen Präferenzen möglicher Koalitions-

partner, zunächst die Sowjetunion.¹³ Scheinbar problemlos vollzog sich die Einordnung der VR China in das "sozialistische Lager". "In den fünfziger Jahren war die UdSSR nicht nur für die chinesische Führung, sondern generell im sozialistischen Lager das allseits anerkannte Vorbild. Der Aufbau der Parteiorganisation, die Wirtschaftsplanung, die Industrialisierung, Ansichten zur Weltpolitik und die Interpretation der Ideologie richteten sich eindeutig nach der Sowjetunion."¹⁴

Eine Interessenanalyse fördert weitere Motive der "Partnerschaft" der beiden Länder zutage. So konnte bis Mitte der sechziger Jahre nur die Sowjetunion der VR China äußeren Schutz gegenüber den USA und ihren Verbündeten in Asien (SEATO) garantieren. Für die sowjetische Asien-Politik war nach 1949 eine grundlegend neue Situation eingetreten. Seit dem 19. Jahrhundert war Rußland aus zwei Regionen, Europa und Japan bedroht worden. Um die amerikanisch-japanische Kooperation (nach 1945) auszubalancieren, war für die Sowjetunion eine Allianz mit der VR China "natürlich"; damit konnte der Status quo in Asien aufrechterhalten werden und das Schwergewicht weiter auf Europa gelegt werden ("Kalter Krieg").¹⁵

Allerdings war die chinesisch-sowjetische Zusammenarbeit bereits in ihren Anfängen keine "Partnerschaft". Mit dem "Freundschafts- und Verteidigungsvertrag", der am 14. Februar 1950 mit dreißigjähriger Lauffrist geschlossen wurde, mußte die VR China die Souveränität der Mongolischen Volksrepublik anerkennen und akzeptieren, daß die Sowjetunion weiterhin Port Arthur und Dairen als Stützpunkte benützen durfte und besondere sowjetische Rechte an der mandschurischen Eisenbahn erhalten blieben. China versprach sich von dem Vertragswerk den äußeren Schutz, um seinen Bürgerkrieg beenden und seinen Machtbereich durch die Unterwerfung Tibets und Taiwans militärstrategisch abrunden zu können. "Für diesen Vorteil hatten sich die chinesischen Kommunisten praktisch bereit erklärt, ihre Außenpolitik in die Weltpolitik der Sowjetunion zu integrieren."¹⁶ Es ist für den Ursprung und Verlauf des chinesisch-sowjetischen Konfliktes wichtig, daß die VR China nach der Befreiung von innerem Feudalismus und äußerem Imperialismus die Revolutionierung Chinas mit einem weiteren "ungleichen" Vertrag fortsetzten.¹⁷

Enttäuschend war dann für die Chinesen die materielle, technische, finanzielle, wirtschaftliche und militärtechnologische Hilfe aus der Sowjetunion. Nach den

¹⁰ Vgl. H. Wassmund: Grundzüge der Weltpolitik. Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart, München 1982, S.75; siehe noch: Warren Kuo: Analytical History of Chinese Communist Party, Taipeh 1966

¹¹ Vgl. Mao Tsetung: Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hünan 1927, in: Mao Tsetung: Ausgewählte Werke, 1. Peking 1968/69, ferner: C. Brandt-B. Schwartz-J.K. Fairbank: Der Kommunismus in China, München 1955; C. Brandt: Stalin's Failure in China 1924-27, Cambridge (Mass.) 1958; Ch. A. Johnson: Peasant Nationalism and Communist Power, Stanford 1962; A.S. Whiting: Soviet Policies in China 1917-1924, Stanford 1968.

¹² Mao Tsetung: Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hünan 1927, in: Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, 1. zit. Ausg. S.21f; siehe hierzu noch: Mao Tsetung: Beschluß über einige Fragen der Geschichte unserer Partei, in: Mao Tsetung, Ausgewählte Schriften, 4. Berlin 1960, S.254 sowie Mao Tsetung: Ausgewählte militärische Schriften, Peking 1969

¹³ Vgl. J. Domes-M.L. Näth: Die Außenpolitik der Volksrepublik China. Eine Einführung, Düsseldorf 1972, S.21; zu verweisen wäre dabei allerdings auf die Tatsache, daß von chinesischem Standpunkt aus betrachtet auch der Sowjetkommunismus ein "westliches Modell" darstellt. Siehe dazu W. Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus, zit. Ausg.

¹⁴ zit. H. Wassmund, a.a.O. S.74; siehe hierzu noch: A.D. Barnett: Cadres, Bureaucracy and Political Power in Communist China, New York 1967; J. Ch'en: Mao and the Chinese Revolution, London 1965; F. Schurmann: Ideology and Organisation in Communist China, Berkeley-Los Angeles 1966; J.W. Lewis: Leadership in Communist China, Ithaca 1963; J. Domes: Politik und Herrschaft in Rotchina, Stuttgart 1965

¹⁵ Vgl. Th.W. Robinson: Soviet Policy in Asia, in: Hoffmann-Fleron (ed), The Conduct..., a.a.O. S.584

¹⁶ zit. Domes-Näth, a.a.O. S.40; siehe hierzu noch: J.M. Bochenski-G. Niemeyer (hrsg): Handbuch des Weltkommunismus, Freiburg 1958 sowie C. Schmitt: Theorie des Partisanen, Berlin 1963

¹⁷ Vgl. J. Domes: Entwicklung und Zukunftsperspektiven des chinesisch-sowjetischen Konflikts, in: D. Frei (hrsg): Konflikte unserer Zeit - Konflikte der Zukunft, Zürich 1981, S.122

Verträgen erhielt die VR China auf 5 Jahre verteilt 60 Mio. Dollar (sowjetisch erhielt zu dem Zeitpunkt Polen allein in einem Jahr); die Militärhilfe mußte gar zurückbezahlt werden. Nach Stalins Tod wurden im Jahre 1954 aufgrund chinesischer Wünsche Revisionen am Vertragswerk von 1950 vorgenommen, welche die ungleichen Aspekte des Vertrages beseitigten, die sich im direkten sowjetischen Einfluß in der Mandschurei und in Sinkiang äußerten.¹⁸ Im Gegenzug lieferte die KPdSU der KPdSU ideologische Unterstützung gegen Togliattis (PCI) These vom Polyzentrismus im Weltkommunismus, sie vertrat in der Ungarn- und Polen-Krise 1956, allerdings nur zögernd die sowjetische Position.¹⁹

Die Wende im chinesisch-sowjetischen Verhältnis läßt sich auf die Zeit zwischen 1956 und 1960 datieren. Die KPdSU wurde von der auf dem 20. Parteitag der KPdSU proklamierten Entstalinisierung völlig überrascht und besonders die Tatsache, vorher nicht konsultiert worden zu sein, wurde der sowjetischen Führung vorgeworfen.²⁰ Zugleich leitete Chruschtschow eine neue Generallinie in der sowjetischen Außenpolitik ein, indem er das Prinzip der "friedlichen Koexistenz" mit der westlichen Welt zur Grundlage sowjetischer Außenpolitik machte. Dem widersprach Mao 1957 in Moskau.²¹

Diese unterschiedlichen ideologischen Bewertungen der beiden Parteien hatten auch Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Um die sowjetisch-westliche Annäherung nicht zu gefährden, kündigte Chruschtschow im Sommer 1959 ein zwei Jahre zuvor mit der VR China abgeschlossenes geheimes Atomabkommen einseitig auf. Dies bestärkte die Chinesen in ihrer Meinung, die Entspannungspolitik der Sowjetunion gehe zu Lasten der sozialistischen Verbündeten.

Auch innerchinesische Gründe sind für die Entstehung des Konfliktes anzuführen. Nachdem sich in der Kontroverse über den Entwicklungsweg mit dem das sowjetische Modell befürwortenden Staatspräsidenten Liu Shao-chi Mao durchgesetzt hatte, proklamierten die Chinesen andere gesellschaftliche Entwicklungsprioritäten (z.B. Volkskommunenbewegung, lokale Kleinindustrialisierung).²²

All diese chinesische Kritik am sowjetischen Modell und seiner Praxis zielte letztlich ins Zentrum der Selbstlegitimation der sowjetischen Partei und des sowjetischen Herrschaftssystems. "Würde aber die sowjetische Partei den chinesischen Weg als legitime sozialistische Alternative akzeptieren, so würde sie sowohl im eigenen Lager wie im eigenen Land auch andere Alternativen akzeptieren müssen, also ihre Rolle des Hüters vom einzigen und richtigen Sozialismus aufgeben und damit ihre eigene Existenzberechtigung zur Disposition stellen."²³ Als die Sowjetunion im Juni 1960 inmitten einer schweren Wirtschaftskrise der VR China alle Wirtschaftsberater aus dem Land zurückrief, war der chinesisch-sowjetische Konflikt in aller Eindeutigkeit manifest.

18 Vgl. ebenda, S.124

19 Vgl. Khruschev Remembers, Boston 1970

20 Vgl. G. Stern, a.a.O. S.163; zu den grundsätzlichen Aspekten dieser Phase des chinesisch-sowjetischen Konfliktes siehe: Mao Tsetung: Zur Frage der richtigen Behandlung von Widersprüchen im Volk (27.2.1957), Peking 1965, ferner: F. Schatten: Der Konflikt Moskau-Peking, München 1963; H. Brahm: Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966

21 Vgl. H. Wassmund, a.a.O. S.79

22 Vgl. die Rede Mao Tsetungs "Über die zehn großen Beziehungen" (1956), die erst 1976 parteioffiziell veröffentlicht wurde.

23 zit. U. Schmiederer: Die Außenpolitik der Sowjetunion, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz

Die erste Periode des Konflikts von 1960 bis 1965

In einer ersten, bis 1963 dauernden Phase dieser Periode spielt sich der Konflikt im Wesentlichen auf der Ebene der beiden Parteien ab. Es ging um die "richtige" gesellschaftliche Entwicklung in der VR China sowie um die Grundlagen marxistisch-leninistischer Weltpolitik. Eine zweite Phase (bis 1965) wurde mit der Unterzeichnung des Atomtestvertrages zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion im Juli 1963 eingeleitet. Mit diesem Vertrag drohte die VR China in eine internationale Isolierung zu geraten. Nach 1963 wurden nämlich die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion besser, die zwischen der VR China und der Sowjetunion wurden schlechter und das Verhältnis der VR China zu den USA blieb weiterhin schlecht.

Auf der Parteiebene kann die Phase von 1963 bis 1965 als "organisatorischer Konflikt"²⁴ bezeichnet werden. Die KPdSU versuchte innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung eine eigene Fraktion aufzubauen. Es gelang der KPdSU die entsprechenden Parteien Indonesiens, Albaniens und Neuseelands zu gewinnen; die von Indien und Ceylon spalteten sich.

Mit einer (im Ergebnis erfolglosen) Reise durch afrikanische Länder versuchte 1963/64 Ministerpräsident Chou En-lai dort Unterstützung für die chinesische Position zu gewinnen. Im Januar 1964 nahmen Frankreich und die VR China – beide Gegner des Atomtestvertrages – diplomatische Beziehungen auf. Allerdings war Frankreich deshalb noch zu keiner antisowjetischen Haltung bereit.

Bis Ende 1965 handelte es sich bei den chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen um einen innerkommunistischen, einen "Intra-Block"-Konflikt. Ein am 1. November 1965 in der Pekinger Volkszeitung veröffentlichter Aufsatz in Form eines Leitartikels mit quasi-offiziösem Charakter verkündete das Ende des innerkommunistischen Disputs und den Übergang in eine neue Konfliktform. In dem Leitartikel wurde die Auffassung vertreten, die Gegensätze zwischen der KPdSU und der KPdSU hätten die Qualität eines antagonistischen Widerspruchs, einer Klassenkampfsituation zwischen Bourgeoisie und Proletariat erreicht.²⁵

Die zweite Periode des Konflikts von 1965 bis 1979 – ein "Kalter Krieg"

In der nächsten, von 1965 bis 1971 reichenden Phase des Konflikts versuchten beide Kontrahenten im asiatischen Umfeld, also auf regionaler Ebene ihren Einflußbereich jeweils auszubauen. Seit Mitte der sechziger Jahre betrieb die Sowjetunion deshalb eine "containment"-Politik gegen die VR China.²⁶ Instrumente dazu waren Flotten- und bilaterale Vertragspolitik. So schlossen die Sowjetunion

1980, S.151

24 Vgl. J. Domes, a.a.O. S.127; siehe noch: Schurmann, Ideology and Organisation..., zit. Ausg.: J. Ch'en (ed): Mao Papers, München 1972; H. Martin (hrsg): Mao intern, München 1974; Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965

25 Vgl. J. Domes, a.a.O. S.128f; siehe noch Mao Tsetung: Über die Revolution, Ausgewählte Schriften, Frankfurt/M 1971, S.388ff, 399ff

26 Vgl. P. J. Opitz: Die chinesische Außenpolitik seit dem Tode Mao Tse-tungs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 8/1979, S.16 sowie R. Edmonds: Soviet Foreign Policy 1962-73 Oxford 1975, S.49ff

und die Mongolische Volksrepublik 1966 einen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspakt ab.²⁷ Die Zahl der an der sowjetisch-mongolisch-chinesischen Grenze stationierten Truppen der UdSSR wurde von 12 Divisionen (1960) auf 45 im Jahre 1978 erhöht.²⁸ 1971 schloß die Sowjetunion mit dem chinesischen Rivalen Indien einen umfassenden Vertrag ab.²⁹

Während der Kulturrevolution von 1967 bis Anfang 1969 entfalteten die Chinesen kaum außenpolitische Aktivitäten.³⁰ In dieser Phase löste dann der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes am 20. August 1968 in die CSSR, um den "Prager Frühling" zu beenden, bei der politischen Elite Chinas einen Schock aus. Die Politiker sahen die VR China selbst als möglichen Anwendungsfall der von ihnen als "faschistische These" apostrophierten "Breschnew-Doktrin" von der "begrenzten Souveränität" der Staaten innerhalb des "sozialistischen Lagers".³¹ Parallel zu diesen, die Chinesen beunruhigenden Vorgängen geriet auch die amerikanische Asienpolitik in Bewegung. Der seit 1969 amtierende US-Präsident Nixon kündigte ein Disengagement der USA in Asien und eine Periode der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen an.³²

In dieser Lage wurde 1968/69 den nachkulturrevolutionären Führern in der VR China klar, daß der Weg der außenpolitischen Eigenständigkeit durch den simultanen Konflikt mit der UdSSR und den USA nicht nur Isolierung, sondern auch Gefahren barg. In einer Auseinandersetzung innerhalb der chinesischen politischen Elite setzte sich Chou En-lai als Vertreter einer pragmatischen, der wirtschaftlichen Entwicklung Priorität gebenden Fraktion, die für eine Öffnung der VR China gegenüber dem Westen war, gegen eine extrem linke Fraktion (Lin Piao) durch.³³ Die Annäherung der VR China an die USA wurde jedoch noch zusätzlich durch eine dramatische Eskalation des chinesisch-sowjetischen Konflikts hin zu offenen militärischen Scharmützeln im Jahr 1969 gefördert. Erst in dieser Phase ab 1969 setzte die VR China territoriale Ansprüche als Konfliktwaffe gegen die UdSSR ein.³⁴ Allerdings erhebt China keinen Anspruch auf Gebiete, die es im 19. Jahrhundert an das zaristische Rußland in den "ungleichen Verträgen" abgegeben hat. Die Sowjets sollen jedoch den Charakter der Verträge als "ungleichen" anerkennen. Die Chinesen fordern aber Gebiete im Pamir-Gebirge sowie Inseln im Ussuri- und Amur-Grenzfluß zurück.

Mit der Verdichtung der Kontakte zwischen den USA und der VR China nach 1970 wurde der chinesisch-sowjetische Konflikt auf die globale Ebene transfor-

miert. Zunächst 1955 in Genf, dann bis 1968 und nach einer Unterbrechung wieder ab 1970 in Warschau war es zu amerikanisch-chinesischen Gesprächen gekommen, die zu Beginn der siebziger Jahre von Erleichterungen im Handels-, Reise- und Schiffsverkehr begleitet wurden. Die Aufnahme der VR China anstelle der "Republik China" (Taiwan) im Oktober 1971 in die Vereinten Nationen bildete einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon im Februar 1972 in der VR China. Ergebnis dieses Besuchs waren die "Deklaration von Shanghai" mit ihrer Antihegemonie-Klausel sowie die Einrichtung von Verbindungsbüros in den beiden Hauptstädten. Mit dem Besuch Nixons war die weltpolitische Neuorientierung der VR China offen vollzogen.

In der Folge verkehrte sich die chinesische Bewertung von EG, NATO und amerikanischer Präsenz in Westeuropa vom Negativen ins Positive. Chinas Politik gegenüber Westeuropa richtet sich nicht nur nach globalen Stabilitätsvorstellungen, sondern sie hängt an einem Punkt wesentlich vom Stand des Konflikts mit der Sowjetunion ab. Solange Spannungen in Europa zwischen den beiden Blöcken herrschen, könne die Sowjetunion, so die chinesische Annahme, ihr Schwergewicht nicht auf Asien verlegen.³⁵

Nach dem Tode Maos im September 1976 schien sich in der chinesischen Außenpolitik keine Wende anzudeuten. Die KPCH verweigerte sogar die Annahme eines Kondolenzschreibens der KPdSU anlässlich des Todes von Mao. Mit der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit Japan, der eine (antisowjetisch gemeinte) Antihegemonie-Klausel enthielt, erzielte die chinesische Außenpolitik im Dezember 1978 einen weiteren Erfolg.³⁶ Eines der Hauptprobleme vor der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der VR China war die Frage Taiwans, dem Verbündeten der USA. Die Voraussetzung zur Aufnahme dieser Beziehungen am 1. Januar 1979 war, daß die USA ihre Truppen von der Insel abzogen, den Sicherheitsvertrag von 1954 mit Taiwan aufkündigten und die diplomatischen Beziehungen zu dem Land abbrachen. Absatzinteressen der Industrie sowie Erfolgswang im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen dürften den damaligen US-Präsidenten Carter zu diesen weitgehenden Zugeständnissen bewogen haben.³⁷ Lediglich zwischen den Bevölkerungen der USA und Taiwans sollte es in Zukunft gesellschaftliche, wirtschaftliche und andere inoffizielle Kontakte geben dürfen; außerdem behielten die USA das Recht zu Waffenlieferungen.

Eine wichtige Dimension der Öffnung der VR China nach Westen ist in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu sehen.³⁸ So kam es im April 1978 zur Unterzeichnung eines nichtpräferentiellen Handelsabkommens zwischen der Europäi-

27 Vgl. Th.W. Robinson, a.a.O.S.594

28 Vgl. G.F. Hudson, a.a.O.S.5 sowie G. Wirsing: Der abwendbare Untergang, Düsseldorf 1975

29 Vgl. Th.W. Robinson, a.a.O.S.594

30 Vgl. Domes-Näth, a.a.O. S.83, ferner: Die Große (Sozialistische) Proletarische Kulturrevolution in China, 1-10. Peking 1967; K.A. Wittfogel: Die Rote Garde und die "Lin-Piao-Linie", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/1967, ders.: Oriental Despotism, New Haven 1957; Schieder, a.a.O.S.171ff

31 Vgl. G. Wettig: Chinesische Bedrohungsvorstellungen im Verhältnis zur Sowjetunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1/1978, S.48f

32 Zur Beurteilung von Nixons China-Politik siehe: H. Kissinger: Memoiren, 1-2. München 1980/82

33 Zu den Auseinandersetzungen siehe Opitz a.a.O.S.31, ferner Wittfogel, Die Rote Garde... zit. Ausg. und Wirsing, Der abwendbare..., zit. Ausg.

34 Vgl. Domes, a.a.O.S.129

35 Vgl. Wettig, a.a.O. S.50, ferner Zhan Fan: Western Europe's Independent Role, in: Beijing Review, 2/1981 S.14f; Zhang Yuwen: Western Europe Moving Towards Integration, in: Beijing Review, 2/1980, S.15f; Z. Brzezinski: Between Two Ages: America's Role in the Technetronic Era, New York 1970; K.W. Deutsch: Analysis of International Relations, Englewood Cliffs 1978, 2.Aufl.

36 Vgl. P.J. Opitz: Et tu, China? Entwicklungstendenzen der chinesischen Außenpolitik seit dem Tode Mao Tse-tungs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1/1978, S.28

37 Vgl. Opitz, Die chinesische...a.a.O.S.8ff, ferner: Barnett, China Policy, zit. Ausg.; Solomon, Thinking..., zit. Ausg.; M. Oksenberg-R.B. Oxnam: Dragon and Eagle, United States-China Relations: Past and Future, New York 1978

38 Vgl. Xue Muqiao: China's Socialist Economy, Beijing 1981

schen Gemeinschaft und der VR China. Betrug 1955 der Handelsumsatz der VR China mit sozialistischen Ländern 74,2% und mit westlichen Staaten 25,8%, so war bereits 1973 die Relation umgekehrt: 17,2% mit sozialistischen und 82,8% mit westlichen Volkswirtschaften.³⁹ Ungeachtet einer möglichen chinesisch-sowjetischen Entspannung gilt: für ihr inneres Programm der landwirtschaftlichen, industriellen, wissenschaftlich-technologischen, volkswirtschaftlichen und militärischen Modernisierung⁴⁰ benötigt die VR China das westliche wirtschaftliche und technologische Potential. "Eine Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen bedeutet nicht gleichzeitig eine Abkehr Chinas von den westlichen Industrienationen, insbesondere den USA. Ganz im Gegenteil, die ständige Möglichkeit, sich an die USA anzulehnen und in der westlichen Welt Unterstützung zu finden, ist Voraussetzung für Pekings Normalisierung der Beziehungen zu Moskau. Um seine Unabhängigkeit zu bewahren, braucht China...die enge Verbindung zum Westen, um nicht in das sowjetische Schwebfeld gezogen zu werden. ...Diese Politik ist nur möglich, wenn die Sowjetunion und die USA sich in ihrer Politik konfrontierend gegenüberstehen."⁴¹

Noch Anfang der achtziger Jahre gab es wenig offene Hinweise auf eine Änderung des Verhältnisses zwischen den beiden sozialistischen Großmächten. Dennoch, schon bald nach Maos Tod deuteten symbolische Gesten auf eine Klimaänderung zwischen der VR China und der Sowjetunion hin. So besuchte der chinesische Außenminister im November 1977 zum ersten Mal seit 1966 wieder die Peking-Botschaft der UdSSR anlässlich eines Empfangs zum sowjetischen Nationalfeiertag. Ebenfalls 1977 wurde zwischen den beiden Kontrahenten ein Abkommen erzielt, das die chinesische Schifffahrt auf den beiden Grenzflüssen Amur und Ussuri regelt.⁴² Im Februar 1978 machte die Sowjetunion Vorschläge zu Verhandlungen über die Prinzipien der beiderseitigen Beziehungen. Ein Meilenstein war dann erreicht, als im Frühjahr 1979 die Chinesen den ein Jahr später ausgelaufenen chinesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1950 aufkündigten, zugleich aber den Sowjets Gespräche über grundlegende Fragen anboten. Diese im September 1979 auf der Ebene stellvertretender Außenminister begonnenen Gespräche wurden dann aber nach dem sowjetischen Einfall in Afghanistan unterbrochen. Die Chinesen sahen in der Besetzung Afghanistans einen Beweis für den "aggressiven Hegemonismus" der Sowjetunion und fühlten sich noch stärker eingekreist. Gegen die chinesischen Interessen war denn auch der Vertrag über die Festschreibung der Grenze zwischen der Sowjetunion und Afghanistan, da diese an dem von der VR China beanspruchten sowjetischen Pamir-Gebiet liegt.⁴³

39 Vgl. W. Röhrich: Gesellschaftssysteme und internationale Politik, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1976, S. 87.

40 Vgl. Yu Cheung-Lieh (Hrsg.): Chinas neue Wirtschaftspolitik. Die vier Modernisierungen: Landwirtschaft, Industrie, Militär, Technologie, Frankfurt/M 1980; China und der Weg der vier Modernisierungen, zit. Ausg.; Hsieh Chen-ping-J. Schneider: Keng Piao and the Chinese Modernization Program, in: Asian Affairs, May-June 1981, S. 287f; D.T. Stuart-W.T. Tow (ed): China, the Soviet Union, and the West: Strategic and Political Dimensions for the 1980s, Nuclear Doctrine 1945-1980, Boulder (Col.) 1981.

41 zit. Wickert, a.a.O.

42 zit. Gelman, a.a.O. S. 627.

43 Vgl. M. Strupp: Im Dreiländereck liegt politischer Sprengstoff, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.9.1981, S. 9.

Seit Mitte der siebziger Jahre schuf die Entwicklung auf der vietnamesischen Halbinsel (Indochina) einen neuen Konfliktherd zwischen der VR China und der UdSSR. Als Gegengewicht zum sowjetfreundlichen Vietnam hatte die VR China auf das kambodschanische Pol Pot-Regime gesetzt. Im Juni 1978 rückten Vietnam und die Sowjetunion durch den Beitritt Vietnams in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen (Comecon) und im November 1978 durch den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages noch enger zusammen. Der vietnamesische Einfall nach Kambodscha, den die VR China als Bedrohung ihrer nationalen Interessen empfand, zeigte für die Chinesen, daß der "kleine Hegemonist" Vietnam in Südostasien eine Stellvertreterfunktion für die "sozialimperialistische" Sowjetunion ausübe. Eine "Strafaktion" der chinesischen Volksbefreiungsarmee gegen Vietnam verwüstete zwar im März 1979 die vietnamesischen Nordprovinzen, erwies sich jedoch für China als zu opferreich und als zu kostspielig.⁴⁴

Veränderungen unterlagen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch die chinesisch-amerikanischen Beziehungen.⁴⁵ Insbesondere verstärkte Waffenlieferungen der im Zeichen einer entschlossenen wie machtvollen Begegnung kommunistischer Herausforderungen angetretenen Reagan-Administration an Taiwan sorgten für eine gewisse Abkühlung des Verhältnisses zwischen den USA und der VR China. Gleichwohl nahmen Handel und Technologietransfer zwischen beiden Ländern einen mächtigen Aufschwung und es begann der Ausbau einer begrenzten amerikanisch-chinesischen in den Bereichen Rüstungstechnologie und Verteidigung.⁴⁶ Diese Vorgänge zwischen den USA und der VR China dienten der Sowjetunion als Anlaß zur Aussendung neuer Signale nach Peking.

Die dritte Periode des Konflikts seit 1980

Einen zentralen Stellenwert bei der chinesisch-sowjetischen Annäherung nahm die Breschnew-Rede in Taschkent im März 1982 ein. Sie enthielt ein umfassendes Angebot (Grenzfrage, vertrauensbildende Maßnahmen, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Kooperation). Die Sowjets hätten außerdem nie an einem Zwei-China-Konzept festgehalten. Breschnew kritisierte in Taschkent einige Aspekte der chinesischen Außenpolitik als abweichend von sozialistischen Prinzipien und Standards. Allerdings sei die Existenz eines sozialistischen Sys-

44 Vgl. O. Weggel: Chinas Erziehungsfeldzug gegen Vietnam, in: China aktuell, 2/1979 S. 98f.

45 Vgl. Oksenberg-Oxnam, Dragon and Eagle, zit. Ausg.; US Congress, House of Representatives, Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, The United States and the People's Republic of China: Issues for the 1980s, Hearings, 96th Congress, 2nd Session, Washington D.C. 1980, 102ff; M. Pillsbury: U.S.- Chinese Military Ties? in: Foreign Policy, Nr. 20/1975, S. 50ff; N. Podhoretz: Der Riese taumelt, Stuttgart 1981; B. Starr (ed): The Future of U.S. - China Relations, New York-London 1981; W.T. Tow-D.T. Stuart: China's Military turns to the West, in: International Affairs, Nr. 2/1981, S. 286ff; L. Downen: The Reagan Policy of Strategic Cooperation with China: Implications for Asian-Pacific Stability, in: The Journal of East Asian Affairs, Vol. 11, Nr. 1/1982, S. 42ff; Ch.A. Johnson: The 1980 Crisis and the PRC, in: Issues and Studies, June 1980, S. 22ff.

46 Siehe hierzu Downen, The Reagan Policy...zit. Ausg. und D.T. Stuart-W.T. Tow: Chinese Military Modernization: The Western Arms Connection, in: The China Quarterly, Nr. 90, June 1982, S. 253ff.

tems in China nie bestritten worden, obwohl Pekings Funktion in der Politik des Imperialismus in der Weltarena natürlich den Interessen des Sozialismus widerspräche. Die Sowjetunion habe auch den Zustand der Entfremdung und Feindseligkeit zwischen beiden Ländern nie als normal betrachtet.⁴⁷

Am 5. Oktober 1982 wurden nach dreijähriger Unterbrechung in Peking in einer ersten Runde die Gespräche der stellvertretenden Außenminister beider Länder wiederaufgenommen, wobei chinesischen Funktionären zufolge in Grundsatzfragen weder in dieser noch in der darauffolgenden Moskauer Gesprächsrunde eine Annäherung der Standpunkte gelang. Die Außenminister Chinas und der Sowjetunion, Huang Hua und Gromyko führten beim Begräbnis des Generalsekretärs der KPdSU Breschnew im November 1982 in Moskau eine Unterredung.

Diese Verhandlungen zeigten, daß die Sowjets vor allem an Gesprächen über territoriale Fragen interessiert sind und den Wunsch haben, von den Chinesen die Einwilligung zu einem Gipfeltreffen zu erhalten, welches nach sowjetischer Absicht zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden Ländern führen sollte. Bewahrung des Status quo an der Grenze, Truppenentflechtung, Abzug der Sowjets aus der Mongolischen Volksrepublik und auch aus Afghanistan, Rückzug der Vietnamesen aus Kambodscha, sowjetische Anerkennung der alten Verträge als "ungleiche" und Grenzverhandlungen sind die Forderungen, die die chinesische Seite erhebt. Schon aus dieser Palette an Konfliktthemen sowie aus der engen Verknüpfung dieser Forderungen mit den vitalen Interessen der jeweiligen Gegenseite ist ersichtlich, daß sich eine tiefgreifende chinesisch-sowjetische Entspannung kurzfristig kaum wird einstellen können.⁴⁸

Dieses Urteil findet angesichts der Politik Andropows und ebenso seines Nachfolgers Tschernenko nach wie vor Bestätigung. Zwar schien unter Andropow die Normalisierung zwischen der VR China und der Sowjetunion forciert zu werden, aber mit dem Machtantritt Tschernenkos hat die chinesisch-sowjetische Entspannung offensichtlich keine Priorität mehr. Neben den bislang vier ergebnislosen Runden der Normalisierungsgespräche mag dies beispielsweise die kurz im Anschluß an den Besuch des US-Präsidenten Reagan im April 1984 die Chinesen völlig überraschende und brüskierende Absage des Besuchs des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow zeigen.

47 Vgl. Der Spiegel, Nr.24 vom 14.6.1982, S.132-140; auf Parteiebene nahm die KPdCh 1980 mit den kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens und 1982 nach 17jähriger Unterbrechung mit der von Frankreich wieder Kontakte auf.

48 Vgl. Hudson, a.a.O.S.5

Der exakte Systembegriff

von

Dr. Ladislaus Barlay

Sei M eine Menge von Elementen $\{m_1, m_2, \dots, m_n\}$. Diese Menge wird fortan die Grundmenge M eines Systems S genannt. Die Elemente von M werden dabei als beliebige, allesamt und eindeutig M angehörende Objekte intuitiv eingeführt. Ob diese Elemente bereits vor der Bildung der Menge M existieren, wird nicht festgelegt.

Für jedes Element m_i von M heißt jede, m_i nicht enthaltende Menge solcher Elemente, die mit m_i in irgendeiner Wechselbeziehung stehen, die Umgebung von m_i .

Die Elemente von M besitzen im Allgemeinen folgende Eigenschaften:

1. Elemente haben immer wenigstens eine Eingangsgröße x (input) stofflicher, energetischer oder informationeller Art.
2. Elemente haben immer wenigstens eine Ausgangsgröße y (output) stofflicher, energetischer oder informationeller Art.

3. Die inputs bestimmen insgesamt eindeutig die outputs: $y=f(x)$ nach $f: x \rightarrow y$.

4. Wenn n die Anzahl von x , m die Anzahl von y ist, so gilt für die Differenz

$$D=m-n, \text{ daß } D \geq 0.$$

5. Die inputs $x_1, x_2, \dots, x_n$ bilden den Input-Vektor X und die outputs $y_1, y_2, \dots, y_n$ bilden den Output-Vektor Y .

Auf die Menge $M = \{m_1, m_2, \dots, m_n\}$ ist ferner eine Relation $R[m_i, m_j]$ definiert, die die Elemente $m_1, m_2, \dots, m_n$ ausnahmslos paarweise ordnet. Die Anordnung der Elemente von M nach R ist eine bijektive Abbildung $f: y(m_i) \rightarrow x(m_j)$. Das Produkt $M \times M$ der Menge M mit sich selbst ist die Menge aller geordneter Paare $[m_i, m_j]$ nach R so, daß $m_i \in M$ und $m_j \in M$, wobei der output eines jeden Elementes von M der input irgendeines der Elemente von M ist und umgekehrt, der input eines jeden Elementes von M der output irgendeines der Elemente von M ist.

Die Relation R repräsentiert die Menge der Beziehungen (und deren isomorphen Transformationen) zwischen den Elementen von M .

Das, was durch die Grundmenge $M = \{m_1, m_2, \dots, m_n\}$ und durch die Abbildung $f: y(m_i) \rightarrow x(m_j)$ nach $R[m_i, m_j]$ dargestellt wird, ist objektiv vorhanden und ist weder bezüglich seiner qualitativen Gliederung (Auswahl, Abgrenzung, Kopplung und Anordnung der Elemente), noch bezüglich seiner quantitativen Gliederung (Anzahl der Elemente, inputs und outputs der Elemente, Intensitäten und Intervalle dieser Größen) vollständig bekannt. Trotzdem ist M vollständig in dem Sachverhalt enthalten, den wir mit dem jeweiligen System, charakterisiert durch

eine Menge $S = \{s_1, s_2, \dots, s_n\}$ beschreiben und kommt in den komplexen Wechselbeziehungen zwischen den Elementen $s_1, s_2, \dots, s_n$ von S , sowie zwischen s_k und S und zwischen S und seiner Umgebung zur Geltung. (Die Umgebung von S ist durch die Komplementmenge $\bar{S}$ von S gegeben derart, daß $S \cap \bar{S} = \emptyset$.)

Für S gilt Folgendes:

1. $s_k \in S$, $k=1, 2, \dots, n$; $S = \{s_1, s_2, \dots, s_n\}$.
 2. s_k hat wenigstens einen input x' .
 3. s_k hat wenigstens einen output y' .
 4. $y' = f(x')$; $y'_{i+1} = f(x'_i)$ nach $f: x' \rightarrow y'$.
 5. Wenn n die Anzahl von x' , m die Anzahl von y' ist, so gilt für die Differenz $D = m - n$, daß $D \geq 0$.
 6. Die inputs von s_k ($x'_1, x'_2, \dots, x'_n$) bilden den Input-Vektor X' und die outputs von s_k ($y'_1, y'_2, \dots, y'_n$) bilden den Output-Vektor Y' .
 7. $R^* \left[\begin{smallmatrix} s_i & s_j \end{smallmatrix} \right] \rightarrow f: y'(s_i) \rightarrow x'(s_j)$.
 8. $S \times S$ ist die Menge aller geordneten Paare $[s_i, s_j]$ nach R^* so, daß $s_i \in S$ und $s_j \in S$, wobei der output eines jeden Elementes von S nicht unbedingt der input irgendeines der Elemente von S sein muß und umgekehrt, der input eines jeden Elementes von S nicht unbedingt der output eines der Elemente von S sein muß.
- Definition. Die Menge S repräsentiert ein System, wenn S eine echte Teilmenge der Grundmenge M ist: $S \subset M$.

Theorem 1. Da $S \subset M$, gibt es Abbildungen $f: y(m_i) \rightarrow x(m_j)$ in $M \times M$, die in $S \times S$ nicht enthalten sind, von denen aber wegen der teilweisen Homomorphie zwischen M und S der jeweilige Zustand Z_s von S abhängt: $Z_s = f(M \times M)$.

Genauer gesagt: es gibt zwischen den Elementen des Paares m_i, m_j für die $[m_i, m_j] \subset M$ sowie $[m_i, m_j] \not\subset S$ gilt, in $M \times M$ Abbildungen, die keiner Abbildung in $S \times S$ entsprechen. Die einzige Voraussetzung dafür ist, wenn n die Anzahl von $m_k \notin S$ ist, daß $n > 1$.

Es gibt in $M \times M$ ferner solche Abbildungen, die mindestens zu einer Abbildung in $S \times S$ homomorph sind: es gibt also eine homomorphe Abbildung $f: f_m \rightarrow f_s$, die jedem n -Tupel von Abbildungen $\{f_1, f_2, \dots, f_n\}$ in $M \times M$ (wobei $f_i: y(m_i) \rightarrow x(m_j)$) mindestens eine Abbildung f_s aus der Menge der Abbildungen $\{f_1, f_2, \dots, f_n\}$ der Abbildung $f_i: y'(s_i) \rightarrow x'(s_j)$ in $S \times S$ zuordnet.

Da $S \subset M$, also $\exists(m_i)(m_i \in M \wedge m_i \notin S)$, gibt es in $M \times M$ wenigstens eine Abbildung, deren jeweils nur ein Glied (input oder output eines Elementes von M als Urbild oder als Abbild) zu einem der inputs bzw. der outputs eines Elementes von S homomorph ist, wobei das jeweils andere Glied der Abbildung nicht Entsprechendes in S hat.

Solche Abbildungen erfolgen immer zwischen den Elementen derjenigen Teilmengen von M , die in S nicht enthalten sind und den Elementen derjenigen Teilmengen von M , die in S enthalten sind, wobei R in $M \times M$ alle Elemente von M ausnahmslos untereinander paarweise ordnet.

Diese letzte Art von Abbildungen, die in $M \times M$ enthalten, in $S \times S$ aber, wo nur

ein Glied für sie vorhanden wäre, nicht enthalten sind, stellen stoffliche, energetische oder informationelle Flüsse dar, die in $S \times S$ unberücksichtigt bleiben, obwohl S an ihnen teilhat.

Somit bildet S ein Modell von M , das zu M teilweise homomorph ist. Was die Beziehungen zwischen den Abbildungen in $M \times M$ und denen in $S \times S$ betrifft, so ergeben sich potentiell drei Fälle:

1. Die Abbildungen in $M \times M$, denen in $S \times S$ nichts entspricht. Von S aus betrachtet können sie erst vermittelt der beiden anderen Arten von Abbildungen geltend gemacht werden. Sie können durch Ergänzung von S in Bezug auf sie erfüllt werden.
2. $f: y(m_i) \rightarrow x(m_j) \rightarrow f: y'(s_i) \rightarrow x'(s_j)$; $f_m \rightarrow f_s$.
3. $f: y(m_k) \rightarrow x(m_l) \not\rightarrow f: y'(s_k) \rightarrow x'(s_l)$, wobei aber entweder
 - a.) $f: x(m_l) \rightarrow x'(s_l)$ mit $f: y(m_k) \not\rightarrow y'(s_k)$ oder
 - b.) $f: y(m_k) \rightarrow y'(s_k)$ mit $f: x(m_l) \not\rightarrow x'(s_l)$ besteht. ($\not\rightarrow$ heißt Negat der Abbildung.)

Daraus folgt der Sachverhalt zweier möglicher Abbildungen:

1. für a.) $f: y(m_k) \rightarrow x'(s_l)$ und
2. für b.) $f: y'(s_k) \rightarrow x(m_l)$.

S hat also wenigstens ein Element s_k , dessen output kein input eines anderen Elementes von S ist und wenigstens ein Element, dessen input kein output eines anderen Elementes von S ist.

Definition. Systeme, die wenigstens ein Element haben, dessen inputs keine outputs eines anderen Elementes des jeweiligen Systems selbst sind, bzw. die wenigstens ein Element haben, dessen outputs keine inputs eines anderen Elementes des jeweiligen Systems selbst sind, heißen offen. Systeme, die keine solchen Elemente besitzen, heißen dagegen geschlossen.

Theorem 2. S ist ein offenes System bezüglich M .

Theorem 3. Diejenigen Abbildungen aus $M \times M$, die homomorph zu irgendwelchen Abbildungen in $S \times S$ sind und S nach R^* derart ordnen, daß dessen geordnete Paare für jeden input der Elemente von S einen output aus S sowie für jeden output der Elemente von S einen input aus S enthalten, repräsentieren ein System S^* , das bezüglich der an dieser paarweisen Anordnung teilhabenden Elemente aus M geschlossen ist.

Definition. Die Relation R^* repräsentiert die Menge der Beziehungen (und deren isomorphe Transformationen) zwischen den Elementen von S . R^* stellt somit die Struktur des Systems S dar. Die Struktur des Systems S^* ist durch eine echte, nichtleere Teilmenge derjenigen Menge gegeben, die von R^* repräsentiert wird.

Theorem 4. Jedes Element s_k von S transformiert seine inputs $x'_j(s_k)$ in seine outputs $y'_i(s_k)$. Diese Transformation entspricht der Abbildung $f: x'_i(s_k) \rightarrow y'_i(s_k)$ und sie drückt für jedes Element die von diesem Element partiell bewirkte Abhängigkeit des Output-Vektors Y' von dem transformierten

Input-Vektor X' aus. Nach Einführung des Transformationsoperators Q gilt also: $Y' = Q(X')$.

Die zu Q gehörende Transformationsregel ist durch eine Matrix H gegeben, die sich aus den einzelnen Transformationskoeffizienten

$$h_{ij} = \frac{\Delta y'_i(s_k)}{\Delta x'_j(s_k)}$$

zusammensetzt. In Form einer Vektorengleichung gilt daher: $\Delta Y = H \Delta X'$. Sie ist die Differenzenform der Transformationsregel, die im Falle konstanter Transformationskoeffizienten h_{ij} und damit einer linearen Transformation sich zur Integralform $Y' = HX'$ vereinfachen läßt.

Wegen $f: y(m_k) \rightarrow x'(s_l)$ und $f: y'(s_k) \rightarrow x(m_l)$ ist unvermeidlich, daß zumindest in einem Fall bei einem reellen Wert von $\Delta y'_i(s_k)$ für die Komponentenveränderung $\Delta x'_j(s_k) = 0$ gilt und damit h_{ij} nicht existiert und daß zumindest in einem Fall bei einem reellen Betrag von $\Delta x'_j(s_k)$ die Gültigkeit von $\Delta y'_i(s_k) = 0$ beim nicht existierenden h_{ij} vorliegt.

Theorem 5. Die Elemente s_k ($k = 1, 2, \dots, n$) aus S sind untereinander nach $S \times S$ und bei $(S \times S) \subseteq P(S)$ paarweise gekoppelt. Diese Kopplung entspricht für ein Paar s_{1k}, s_{2l} mit den dazu gehörenden Input-Vektoren X'_{1k}, X'_{2l} , Output-Vektoren Y'_{1k}, Y'_{2l} und den Vektorenkomponenten x_j, y_i der Gleichung

$$x'_{2l} = y'_{1k}$$

die nicht invertierbar sein muß. Ist sie im Sinne von $x'_{1k} = y'_{2l}$ invertierbar, so liegt eine Rückkopplung vor. Wenn die Gleichung $x'_{2l} = y'_{1k}$ erfüllenden Komponentenpaare mit 1 und die sonstigen Komponentenpaare mit 0 bezeichnet werden, läßt sich aus allen Komponenten eine Kopplungsmatrix K bilden, die entweder mindestens ein Element mit dem Wert 1 hat und in jeder Zeile (Spalte) höchstens ein Element mit dem Wert 1 zuläßt oder nur aus Nullen besteht. Dementsprechend besteht die strukturelle Kopplung entweder in einer realen Kopplung oder in keiner realen Kopplung.

K führt zur Vektorengleichung $X'_{2l} = K_{21k} Y'_{1k}$

Mit Hilfe von Vektorengleichungen (als Kopplungsgliedern) lassen sich verschiedene Kopplungsarten (offene und geschlossene, d.h. rückkoppelnde Ketten, Input- und Outputverzweigungen) sowie Kopplungsnetze mit einer Kombination mehrerer Kopplungsarten herstellen.

Wegen $f: y(m_k) \rightarrow x'(s_l)$ und $f: y'(s_k) \rightarrow x(m_l)$ gibt es mindestens eine Elementenkopplung in S , die genau dann ein Nullelement von K ist, wenn sie in der Kopplungsmatrix K_M von $M \times M$ als Einselement auftritt.

Theorem 6. Für jedes Paar s_k, s_l aus S gibt es eine Kopplungsmatrix sowie eine Vektorengleichung $X'_l = K_{lk} Y'_k$. Wenn N die Anzahl der Elemente s_k ($k=1, 2, \dots, n$) von S ist und $k \neq l$ (keine Selbstkoppelungsmöglichkeit) gilt, dann existieren $N(N-1)$ Kopplungsmatrizen und genauso viele Vektorengleichungen der erwähn-

ten Art. Alle Kopplungsmatrizen K_{lk} bilden zusammen die quadratische Strukturmatrix R^*_W von S mit N Zeilen und N Spalten, die wegen $k \neq l$ eine Diagonale aus Nullen besitzt. Alle nur aus Einsen und Nullen bestehenden Kopplungsmatrizen K_{lk} treten als Untermatrizen von R^*_W auf, die ebenfalls aus Einsen und Nullen besteht. Die Strukturmatrix R^*_W eines offenen Systems S enthält Spalten oder Zeilen oder sowohl Spalten als auch Zeilen, die nur von Null-Untermatrizen gebildet werden. Die Strukturmatrix R^*_{WG} eines geschlossenen Systems S^* kann keine nur aus Null-Untermatrizen gebildeten Spalten und Zeilen enthalten, sie muß jedoch zumindest eine Rückkopplung besitzen, die durch ein Element K^*_{lk} (bei $l < k$) oberhalb der Diagonale auftritt.

Im geschlossenen System S^* ist jede Input-Komponente x'^*_{lj} und jede Output-Komponente y'^*_{kj} das Ergebnis einer systeminternen Transformation nach $\Delta Y'^* = H^* \Delta X'^*$ bzw. nach $Y'^* = H^* X'^*$, während das offene System S zumindest einen Teil der in seinen Elementen nach $\Delta Y' = H \Delta X'$ bzw. nach $Y' = HX'$ erfolgten Transformationen nicht enthält und zumindest eine nicht systemintern transformierte Input-Komponente besitzt oder zumindest eine systemintern transformierte Output-Komponente an M oder an die M -freie Umgebung abtritt.

Die Kopplungsmatrizen K^*_{lk} von S^* beinhalten daher jede Transformation, die einer Komponentenkopplung vorangeht, also auch die Transformationen, die beim reellen Wert einer der Komponenten selbst den Wert 0 aufweisen. Die Kopplungsmatrizen K^*_{lk} bilden alle systeminternen Transformationen auf die Strukturmatrix R^*_{WG} ab. Die Kopplungsmatrizen K_{lk} von S beinhalten dagegen einige Transformationen, die Komponentenkopplungen in S vorangehen nur derart, daß sie Nullen für systemextern transformierte, in Elemente von S als dessen input eintretende fremde outputs und für systemintern transformierte, von S an M oder an die M -freie Umgebung als fremde inputs abgegebene outputs bereithält. Auch die Kopplungsmatrizen K_{lk} von S bilden daher alle systeminternen oder in S eintretenden Transformationen auf die Strukturmatrix R^*_W so ab, daß sie neben Spalten und Zeilen, die aus Einsen oder aus Einsen und aus Nullen bestehen, auch zumindest eine, nur aus Nullen gebildete Spalte oder Zeile enthält. R^*_W beinhaltet auch alle Elementenkopplungen, die in K^* genau dann ein Nullelement sind, wenn sie in K_M ein Einselement darstellen. In R^*_W treten diese Null-Spalten und Null-Zeilen von Untermatrizen so geordnet auf, daß es genau festgelegt ist, welche Input-Komponenten eines Randelementes von S keine Output-Komponenten eines Elementes von S und welche Output-Komponenten eines Randelementes von S keine Input-Komponenten eines Elementes von S sind, wobei die systeminternen und in S eintretenden Transformationen in ihrer Gesamtheit als eine Bedingung für alle systemeigenen Kopplungen gelten.

Wegen $f: y(m_k) \rightarrow x'(s_l)$ und $f: y'(s_k) \rightarrow x(m_l)$ folgen daraus für S^* die Paradoxien: $P(S^*) < R^*_{WG} \subseteq P(S^*)$, $R^*_{WG} > (S^* \times S^*) \rightarrow R^*_{WG}$ und die Abbildungen: $R^*_{WG} \leftrightarrow f: (M \times M) \rightarrow [(S^* \times S^*) \subseteq (M \times M)]$.

$$R^*_{WG} \leftrightarrow f: [x_1, x_2, \dots, x_N] \rightarrow [y'^*_1, y'^*_2, \dots, y'^*_N]$$

$$\begin{aligned}
 R^*_{WG} &\xrightarrow{f: [y_1, y_2, \dots, y_N]} [x^*_1, x^*_2, \dots, x^*_N] \\
 \text{Dagegen gilt für } S: R^*_{WG} &\xrightarrow{P(S)} P(S) \subseteq R^*_{WG} \xrightarrow{R^*_{WG}} (S \times S) \xrightarrow{R^*_{WG}} R^*_{WG} \\
 R^*_{WG} &\xrightarrow{f: (M \times M)} [(S \times S) \subseteq (M \times M)] \\
 R^*_{WG} &\xrightarrow{f: [x_1, x_2, \dots, x_N]} [y_1, y_2, \dots, y_N] \\
 R^*_{WG} &\xrightarrow{f: [y_1, y_2, \dots, y_N]} [x_1, x_2, \dots, x_N]
 \end{aligned}$$

Die angeführten Paradoxien lassen sich in Bezug auf S und S^* , nicht aber in Bezug auf M auflösen und die angeführten Abbildungen lassen sich unter expliziter Ausklammerung von M formulieren. Hierzu wird insbesondere a.) das rein räumliche (geometrische) Modell des mengentheoretisch formulierten Systembegriffs mit Hilfe einer Zeitmenge in ein raum-zeitliches Modell übergeführt und der Systembegriff topologisch zum Begriff eines dynamischen Systems erweitert; b.) neben den Input- und Output-Vektoren ein Zustandsvektor (Zustandsmenge) eingeführt und damit die Untersuchung von Stabilitätsproblemen sowie von Kausalfolgen und kausalen Wechselwirkungen ermöglicht; c.) zur Darstellung eines dynamischen Systemverhaltens oder Prozesses im System und durch das System neue Abbildungen (und damit Mittel der Analysis) verwendet und d.) der modale Aufbau von Prozessen bei probabilistischen dynamischen Systemen mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitsverteilungen modelliert.

Jedem Element s_k ($k=1,2,\dots,n$) von S und jedem Element s^*_k ($k=1,2,\dots,n$) von S^* wird neben X', Y', X'', Y'' ein Zustandsvektor $Z=(z_1, z_2, \dots, z_n)$ bzw. $Z^*=(z^*_1, z^*_2, \dots, z^*_n)$ zugeordnet. Der Tripel (X', Y', Z) bzw. (X'', Y'', Z^*) läßt es zu, R^*_{WG} bzw. R^*_{WG} und H bzw. H^* für S und S^* in einer einzigen Relation $R_S(s_i, z_j, s_j) \xrightarrow{f: (Z^S \times X')} Y_j$ (bei $X'_j = Y'_j$) zusammenzufassen.

R_S ist eine nichtleere Relation $R_S \subseteq (X' \times Y' \times Z)$. S und S^* sind demnach mit dem Quadrupel (X', Y', Z, R_S) bzw. (X'', Y'', Z^*, R_S) identisch. Es gilt:

$$S \subseteq (X', Y', Z, R_S) \wedge (X', Y', Z, R_S) \subseteq S \text{ bzw.}$$

$$S^* \subseteq (X'', Y'', Z^*, R_S) \wedge (X'', Y'', Z^*, R_S) \subseteq S^* \text{ und das jeweilige System wird explizit von } R_S \text{ vertreten.}$$

Definition. Ein dynamisches System R_S ist die kausale, in ausgezeichnete Zeitrichtung verlaufende Aufeinanderfolge von Ereignissen in einem 12-Tupel:

$$R_S = (X, X, Y, \psi, Z, \omega, T, f, Pr, \alpha, \beta, \gamma) \text{ Die einzelnen Elemente dieser Konstruktion werden durch folgende Axiome festgelegt:}$$

1. X ist die Menge von inputs in R_S .
2. X ist eine nichtleere Menge von Input-Funktionen $X = \{x: T \rightarrow X\}$. Wenn X lediglich ein einziges Element besitzt, so heißt R_S frei. In diesem Fall ist R_S von allen möglichen Einzelinputs isoliert und seine Umgebung gilt als sein einziger input. Wenn R_S linear ist, so stellt X im Sinne der Menge $\{0\}$ einen Nulldimensionalen Vektorraum dar. $X(t_1, t_2)$ ist ein Input-Segment. Es ist nach $X \in X$ eingeschränkt auf $(t_1, t_2) \cap T$. Wenn $X, X' \in X$ und $t_1 < t_2 < t_3$, so gibt es ein $X'' \in X$, für welches die Inputverkettung $X''(t_1, t_2) = X(t_1, t_2)$ und $X''(t_2, t_3) = X'(t_2, t_3)$ gilt.

3. Y ist die Menge von outputs in R_S .

4. Ψ ist die Menge der Output-Funktionen $\Psi = \{\psi: T \rightarrow Y\}$.

5. Z ist die Menge der Zustände von R_S .

6. Ω ist die Menge der Zustandsfunktionen $\Omega = \{\omega: T \rightarrow Z\}$.

7. T ist die Zeitmenge $T \subseteq [t_0, \infty)$ von R_S . T ist eine wohlgeordnete Teilmenge $\{t', t'', \dots\}$ der Menge R (der reellen Zahlen) mit der vollständigen Ordnungsrelation $\leq$ und mit der Initialzeit (Startzeit) t_0 . R_S hat eine kontinuierliche Zeit.

8. f ist die Zeitfunktion nach $m = f(t)$ bzw. $f: T \rightarrow M$, wobei das Produkt $T \times M$ die Phasenmenge (oder der Phasenraum) und das Paar $(t, m) \in T \times M$ eine Phase genannt werden. fM ist die Menge aller Zeitfunktionen über T mit dem Wertebereich M . m ist eine Verallgemeinerung von x, y und z .

9. Pr ist ein Prozeß von R_S : jede Teilmenge Pr einer bestimmten Menge fM von Zeitfunktionen wird als ein Prozeß im Wertebereich M bezeichnet. ($Pr \subseteq fM$).

Sind alle $m \in M$ R^d -wertige Zufallsvariablen und ist R^d der d -dimensionale Euklidische Raum, so erweitert sich Pr unter Voraussetzung der Indexmenge eines stetigen Zeitparameters $T \neq \emptyset$ sowie des Wahrscheinlichkeitsraumes (E, A, P) zu einer Familie $\{M_t; t \in T\}$ mit dem Zustandsraum R^d , mit der Parametermenge T und mit den zu ihr gehörenden endlich-dimensionalen Verteilungen, die stochastischen Prozeß genannt wird. Die Prozesse $Pr \subseteq fM$ sind stets mit Wahrscheinlichkeit 1 für $f: T \rightarrow M$ verknüpfte Grenzfälle von stochastischen Prozessen.

Lemma. Jeder Prozeß Pr ist die Konjunktion einer Menge möglicher Zustände mit einer Regel, die die wirklichen Zustände von allen möglichen Zuständen auswählt.

Lemma. Ein Systemparameter für einen Prozeß ist ein r -Tupel reeller Zahlen, von dem die Zustandsauswahlregel des Systems abhängt.

10. α ist die Zustandserzeugungsfunktion nach $\alpha: T \times T \times Z \times X \rightarrow Z$.

Der Wert von α ist der Zustand $z(t) = \alpha(t; t_0, z, X) \in Z$, der zur Zeit $t \in T$ aus dem Initialzustand $z = z(t_0) \in Z$ zur Initialzeit $t_0 \in T$ unter Einwirkung des inputs $X \in X$ hervorgebracht wird. α ist definiert für alle $t \geq t_0$, aber nicht notwendigerweise für $t < t_0$. R_S ist irreversibel. Wenn $t_0 \in T$ sowie $z \in Z$, so stellt das geordnete Paar (t_0, z) ein Ereignis von R_S dar und das Produkt $T \times Z$ gilt als der Ereignisraum von R_S . Die Zustandserzeugungsfunktion α bewegt (oder transformiert) den Zustand z in den Zustand $\alpha(t; t_0, z, X)$ bzw. das Ereignis (t_0, z) in das Ereignis $[t, \alpha(t; t_0, z, X)]$, weshalb sie oft als Bewegung, Fluß, Trajektorie, Bahn oder Lösung einer gewöhnlichen Differentialgleichung genannt wird. Wenn α für alle t - und t_0 -Werte definiert ist und nicht nur für $t \geq t_0$, dann gilt R_S als reversibel. $\alpha(t; t, z, X) = z$ für alle $t \in T, z \in Z$ und $X \in X$. Für alle $t_1 < t_2 < t_3$ gilt: $\alpha(t_3; t_1, z, X) = \alpha(t_3; t_2, \alpha(t_2; t_1, z, X), X)$ bei jedem $z \in Z, X \in X$. Wenn $X, X' \in X$ und $X(t_0, t) = X'(t_0, t)$, dann $\alpha(t; t_0, z, X) = \alpha(t; t_0, z, X')$. In probabilistischen dynamischen Systemen (mit bedingten Mar-

koff-Prozessen) erzeugt $z(t_0)$ unter Einwirkung von x nicht $z(t)$, sondern die Wahrscheinlichkeitsverteilung $P(t; t_0, z(t_0), x)$.

11. β ist die Outputerzeugungsfunktion nach $\beta: T \times Z \rightarrow Y$, die den output y bestimmt: $y(t) = \beta(t, z(t))$. $(t_0, t) \rightarrow Y$ ist ein Outputsegment, d.h. eine Einschränkung $\psi(t_0, t)$ von $\psi \in \Psi$ für (t_0, t) .

12. γ ist die Durchlaufsfunktion nach $\gamma: T \times Z \rightarrow P(X \times Y)$, die zu einem Zeitpunkt $t \in T$ zum gegebenen Zustand den output für den input bestimmt:

$(x, y) = f(t, z)$. Die zu γ gehörende Outputrelation Γ von $T \times Z \times X$ in Y wird wie folgt definiert: $\Gamma \subset (t \times Z \times X) \times Y: (t, z, x) \Gamma y$.

Das dynamische System R_s ändert sich strukturell mit der Zeit und es wandelt seine Antworten dementsprechend um, die es auf gleichartige inputs und auf gleichartige Zustände gibt. R_s ist daher prinzipiell nicht konstant (d.h. nicht zeitinvariant). In bestimmten Zeitintervallen $(t-t_0) \in T$ gilt jedoch $\lim_{t \rightarrow \infty} \Delta R_{st} = 0$,

d.h. R_s bleibt konstant (zeitinvariant) und es antwortet auf gleichartige inputs sowie auf gleichartige Zustände zeitunabhängig mit gleichartigen Zuständen sowie mit gleichartigen outputs. Die Konstanz von R_s besitzt für alle $(t-t_0) \in T$ lediglich eine gewisse Wahrscheinlichkeit (d.h. die Zustands- und Output-Antworten von R_s auf gleichartige inputs und auf gleichartige Zustände entsprechen Funktionen, deren Wertebereiche Wahrscheinlichkeitsräume (E, A, P) mit $P = f: A \rightarrow 0 \leq P(A) \leq 1$ und $P(E) = 1$ sowie Wahrscheinlichkeitsverteilungen mit $(E', A'), X, P_X(A') = P \{ e: X(e) \in A' \}$, $F(x) = P(X \leq x)$ enthalten. Hat die Wahrscheinlichkeit dabei stets den Wert 1, so ist R_s stets konstant. Wenn in diesem Fall die Zeitmenge T die algebraische Struktur einer additiven Gruppe hat, dann leistet der durch $x'(t) = x(t + t_0)$ für alle $t_0, t \in T$ definierte Verschiebungsoperator $V_{t_0}^x: x \mapsto x'$ Folgendes:

a.) $\alpha(t; t_0, z, x) = \alpha(t + t_0; t_0 + t_0 + r, z, v^r x)$ für alle $r \in T$.

b.) $\beta: T \times Z \rightarrow Y$ ist unabhängig von t .

c.) $\gamma: T \times Z \rightarrow P(X \times Y)$ ist unabhängig von t .

Im Falle eines nicht konstanten R_s hat R_s entweder neben T noch zumindest eine weitere Zeitmenge $T^* \neq T$, oder neben einer nichtleeren Menge zufallsfreier x -, y - und z -Größen zusätzlich eine nichtleere Menge zufallserzeugender x -, y - und z -Größen.

Das dynamische System R_s hat einige Strukturmerkmale, die variabel sind. Bestimmte Varianten dieser Strukturmerkmale stellen Gesetze der Ereignisfolge im ganzen System R_s oder in den Subsystemen $R_s' \subset R_s$ (mit $\forall r_s' \in R_s, r_s' \in R_s$) dar.

Theorem 7. R_s läßt sich in einem Input-Output-Modell auf ein 5-Tupel von $(T, X, \mathcal{X}, Y, \Psi)$ reduzieren, wobei $T, X, \mathcal{X}, Y$ und Ψ ihre bereits angegebenen Definitionen erfüllen. Demnach gibt es eine Menge A der Menge von Funktionen $F = \{ f_a: T \times \mathcal{X} \rightarrow Y, a \in A \}$. Jedes Element von F heißt Input-Output-Funktion $f_a(t, x) = y(t)$ und stellt den output dar, der zum Zeitpunkt t aus dem input x während des Vorgangs a hervorgeht.

Dabei gibt es eine Abbildung $f: A \rightarrow T$, wonach $f_a(t, x)$ für alle $t \geq f(a)$ definiert ist. Wenn $t_0, t \in T$ und $t_0 < t$ und $x, x' \in \mathcal{X}$ sowie $x(t_0, t) = x'(t_0, t)$, dann $f_a(t, x) = f_a(t, x')$ für alle a , für die $t_0 = f(a)$. A korrespondiert dabei mit einer Teilmenge von $T \times \mathcal{X}$.

Theorem 8. Wenn X und Y Prozesse der diversen Mengen von Zeitfunktionen fA und fB mit dem selben Definitionsbereich T und mit den Wertebereichen A und B sind, dann bildet das 5-Tupel (X, Y, A, B, T) ein (allgemeines) Input-Output-Zeitsystem T_s in R_s . Unter der Annahme von $F \subset (X \times Y)$, F ist nichtleer, direktes Produkt $XY =$ Zeitfunktion $xy: T \rightarrow (X \times Y)$ und

$\Pr(X, Y) = \{ f: \forall x \in X, \forall y \in Y f = xy \wedge xfy \}$ wird jedem T_s eindeutig umkehrbar ein Input-Output-Prozeß $\Pr(XY) \subset XY$ zugeordnet.

Theorem 9. Wenn $\Pr \subset fM$ (über T), die Menge von Zeitfunktionen $C = c: T \rightarrow P(\Pr)$ und für jedes $t \in T$ das Mengensystem $\{ c(t): c \in C \}$ den Prozeß $\Pr$ "überdeckt" (d.h. $\forall t \in T, \cup c(t) = \Pr$), dann leistet das geordnete Paar $c \in C$

$(\Pr, C)$ Folgendes: jede Zustandstrajektorie $c \in C$ zeigt an, was der Prozeß $\Pr$ in den Zeitpunkten $t \in T$ an Teilprozessen $c(t)$ hervorbringt. In jedem $t \in T$ ist die Summe der Teilprozesse gleich $\Pr$.

Theorem 10. Ist T eine Teilmenge der Menge der ganzen, natürlichen Zahlen, dann und nur dann hat R_s eine diskrete Zeit.

Theorem 11. Wenn Z einen endlich-dimensionalen, linearen Raum darstellt, dann ist R_s endlich-dimensional. Wenn Z eine endliche Menge ist, dann besitzt R_s endlich viele Zustände. Wenn X, Y und Z endliche Mengen sind und R_s konstant ist sowie eine diskrete Zeit hat, dann und nur dann ist R_s endlich.

Theorem 12. Wenn $X, \mathcal{X}, Y, \Psi, Z$ und Ω Vektorräume über einem gegebenen Feld K sind und die Abbildungen $\alpha: T \times \mathcal{X} \times Z \times \mathcal{X} \rightarrow Z$ für alle t_0 und t ,

$\beta: T \times Z \rightarrow Y$ für alle t sowie $\gamma: T \times Z \rightarrow P(X \times Y)$ für alle t K -linear sind, dann und nur dann ist R_s linear.

Lemma. Oberhalb bestimmter Grenzwerte (Größenordnungsgrenzen) von Energie, Masse, Geschwindigkeit, Impuls, Feldstärke usw. geht T entweder in Lokalzeit T_L mit der dazu gehörenden Lorentz-Transformation, oder in die Metrik eines anisotropen, elliptischen Raum-Zeit-Kontinuums über. Die räumlichen Faktoren von X, Y und Z wechseln per analogiam entweder in Euklidische, örtliche Lagen und Distanzen oder in die Metrik des Gravitationsfeldes über. Unterhalb bestimmter Grenzwerte der gleichen oder analogen Art gilt die Komplementarität von Impuls und Ort bzw. die von Energie und Zeit mit den dazu gehörenden Unschärfe- bzw. Unbestimmtheitsrelationen und mit den Bremerman'schen Grenzen für Informationsflüsse. Die Singularität aller Ereignisse (t_0, z) bleibt dabei ebenso erhalten wie ihr prinzipiell statistischer, auf ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Klassen bezogener und nur in Grenzfällen oder in Grenzintervallen nicht-statistischer modaler Aufbau.

Theorem 13. Wenn $T = \mathbb{R}$ (Menge der reellen Zahlen mit dazu gehörenden Topo-

logie), ferner Z und $\mathcal{X}$ topologische Räume sind und die Abbildung $(t_0, z, \mathbf{x}) \rightarrow \alpha(t; t_0, z, \mathbf{x})$ für α eine kontinuierliche Abbildung $T \times Z \times \mathcal{X} \rightarrow Q(T \rightarrow X)$ bei $Q(T \rightarrow X) =$ die Familie Q der Funktionen $T \rightarrow X$ definiert, dann ist R_S glatt (fließend).

Theorem 14. Wenn R_S glatt ist, dann genügt seine Zustandserzeugungsfunktion einer Differentialgleichung.

Theorem 15. Die X - und Y -Größen des dynamischen Systems R_S können als Spezialfälle verallgemeinerter Z -Größen auftreten, wodurch R_S zu einem dynamischen System zeitlicher Zustandsfolgen eingeschränkt wird. Dieses System besteht bei $T = \mathbb{R}$ autonom in dem Tripel $(Z; T, f)$ auf Z . f ist dabei eine Abbildung nach $f: (Z \times T) \rightarrow Z$ unter Annahme folgender Axiome:

1. $f(z, 0) = z$ für alle $z \in Z$.
2. $f(f(z, t_1), t_2) = f(z, t_1 + t_2)$ für alle $z \in Z$ und $t_1, t_2 \in T$.
3. f ist kontinuierlich.

$Z \times T$ ist ein Produktraum, Z ist ein Phasenraum, f ist eine Phasenabbildung des Systems R_S . Die Funktionen $\alpha, \beta, \gamma, f_a$ sind lediglich Interpretationsvarianten der allgemeinen Funktion f . Wenn $A \subset Z$ und $B \subset T$, dann ist (A, B) die Menge $\{f(z, t): z \in A \wedge t \in B\}$. $A = \{z\}$ oder $B = \{t\}$ können auch singular sein. Die Menge $\{f(z, T)\}$ ist die durch z verlaufende Trajektorie für alle $z \in Z$. Wenn $t \in T$ festgelegt ist, dann ist die durch $f^t(z) = f(z, t)$ definierte Abbildung $f^t: Z \rightarrow Z$ ein Übergang von Z zu sich selbst. Wenn $z \in Z$ festgelegt ist, dann ist die durch $f_z(t) = f(z, t)$ definierte Abbildung $f_z: T \rightarrow Z$ eine Bewegung durch z . f bildet T auf $f(z, T)$ ab. Für alle $t \in T$ ist f^t ein Homomorphismus von Z zu sich selbst. Der Übergang f^0 repräsentiert wegen $f^0(z) = f(z, 0) = z$ für alle $z \in Z$ die Identität von z mit sich selbst. Wegen $f^{-t_0} f^t = f^{t-t_0} = f^0$ ist der Übergang f^{-t} genau der zu f^t inverse Übergang.

Der Punkt $z \in Z$ ist kritisch (oder ein Gleichgewichtspunkt), wenn für alle $t \in T$ gilt: $z = f(z, t)$. (z, t) ist eine singuläre Bewegung, deren Trajektorie ein Punkt ist. Wenn $f(z, t + (t_2 - t_1)) = f(z, t)$ bzw. $f(z, t) \neq z$ (bei $f(z, t_2) = f(z, t_1)$), dann liegt eine singuläre periodische Bewegung vor, deren Trajektorie eine einfache, geschlossene Kurve ist. Wenn $f(z, t_2) \neq f(z, t_1)$ für $t_2 \neq t_1$, dann liegt eine nicht singuläre Bewegung vor, deren Trajektorie ein bijektives Abbild der reellen Zahlen-gerade ist. Die Menge $A \subset Z$ ist invariant, wenn immer $f(z, t) \in A$ für alle $z \in A$ und $t \in T$.

Lemma. Unter dem Freiheitsgrad eines Systems R_S wird die Zahl seiner Bewegungsmöglichkeiten verstanden.

Lemma. Enthält die Gleichung der Trajektorie im Phasenraum nur rationale Koeffizienten, dann ist die Trajektorie periodisch und sie wiederholt sich nach einer Periode. Ein System, dessen Zustände durch eine solche Trajektorie gegeben sind, gilt als nicht-ergodisch. Enthält die Gleichung dieser Trajektorie einen irrationalen Koeffizienten, so durchläuft die Trajektorie alle Phasen (oder beinahe alle Phasen), die mit Zuständen des Systems korrespondieren und das System heißt ergodisch (oder quasi-ergodisch).

Wenn eine differenzierbare Abbildung $f: Z \rightarrow N$ von dem differenzierbaren Z auf das differenzierbare N erfolgt und für den Punkt $z_0 \in Z$ die Beziehung $df(z_0) < \min(\dim Z, \dim N)$ gilt, dann ist $z_0 \in Z$ ein singularer Punkt von f , ansonsten ist $z_0 \in Z$ ein regulärer Punkt von f . Bestimmte Singularitäten glatter Abbildungen mit weniger als oder gleich vier Kodimensionen sind elementare Katastrophen. Eine Katastrophenmenge (Verzweigungsmenge) ist die Menge der Punkte im Parameterraum, wenn beim Variieren des Parameters (Lokalisation) die Minima potentieller Funktionen eine plötzliche Änderung (Diskontinuität) erleiden.

Wenn z_t ein d -dimensionaler Zustandsvektor ist, dann existiert für z_t eine gewöhnliche Differentialgleichung $\frac{dz_t}{dt} = f(t, z_t)$, $z_{t_0} = a$, $t > t_0$, wobei für jeden

Anfangswert $a \in \mathbb{R}^d$ wegen der Lipschitz- bzw. Beschränktheitsbedingung eine im t_0, ∞ definierte Lösung $z_t(a)$ es gibt und $f(\cdot, z)$ stetig ist. Wegen $f(t, 0) = 0$ für alle $t \geq t_0$ hat diese Differentialgleichung zum Anfangswert $a = 0$ die Lösung: $z_t = 0$. Diese Lösung gilt als der Gleichgewichtszustand (Gleichgewichtslage) des Systems R_S . (Einfacher gesagt: $F(z) = z$.) Mit Hilfe einer, in der sphärischen Umgebung des Nullpunktes $U_h = \{x: |x| \leq h\} \subset \mathbb{R}^d$, $h > 0$ definierten, skalaren, stetigen Funktion $q(z)$, die bei $q(0)=0$, $q(z) > 0$ (alle $z \neq 0$) positiv definit heißt und mit Hilfe einer für $(t_0, \infty) \times U_h$ definierten stetigen Funktion $q(t, z)$, die bei $q(t, 0) = 0$ und $r(z)$ mit $q(t, z) \geq r(z)$ (für alle $t \geq t_0$) ebenfalls positiv definit heißt, lassen sich (Ljapunoffsche) Kriterien für die Stabilität des Gleichgewichtszustandes $z_t = 0$ angeben.

Wenn eine positiv definite Funktion $q(t, z)$ mit partiellen Derivaten erster Ordnung in dem Sinne existiert, daß es für das Derivat

$$\frac{dq(t, z)}{dt} = \frac{\partial q}{\partial t} + \sum_{i=1}^d \frac{\partial q}{\partial z_i} f_i(t, z) \leq 0, \text{ das entlang der Trajektorien von } R_S$$

(mit $\frac{dz_t}{dt} = f(t, z_t)$, $t \geq t_0$, $f(t, 0) = 0$, in einem Halbzylinder $\{(t, z): t \geq t_0, |z| \leq h\}$ gilt, dann ist der Gleichgewichtszustand $z_t = 0$ stabil. Er ist sonst instabil. Wenn

es eine wegen $q(t, z) \leq n(z)$, (für alle $t \geq t_0$) decreasente positiv definite Funktion $q(t, z)$ in dem Sinne existiert, daß das Derivat $\frac{dq(t, z)}{dt}$ wegen positiv defi-

nitem $-q$ negativ definit ist, dann ist der Gleichgewichtszustand $z_t = 0$ asymptotisch stabil. Diese Stabilitätskriterien gelten für solche Grenzfälle der stochastischen Stabilität von Gleichgewichtszuständen, in denen stets ein konstanter Wahrscheinlichkeitswert 1 vorliegt.

Ist $dz_t = f(t, z_t) dt + G(t, z_t) dW_t$, $z_{t_0} = a$, $t \geq t_0$ eine stochastische Differentialgleichung, wobei t stetige Koeffizienten hat, W_t ein stochastischer (Wiener-) Prozeß $\{z_t, t \in (t_0, T)\}$ auf dem Wahrscheinlichkeitsraum (E, A, P) mit der Indexmenge $(t_0, T) \subset (0, \infty)$ und dem Zustandsraum Z^d ist, weil für $t_0 \leq s \leq t \leq T$ und alle $B \in B^d$ (Algebra der Borelschen Menge in Z^d) mit Wahrscheinlichkeit 1 gilt: $P(z_t \in B | A(\{t_0, s\})) = P(z_t \in B | z_s)$ und weil W_t

ein homogener, in $(0, \infty)$ definierter d -dimensionaler Prozeß mit der stationären Übergangswahrscheinlichkeit $P(t, z, B) = P(W_{t+s} \in B \mid W_s = z)$ (für $t > 0$), dann gibt es zu jedem (von W_t unabhängigen) a in (t_0, ∞) eine eindeutige Lösung $z_t = z_t(a)$ als d -dimensionaler Diffusionsprozeß mit Driftvektor $f(t, z)$ und mit Diffusionsmatrix $B(t, z) = G(t, z)G(t, z)'$. Bei $a = 0$ ist der Gleichgewichtszustand $z_t(0) = 0$ die eindeutige Lösung wegen $f(t, 0) = 0$, $G(t, 0) = 0$. Wenn für jedes $\epsilon > 0$ gilt, daß $\lim_{a \rightarrow 0} P(\sup_{t_0 \leq t < \infty} |z_t(a)| \geq \epsilon) = 0$, mit $\sup =$ kleinste obere

Schranke der Menge, dann ist der Gleichgewichtszustand $z_t(0) = 0$ stochastisch stabil (stabil mit Wahrscheinlichkeit 1). Sonst ist er stochastisch instabil. Wenn er stochastisch stabil ist und wenn für ihn auch $\lim_{a \rightarrow 0} P(\lim_{t \rightarrow \infty} z_t(a) = 0) = 1$ gilt, dann ist er stochastisch asymptotisch stabil, bzw. bei erfülltem $P(\lim_{t \rightarrow \infty} z_t(a) = 0) = 1$ für

alle $a \in \mathbb{Z}^d$ stochastisch asymptotisch stabil im Ganzen. Bei $G(t, z) = 0$ vereinfachen sich die stochastischen Stabilitätskriterien zu nicht-stochastischen.

Lemma. Infolge physikalischer, chemischer, biologischer usw. Interpretationen gilt unter intuitiven Begründungsannahmen bezüglich der Phasentransformation für R_s allgemein: Gleichgewichtszustände sind singular und sie sind durch (labile) Nicht-Gleichgewichtszustände bedingt sowie von solchen Zuständen raum-zeitlich umgeben. Stabilität von nichtgleichgewichtsbedingten Gleichgewichtszuständen geht beschränkt und vorübergehend aus Ereignispaaren, Bewegungen und Übergängen hervor, die sowohl Gleichgewichtszuständen als auch Nicht-Gleichgewichtszuständen angehören. Bezüglich dieser Stabilität ist die Instabilität eine prinzipielle Bedingung, eine stets (etwa als Störung) auftretende Singularität und eine notwendige Folge. Die strukturelle Stabilität von R_s geht unter Schwankungen aus der dynamischen Wechselwirkung stabiler und instabiler Zustandsfolgen hervor. R_s beinhaltet dagegen rein formal, d.h. nach seiner exakten Begriffsbestimmung nur Gleichgewichtszustände, die stabil oder instabil sein können, sowie Nicht-Gleichgewichtszustände, die naturgemäß labil bzw. instabil sind (zumal ihre "Stabilität" an keine Werte gebunden wäre.) Phasenübergänge von R_s bewegen sich demnach entweder im Stabilitätsbereich (von Gleichgewichtszuständen) oder im instabilen Bereich von labilen Nicht-Gleichgewichtszuständen bzw. Gleichgewichtszuständen oder sie wechseln von einem Bereich in einen andersartigen hinüber, — jeweils nach den Gleichungen von R_s . Einige dieser Gleichungen können als Elemente der Formeln solcher Naturgesetze auftreten, die für die erwähnten Interpretationen von R_s gelten und die Theorie, die den Begriff von R_s begründet sowie exakt formuliert, ist mit mehreren Interpretationen dieser Art kompatibel.

Theorem 16. Rückkopplung in R_s entspricht einem Kontrollgesetz, unter dessen Gültigkeit sich die inputs x von den Zuständen z aus berechnen lassen. Das Kontrollgesetz für R_s ist die Abbildung $f: T \times Z \rightarrow X$, welche dem Zustand $z(t)$ zum Zeitpunkt t den Wert $x(t) = f(t, z(t))$ des gleichzeitigen (oder nur annähernd gleichzeitigen) inputs zuordnet.

Beamtenrepublik Deutschland —

Eine Gute-Nacht-Geschichte

von

Heiner Wehn

"Du, Opa, wie war das eigentlich früher, als es in Europa noch viele, viele kleine Länder gab? Da muß man doch alle paarhundert Kilometer auf irgendso eine blöde Grenze gestoßen sein — bloß, weil man mal in Urlaub fahren wollte?"

"Allerdings. Auf dem Papier gab es zwar damals schon die Europäische Gemeinschaft. Die bestand allerdings hauptsächlich in den Wunschvorstellungen von Politikern, die die meiste Zeit damit zubrachten, sich über die Preise für Kartoffeln und Butter zu streiten."

"Warum denn das???"

"Ja, das versteht heute niemand mehr. Eigentlich konnte das schon damals niemand verstehen. Sie hatten wohl nichts Besseres zu tun. Denn besonders bei uns in Deutschland haben eigentlich nicht die Politiker regiert, sondern die Beamten."

"Du, Opa, das stimmt nicht! Im Geschichtsunterricht haben wir gelernt, daß das damals schon eine Demokratie war. Mit einer Regierung in Bonn und so..."

"Ja, ja, das hat man uns damals auch dauernd erzählt. Aber die Politiker konnten machen, was sie wollten, an den Beamten kamen sie nicht vorbei. Es war nämlich so, daß der Staat alle möglichen Dinge getan hat, die ihn eigentlich gar nichts angingen. Dafür hatte er unzählige Behörden, die manchmal nichts anderes taten, als sich selber zu verwalten. Und in all diesen Behörden saßen Beamte, bekamen dicke Gehälter, wurden alle paar Jahre befördert — das heißt, sie bekamen noch einen protzigeren Titel und noch mehr Geld —, konnten niemals ihren Posten verlieren, solange sie nicht gerade irgendein Verbrechen begingen..."

"Ja, aber Opa, und was war, wenn die ihre Arbeit nicht ordentlich erledigt haben, wie konnte man denen denn Dampf machen?"

"Gar nicht — das ist es ja! Deshalb hat die Verwaltung ja auch so furchtbar schlecht und langsam funktioniert. Es gab zwar auch einige Beamte, die ihre Aufgabe ernst nahmen — aber eigentlich waren die dumm, denn sie hätten ja ein viel bequemer Leben führen können, ohne irgendetwas zu riskieren. Diese Beamten saßen also auf ihren Posten und schauten verachtungsvoll auf die Bürger herab,

die etwas Produktives arbeiteten, um davon immer höhere Steuern zu zahlen, mit denen immer mehr Beamte immer besser versorgt wurden."

"Kann sein Opa, daß es damals nur zwei große Gruppen von Bürgern gab: die privilegierten Beamten und der unterprivilegierte Rest?"

"Nicht ganz. Es gab auch die sogenannten "öffentlich-rechtlichen" Anstalten, wie zum Beispiel Arbeitsämter oder Rundfunk- und Fernsehsender. Diese hatten damals noch eine ähnliche Monopolstellung wie der Staat auf Gebieten, die in privater Hand besser funktioniert hätten als in öffentlicher Hand. Wir sehen ja heute, wie wohltuend für uns alle ist, daß private und öffentliche Arbeitsvermittler oder Berichterstatter miteinander konkurrieren müssen. Jedenfalls schützte der Staat damals nicht nur die Monopolstellung dieser "öffentlich-rechtlichen" Anstalten, sondern auch deren leider allzuoft leistungsunfähige oder nur leistungsunwillige Angestellten. Ich kann mich noch erinnern, die Leute erbläßen vor Neid als sie erfuhren, was so ein Fernseh- oder Rundfunkredakteur damals verdient hat. Diese Halb-Beamten hatten es nämlich zum Teil noch schöner gehabt als die Beamten.

"Und das war nur im damaligen Deutschland so? Oder gab es das auch woanders?"

"In Deutschland war's besonders schlimm. Einmal, weil es sehr viele Bürger gab, die regelrecht obrigkeitshörig waren. Sie haben tatsächlich zu diesen Beamten aufgesehen, sie für etwas besseres gehalten. Dabei war es zu einem großen Teil nur eine Clique von Schmarotzern, die von dem Geld lebten, das der arbeitende Teil der Bevölkerung verdiente. Aber es war nicht nur so, daß viele Beamte vom Staat, also von allen Bürgern, bezahlt wurden, obwohl sie überhaupt nichts sinnvolles taten oder sogar den normalen Bürger ständig durch bürokratische Schikanen belästigten oder behinderten. Es war noch viel schlimmer: denn die vielen Beamten, die kaum etwas zu tun hatten, haben sich auf zahlreiche Nebenbeschäftigungen verlegt, mit denen sie ihre sowieso nicht gerade niedrigen Bezüge noch weiter aufbesserten. Manche haben damals das doppelte und dreifache ihres Gehalts noch nebenher verdient. Sie hatten ja kein Risiko, waren durch ihre Position voll abgesichert und konnten auf dem freien Markt den Hecht im Karpfenteich spielen. Da gab es zum Beispiel Verkehrsrichter, die nebenher noch Fahrschulen betrieben. Unter der Hand kursierte dann das Gerücht, daß es besser wäre, bei diesem Richter seinen Führerschein zu machen. Man konnte dann mit größerem Wohlwollen dieses Richters rechnen, wenn man einmal wegen irgendeines lächerlichen Verkehrsdeliktes angeklagt war. Auf jeden Fall haben diese Beamten damit vielen kleineren und mittleren Selbständigen unfair Konkurrenz machen können. Nebenbei hatten sie sich darauf verlegt, in Ausübung ihres Amtes eben gerade diesen Selbständigen durch immer lächerlicher werdende bürokratische Vorschriften das Leben immer schwerer zu machen."

"Ja, aber Opa, war denn das erlaubt?"

"Größtenteils ja. Und da, wo es verboten war, hat den Beamten auch kaum je-

mand etwas getan. Wer denn auch? Es wären ja nur Beamte gewesen, die gegen diese Beamten hätten vorgehen können. Ich glaube, es war 1984, da haben ein paar sehr mutige Politiker versucht, mit einigen gesetzlichen Regelungen diese Nebenbeschäftigungen der Beamten wenigstens ein bißchen einzuschränken. Ich erinnere mich noch genau an eine der Bestimmungen, die damals vorgeschlagen wurde: es sollte zumindest einmal verboten werden, daß die Beamten ihre Nebenbeschäftigungen während der Dienstzeit ausübten, sie sollten dazu ihren Feierabend nehmen!"

"Und was geschah dann, Opa?"

"Die Beamten überschlugen sich fast vor Wut. Aber sie waren ja gut organisiert: ihr Verbandsvorsitzender, dessen Namen ich natürlich längst vergessen habe, tobte in aller Öffentlichkeit, als ginge es darum, die Beamten all ihres Hab und Guts zu berauben."

"Ja, aber Opa, hat das denn irgendjemand ernst genommen?"

"Leider ja. Wie schon gesagt: für viele Deutsche war der Beamte so eine Art höheres Wesen. Die Beamten konnten sich ja auch eine Macht anmaßen, als wären sie wirklich höhere Wesen. Eigentlich kein Wunder, daß sie auf den Normal-Bürger herabsahen. Damals gab es zum Beispiel ein Riesenaufgebot an Verkehrspolizisten, die nichts anderes zu tun hatten, als die Einhaltung einiger Bestimmungen zu überwachen, deren Sinn hauptsächlich darin bestand, dem Staat zusätzliche Einnahmen in Form von sogenannten "Bußgeldern" einzubringen. Sie legten sich wie mittelalterliche Raubritter an den Straßenrand und überprüften, nicht etwa, ob jemand die gegebenen Verkehrssituationen geschickt gemeistert hat, sondern ob jemand statt der vorgeschriebenen Geschwindigkeit von 70 km in der Stunde vielleicht 80 fuhr. Wenn sie dabei jemand erwischten, kassierten sie hohe Strafen. Es gab aber noch andere Möglichkeiten, dem Bürger die Ehrfurcht vor den Beamten notfalls mit Gewalt beizubringen. So hatte das Strafrecht eine besondere Bestimmung für die sogenannte "Beamtenbeleidigung". Wem im gerechten Zorn einmal ein Schimpfwort gegenüber einem Beamten herausrutschte, der mußte mit Geldstrafen rechnen, die oft den ganzen Monatslohn eines Arbeiters oder Angestellten ausmachten. Geßlers Hut läßt grüßen..."

"Wer ist Geßler, Opa?"

"Das erklär' ich Dir ein andermal. Was der durchschnittliche Beamte, besonders der Polizist, vom Normalbürger hielt, zeigt eine andere Geschichte, die auch 1984 passiert ist. Damals gab's nämlich die ersten zaghaften Ansätze, die Grenzkontrollen in Europa abzubauen. Da wurden grüne Plaketten ausgegeben, die durfte man sich an die Windschutzscheibe hängen, wenn nur europäische Bürger an Bord des Autos waren und wenn man nichts zu "verzollen" hatte. Mit dieser grünen Plakette sollte man an den Grenzen zügig durchfahren können, Kontrollen sollten angeblich nur noch "stichprobenartig" stattfinden. Aufmerksame

Beobachter haben dann allerdings festgestellt, daß Autos mit dieser grünen Plakette besonders häufig kontrolliert wurden. Denn – so die Beamten-Mentalität – wer sich mit der Plakette freie Fahrt erkaufen wollte, der mußte wohl etwas zu verbergen haben...”

”Um Himmels Willen, Opa, was waren denn diese Beamten für Leute?”

”Es war ein großer Teil der deutschen Bevölkerung, der immer weiter wuchs, so daß immer weniger arbeitende Menschen für immer mehr Beamte aufkommen mußten. Wie schon gesagt, der Staat hatte damals alle möglichen Aufgaben an sich gerissen und viele Positionen mit Beamten besetzt. Und diese Leute hatten nicht nur ein sicheres Einkommen, während ihre Verwaltung durch totale Unfähigkeit dafür sorgte, daß in der freien Wirtschaft durch viele Arbeitslose und Firmenpleiten das finanzielle Risiko für jeden Bürger sehr groß war! Sie hatten noch eine Vielzahl von weiteren Vergünstigungen gegenüber ”normalen Menschen”. Da gab es besonders billige Versicherungstarife für Beamte, eine spezielle Beamten-Bausparkasse mit günstigen Konditionen und als Gipfel der Frechheit noch das sogenannte ”Beamten-Selbsthilfe-Werk” – als ob die Beamten irgendwelche Hilfe nötig gehabt hätten! Diese Organisation hatte keine andere Aufgabe, als bestehende Gesetze zu umgehen, nämlich die Bestimmungen über Rabattgewährung. Das funktionierte so: das BSW ging zu Geschäftsinhabern, speziell Einzelhändlern, und verlangte spezielle, überhöhte Rabatte für Beamte. Da man das nicht ganz offen tun konnte, wurden diese Rabatte der Form halber als eine Art ”Vermittlungsprovision” an das BSW gezahlt, das diese ”Provision” seinerseits wieder gegen Einreichung von Kassenzetteln der jeweiligen Geschäfte an die Beamten ausschüttete. Was der Einzelhändler zu erwarten hatte, wenn er sich diesen Bedingungen nicht unterwarf, war klar. Schließlich stellten die Beamten eine große Bevölkerungsgruppe dar, auf die niemand als Kunden verzichten konnte.”

”Das muß ja ein tolles Leben gewesen sein, Opa, damals als Beamter...”

”Nun ja, den Beamten ist es immer gelungen, das anders darzustellen. Sie hatten ja auch politisch das Heft in der Hand, denn ungefähr 70% aller Parlamentarier waren Beamte.”

”Ja, aber Opa, in der Schule haben wir gelernt, ein Parlament sei eine Volksvertretung und das, was Du da sagst...”

”...war die traurige Wirklichkeit. Für Beamte war es ja auch am leichtesten, ins Parlament zu kommen. Da sie sich nicht um Arbeitsplatz und Einkommen sorgen mußten, konnten sie viel Zeit in ihren Wahlkampf investieren. Wenn sie erst einmal ”drin” waren, mußten sie ihren Beruf nicht aufgeben. Sollten sie je abgewählt werden, so wären sie sofort wieder in ihre alte Beamtenposition gekommen...inzwischen wären sie sogar automatisch weiterbefördert worden. Wer aber in der freien Wirtschaft tätig war, der wäre in diesem Fall erst einmal ohne Arbeitsplatz dagestanden. Oder er hätte, als Selbständiger, sehen müssen, wie er

sich seine Existenz wieder von Null an aufbaut. Trotzdem gab es einige verzagte politische Initiativen gegen die Beamten-Vorrechte. Als es der Wirtschaft einmal besonders schlecht ging, wollte man ein Jahr lang die Beamtenbezüge nicht erhöhen, was ja auch nur recht und billig gewesen wäre, denn schließlich hatten die Beamten ja nicht das geringste Arbeitsplatzrisiko. Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was damals für ein Geschrei losging, so könne man nicht mit den Beamten umgehen, die ja immerhin die Stütze des Staates seien. Dabei gibt's ja nun wirklich nur eine begrenzte Anzahl von Stellen, bei denen man wirklich Beamte braucht, die nicht streiken dürfen und so weiter. Man sieht's ja heute.”

”Aber wie sind wir denn aus diesem Schlamassel überhaupt wieder rausgekommen, Opa?”

”Eigentlich gab es keinen Ausweg. Beamte in Legislative und Exekutive konnten sich gegenseitig schützen und jeden Angriff abblocken. Irgendwie wurde das Beamtensystem aber im Rahmen der europäischen Vereinheitlichung genauso verwässert wie unser Bier. Das war ein so komplizierter Prozeß, daß der Beamten-Bund gar nicht rechtzeitig merkte, was geschah...”

”Und wenn das nicht so gekommen wäre?”

”Dann gute Nacht!”

”Gute Nacht, Opa!”

REPRIVATISIERTE RAUBKATZEN

Stuttgart, 13. September 1984: Direktoren von Porsche, Daimler-Benz und Jaguar an einem Tisch. Der Begriff "Europa" macht es möglich. Herr Egan von Jaguar Motors Ltd. sprach über die Neubelebung der Firma, nachdem sie vor wenigen Jahren fast bankrott war. Im vorigen Monat wurde Jaguar Motors reprivatisiert, nachdem es Jahre lang als Teil der überwiegend verstaatlichten britischen Automobilindustrie, genauer des Konzerns British Leyland funktionierte. Die Aktien wurden an der Londoner Börse frei verkauft. Man hatte sich zunächst Sorgen gemacht, daß die Aktien keinen Absatz finden würden. Es stellte sich heraus, daß sie vielleicht zu billig angeboten wurden. Viele kaufwillige Aktionäre mußten sich jedoch mit 10% der erwünschten Aktienzahl zufrieden geben und der Aktienverkauf wurde buchstäblich in einigen Minuten abgewickelt. Das Experiment scheint eine Bestätigung der Energien der freien Marktwirtschaft zu sein und zeigt, wie sehr Vertrauen gegenüber dieser Marktwirtschaft zu den wichtigsten Elementen eben dieses Wirtschaftssystems gehört. Die Regierung Thatcher geht konsequent ihrer Wahlverpflichtung nach, die britische Wirtschaft durch Reprivatisierungen neuzubeleben und zum Teil zu erneuern: Eine Praxis, die sich sogar auf die Verteidigungsbranche ausbreitet.

Drei Punkte wurden von Herrn Egan allerdings nicht angesprochen. Er hat über die mögliche "Diversification" des Unternehmens wenig verraten, obwohl die Konkurrenz, wie zum Beispiel Porsche, Zeit und Geld in Forschung und Technik auf allen möglichen Gebieten investiert. Über neue Technologien in Bezug auf alternative Energieträger oder Umweltverschmutzung schwieg er. Er sagte auch nichts über die möglichen Grenzen oder gar über die möglichen optimalen Verlaufsmodelle unternehmensinternen und volkswirtschaftlichen Wachstums, obwohl dies alles die technologische Effizienz sowie die Rentabilität des Unternehmens ganz entscheidend beeinflussen könnten.

Sehr interessant war jedoch seine Erklärung für den deutlichen Erfolg von Jaguar. Der Einsatzwille der Arbeiter und Angestellten wurde zur entscheidenden Größe, nachdem von den Managern erkannt worden war, daß die Qualität des Produktes in hohem Maße vom Treuegefühl und Stolz der Arbeitnehmer abhängt. Außerdem sah man ein, daß nicht mehr Arbeiter eingestellt werden konnten als von dem Unternehmen bei gesicherter Rentabilität, vor allem bei optimaler Gewinnlage getragen werden könnte. Die Aufklärung der Mitarbeiter über die Ziele des Unternehmens erfolgte auf jedem Niveau über Bildschirm (Video). Kunden wurden regelmäßig über Beschwerden und Schwierigkeiten gewissenhaft ausgefragt. Die Probleme wurden identifiziert und die Mitarbeiter damit bekannt gemacht. Dadurch wurden hohe Qualität und hoher Absatz realisiert. "Qualitätsgruppen" nach japanischem Muster wurden mit Zustimmung der Gewerkschaften gebildet, um eine neue und bessere Problemlösung zu fördern. Durch Beteiligung der Arbeiter an den Entscheidungsprozessen konnte man die Produktion aufrechterhalten,

die Qualität steigern, streikbedingte Produktions- und Lieferungsverzögerungen beheben und einst verlorengegangene Marktanteile in einem gewissen Umfang wiedergewinnen.

Obwohl anzunehmen ist, daß die Japaner "up-market" aktiv werden und auch Luxuslimousinen herstellen werden, ging Herr Egan davon aus, daß sich der Absatz von "luxury cars" vergrößern würde, da steuerfreie Lohnzahlungen an die potentielle Kundengruppe solcher Fahrzeuge in aller Welt immer häufiger zu beobachten seien. Den an Herrn Egan gerichteten Fragen nach muß man davon ausgehen, daß japanische Firmen europäische Länder als Brückenkopf für einen Einstieg in die europäischen Märkte nützen würden. Die Konkurrenz auf dem freien Weltmarkt wird sich künftig offensichtlich nicht verringern. Die Tatsache aber, daß Jaguar, Porsche und Daimler-Benz anläßlich einer Veranstaltung der British-German Chamber of Commerce an einem Tisch saßen, stimmt nachdenklich darüber, ob nicht der von Herrn Egan angeschnittene Einsatz japanischer Arbeitsmethoden in Verbindung mit der Bildung eines europäischen Autokonsortiums eine langfristige Lösung für die europäische Automobilindustrie sein könnte, um der Konkurrenz aus den USA und Japan gerecht zu werden. Bedingung dafür wäre allerdings die Erhaltung von zellenartigen Produktionseinheiten mit einem Minimum an Bürokratie und mit einem Maximum an Umweltfreundlichkeit sowie Arbeitnehmerbetreuung.

Dr. Chris Terry

Grüne Gratwanderungen

Grün + rot = braun?

Nachdem sich die nachwievor amorphe Sammlungsbewegung der Grünen auf allen Ebenen des politischen Systems der Bundesrepublik als die parlamentarische Trägerin einer "Fundamentallopposition" zunächst einmal festgesetzt hat, läßt es sich endgültig nicht mehr weiter aufschieben, uns mit diesem Phänomen gebührend auseinanderzusetzen. Einige Tatsachen sind bezüglich dieses Phänomens freilich bereits seit längerem bekannt:

– Umweltschutz, "alternative" Wertvorstellungen oder gar militärpolitische Fragestellungen bilden für die Grünen lediglich ein Alibi, um sachliche Anknüpfungspunkte beim Bürger zwecks einer machtpolitischen Selbstprofilierung zu finden; diese Alibi-Themen wurden nicht von den Grünen erschlossen, sie wurden von den Grünen mit keinen vernünftigen Problemlösungsvorschlägen konfrontiert und solche Vorschläge stammen ausschließlich von anderen Gruppen, Institutionen oder Parteien.

– Die Grünen artikulierten sich hauptsächlich als eine sich undemokratisch, vor allem manipulativ gebärdende Ansammlung all derjenigen Gruppen innerhalb des Wählerreservoirs der sozial-liberalen Koalition, die sich einem links- wie rechtsextremistischen Amalgam von Ideologien verschrieben haben, weshalb sie das langjährige parlamentarische Täuschungsmanöver der sozial-liberalen Koalition zu beenden halfen und besonders die Mehrheitsfähigkeit sowie demokratische Koalitionsfähigkeit der SPD für absehbare Zeit beseitigten.

– Bestimmte Regelungen der Machtbeteiligung der Grünen in der Legislative (z.B. das Rotationsprinzip) sind mit den Verfassungsgrundsätzen einer repräsentativen Ordnung nicht vereinbar, was nicht heißt, daß ein einschlägiger Urteilspruch des Bundesverfassungsgerichts hierzu erwirkt worden wäre. Eine demokratische Partei sind die Grünen im Sinne der repräsentativen Ordnung nicht.

– Das nicht übermäßig, jedoch hinreichend zustimmungsfähige Agieren der Grünen, das innenpolitisch einer selbstmörderischen Neuaufgabe des "Morgentbau-Planes" entspricht und das außen- und sicherheitspolitisch mit allen leichtsinnig in Kauf genommenen, vernünftigerweise voraussehbaren Folgen auf eine Neutralisierung der Bundesrepublik hinausläuft, ist ein einmaliges und einzigartiges Phänomen in der Europäischen Gemeinschaft und im gesamten nordatlantischen Bereich; dieses Agieren trägt faktisch wie psychologisch zur technologischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, militär- und sicherheitspolitischen sowie kulturellen Isolierung der Bundesrepublik beträchtlich bei und fördert eine Abkopplung der Bundesrepublik von den wichtigsten Entwicklungen an der Schwelle zur Informa-

tionsgesellschaft. Es mehren sich die Stimmen in den Parlamenten unserer Verbündeten, die angesichts grüner Aktivitäten in der deutschen Politik und mittlerweile auch im Europäischen Parlament ein Analogon zum Nationalsozialismus beraufdämmern sehen.

– Die Grünen weigerten sich bislang von ihrem Mandat her politische Verantwortung zu übernehmen, d.h. in Koalitionen mitzuregieren und sie entwickelten statt dessen eine kompromißlos moralisierende, wenngleich auf verlogene Manipulation bedachte parlamentarische Erpressungs- und Skandalentfesselungstaktik, die die Steigerung von Sicherheitsrisiken der Strategie einer "Fundamentallopposition" gemäß vorantreibt und sich dabei einer bemerkenswerten Kooperation mit Kommunisten bedient.

Trotz alledem ist heute die Frage noch offen, welche Antwort von den demokratischen Parteien auf diese fundamentaloppositionelle Herausforderung gegeben werden wird. Wir wissen noch zu wenig, ob diese Parteien dazu in der Lage sein werden, aus dem grünen Phänomen zu lernen und sachlich einigermaßen richtige, argumentativ vertretbare, politisch mehrheitsfähige und international akzeptierbare Initiativen zu entwickeln. Vor allem ließe es sich heute noch nicht beurteilen, ob die Versuchung für die neo-marxistisch vielfach destruierte SPD oder gar für die Gewerkschaftsführungen nicht so groß werden könnte, daß sie sich um der Wiedereroberung von Machtpositionen willen für rot-grüne Koalitionen umgestalteten. Dies könnte zwar für den liberal verfaßten Rechtsstaat und für sein repräsentatives Herrschaftssystem katastrophale Folgen zeitigen und auch etwa für die SPD langfristig den geschichtlichen Garaus bedeuten. Es könnte jedoch für die Grünen einen so niedrigen Preis für die Übernahme politischer, insbesondere regierungsmäßiger Verantwortung darstellen, daß sie ihn sicherlich gerne entrichteten.

LIBERTAS wird auf diesen Problemkomplex noch abermals und mit geeigneter Aufmerksamkeit zurückkommen. Wir können unseren Lesern jetzt lediglich zwei wichtige Veröffentlichungen empfehlen, deren Lektüre zur Diskussion der grünen Herausforderung unerlässlich sein dürfte:

Klaus Gotto-Hans-Joachim Veen (hrsg.): Die Grünen – Partei wider Willen, v.Hase & Koehler Verlag, Mainz 1984. 159 S.

Gerd Langguth: Der grüne Faktor, Edition Interfrom, Zürich 1984.

LIBERTAS

Buchbesprechungen

Helmut Schelsky: Politik und Publizität. Seewald Verlag, Stuttgart 1983. 99 S.

Die letzte Schrift eines der bedeutendsten deutschen Gegenwartssoziologen und späteren Anti-Soziologen kehrt zu einem Komplex zurück, mit dem sich Schelsky schon in dem Erfolgsbuch "Die Arbeit tun die anderen" 1974 beschäftigt hat. Doch ist in ihr nun nicht mehr von der neuen Klasse sozialer Heilsverkünder in den Medien, insbesondere den elektronischen, die Rede, sondern sie setzt breiter an, und bleibt denn auch nur eine Skizze. Sie will untersuchen, was die Zwischenwelt der Medien, in und durch die sich die neue Heilsverkünder-Klasse etabliert, für die Politik und die (Berufs-)Politiker bedeutet. Es geht also um den Begriff des Politischen, und Schelsky geniert sich nicht, an die berühmte-berühmte Bestimmung Carl Schmitts von 1932 als Freund-Feind-Verhältnis anzuknüpfen. Dabei zieht er etwas an den Tag, was viele oberlehrerhafte Kritiker Carl Schmitts bislang geflissentlich übersehen haben: Schmitts Ansatz ist hier durchaus liberal zu nennen, weil er das Politische nicht totalisiert, sondern durch andere Wertbereiche, nämlich die des Moralischen, des Ästhetischen und des Ökonomischen eingrenzt. Was immer man von der "existentiellen" Freund-Feind-Unterscheidung halten mag, – Schmitt hat damit ganz ohne Zweifel einen Wesenszug des Politischen getroffen – lehrreich wie aktuell an seinem Begriff des Politischen ist nicht zuletzt, daß die Anerkennung anderer autonomer Wertsphären offensichtlich eine notwendige Bedingung jeglichen nicht-totalitären Denkens ist. Umgekehrt gehört es wesentlich zum Totalitarismus gleich welcher Provenienz, dem

Politischen über das Vehikel von Ideologien, Welterrettungsvorstellungen und Gerechtigkeitsperfektionismus Vorrang und damit Universalität vor anderen möglichen Weltverhältnissen und Werthaltungen einzuräumen, – ein Hang, der sich in der Publizistik hierzulande, vor allem im Rundfunk, unleugbar bemerkbar macht und rotgrüner "Systemüberwindung" den Boden bereitet.

Diese Seite unserer Medien-Zwischenwelt zieht Schelsky leider nicht weiter in Betracht. Er nimmt Schmitts Begriffsbestimmung sozusagen hypothetisch an, um sie durch eine neue Dimension des Politischen zu ergänzen, die aber die Freund-Feind-Unterscheidung teilweise aufhebt: Die Medien und ihre Publizität werden zunehmend zu einem Herrschaftsmittel, durch das sich das politische Handeln strukturell verändert. Politische Herrschaft wurde bisher in der Abfolge "Absicht-Handlung-Wirkung-Medien" ausgeübt; jetzt dagegen rücken die Medien hinter die Absicht; Handlung und Wirkung setzen das Handeln in und die Wirkung über die Medien also voraus.

Die Veränderung wird in drei sich überschneidenden Bereichen sichtbar. Das Volk, die Regierten also, die in der Demokratie zugleich als Souverän fungieren, löst sich aus der Gesinnungsgemeinschaft, die etwa die Nationalstaaten noch zusammenhielt. Es wird zu einer mediengesteuerten Meinungseinheit, die in Wahrheit eine zumindest in Mehrheitsmeinung und Minderheitsmeinung zerklüftete Vielheit ist, der auf lange Frist die "Staatsfähigkeit" der Bürger ermangelt. Ineins damit entsteht ein neuer Typ des Politikers, der "öffentliche Halbdenker", als der er sich in den Medien zum Zwecke publizistischer Zustimmungsgewinnung darstellen muß. Das ist nicht ein-

fach eine "Rolle", sondern eine Handlungsebene, die immer weniger in Übereinstimmung mit der anderen, älteren, von Schelsky realistisch genannten Ebene des Politischen zu bringen ist. Zu "Halbdenkern" werden die Politiker also deshalb, weil das Politische auf der publizistischen Ebene nur verhüllt und verkürzt zur Sprache kommen kann, – offenbar, weil ein iredischer Grundzug des "Souveräns" als Publikum die Interessengegensätze und also auch die Freund-Feind-Beziehungen nicht in ihrem wirklichen Ausmaß, ebenso wenig aber auch den Kompromiß zur Kenntnis nehmen will. Schließlich: die öffentlichen Halbwahrheiten der publizistischen Ebene erzeugen Unfriedlichkeit, weitere Meinungsgegnerschaft beim Volk; ein Wirkungskreis, der gerade das Eigentümliche der Medienzwischenwelt mit ihren Publizitätszwängen ausmacht. So gelangt das Freund-Feind-Verhältnis sozusagen hinterrücks auf die Ebene der Publizität, die dadurch selbst zu einem "Realitätsfaktor" wird.

An diesem Zirkel mag es auch liegen, daß die "Publizitätspolitik" (für Schelsky zur Zeit am deutlichsten bei den Grünen verkörpert) das neue Machtmittel, je mehr sie in ihm aufgehen, umso weniger zu beherrschen in der Lage sind. Der neue Realitätsfaktor entfernt sich immer mehr vom eigentlichen Politischen und zu dessen Schaden. Hier liegt für Schelsky auch der Ursprung für die zunehmende Staats-, Partei-, ja Politikmüdigkeit des Bürgers. Ein Mittel zur Verhinderung des weiteren Auseinanderklaffens wäre für Schelsky die gesetzliche Trennung von Integrations- (=akklamationserzeugenden) und Informationsmedien, ein alter Gedanke des Skeptikers, dessen Verwirklichung allerdings bereits das Bundesverfassungsgericht 1961 mit seiner (wohl naiven) These von der Doppelnatur des Rundfunks als "Medium" und als "Faktor" öffentlicher

Meinungsbildung abgeschnitten hat. Schelskys Traktat ist ein Fragment geblieben, weil es zu viele Fragen offen läßt. Vor allem hat er keinen inneren Anschluß an die soziale Heilsbringer-Klasse in "Die Arbeit tun die anderen" gefunden. Der neue Typ des Publizitätspolitikers entsteht ja nicht einfach nur als Marionette der technischen Dimension der Medien, sondern in Anpassung an diejenigen, die sie handhaben und kontrollieren. Die Medien sind also nicht einfach ein impersonales Herrschaftsmittel, sondern eine programmierte politische Macht, die mit nur gesetzlichen Schranken längst nicht mehr gebändigt werden kann. Soll die neue Realitätsebene an die alte herangeführt werden, so hat Publizitätspolitik vor allem Institutions- und Personalpolitik zu sein. Trotzdem ist die letzte Schrift des einsamen Liberalen Schelsky den sogenannten Medienpolitikern der verschiedensten Couleur in einer Zeit, da sie sich allesamt um sogenannte neue Medien bemühen, nachdrücklich zu empfehlen.

Eberhard Klumpp

Leo Gabriel · Gerard Radnitzky · Erwin Schopper (hrsg.): Die i-Waffen. Information im Kräftespiel der Politik. Herbig Verlagsbuchhandlung, München-Berlin 1982. 304 S.

Die i-Waffen sind die politischen Kampfmittel, die sich aus der Nutzung sowie Beeinflussung von Information ergeben, wie diese in den Kommunikationssystemen einer Gesellschaft erzeugt, verbreitet, bearbeitet, empfangen und bewertet wird. Der vorliegende Band fußt auf einem Symposium, das im Mai 1981 von der Professor's World Peace Academy/European Branch über die i-Waffen in Salzburg veranstaltet worden ist. Die i-Waffen werden nach der Ausgangsthese des von den beiden Philoso-

phen Leo Gabriel und Gerard Radnitzky sowie dem Physiker Erwin Schopper herausgegebenen Sammelbandes den friedlichen Ost-West-Konflikt entscheiden. In beiden Weltsystemen, so Radnitzky im Vorwort, zeichneten sich Zersetzungsprozesse ab, die durch ein entsprechendes Verhalten der freien Welt beeinflussbar seien. Positiven Einfluß könne der Westen hier wie dort jedoch nur nehmen, wenn die Idee der Offenen Gesellschaft vom Westen aus wieder offensiv und das heißt, mit dem bestmöglichen i-Waffengebrauch geführt werde. In dem sehr breit angelegten ersten Aufsatz ("Die Unfähigkeit zur ideologischen Auseinandersetzung") beschreibt Radnitzky den Selbstgefährdungs- und Selbstzersetzungsprozeß der westlichen Welt durch die Kulturlinke und ihr gegenaufläuterisches Opinionsklima. Als Ergebnis empfiehlt er den Anhängern der Offenen Gesellschaft, zunächst einmal ihr eigenes Vokabular wieder unter Kontrolle zu bringen. Sodann müßten vor allem zwei intellektuelle Moden bekämpft werden; nämlich erstens der Relativismus der Meinungen und Überzeugungen, der uns einreden möchte, diese könnten alle gleichermaßen plausibel vertreten werden, und zweitens die "Totalisierung der Toleranz" aus einem falsch, weil nur noch permissiv verstandenen Liberalismus, der uns glauben machen will, man müsse sich den Feinden der Toleranz gegenüber erst recht, also über jede beliebige Grenze hinweg tolerant erweisen. Radnitzky hält den inneren Zersetzungsprozeß des Westens für gefährlicher als die äußere Bedrohung durch die Sowjets.

"Theoretische und philosophische Aspekte von Information und Kommunikation" behandelt Karl Steinbuch. Hier verdienen vor allem die Ausführungen über die "informationelle Unzulänglichkeit des Menschen" und ihre möglichen Kompensationsformen Beachtung. Leo Gabriel erblickt in einer

dialogorientierten philosophischen Systemforschung ("Systemologie") einen Ansatz zu der von Steinbuch geforderten "philosophischen Aufarbeitung" von Information und Kommunikation. Der Stockholmer Professor für Rechtswissenschaft Jacob W.F. Sundberg führt uns äußerst eindrucksvoll "Das Al Capone-Syndrom der schwedischen Hochsteuergesellschaft" vor, über das diese vom liberalen Rechtsstaat ab- und - über die Einrichtung eines sozialistischen "Volkshoms" - der "Volksdemokratie" zutreibt; eine Entwicklung, die in den deutschen Medien teils geflissentlich vertuscht, teils nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit verfolgt wird. In "Massenmedien - die erste Gewalt im Gefüge des demokratischen Verfassungsstaates" befaßt sich Lothar Bossle mit dem nihilistischen und wirklichkeitsverfälschenden Menschenbild, das in einigen deutschen Medien allzu oft vorherrscht. Nur ein neues "demokratisches Ethos des Fernsehgestaltens" könne diesem begegnen, schlägt Bossle vor und er ordnet die Massenmedien in das klassische Verfassungsgefüge der Gewaltenteilung als eine neue, durch andere zu kontrollierende Gewalt ein. Die Physiker Georg Süssmann und Erwin Schopper setzen sich mit den ideologischen und paraneurotischen Voreingenommenheiten gegen die Kernenergie auseinander. Mit Recht wird dabei das weit verbreitete Unverständnis vermeintlich Gebildeter gegenüber einfachsten Wahrscheinlichkeitsüberlegungen beklagt.

Ohne eine Rangfolge zwischen den einzelnen Beiträgen festlegen zu wollen, sei hier jedoch auf zwei Aufsätze noch besonders hingewiesen. Der Leiter der Hörer- und Meinungsforschungsabteilung der Sender "Radio Free Europe" und "Radio Liberty" (beide in München), Professor Henry O. Hart erläutert anhand von Kommunikationsdiagrammen das Entstehen einer öffentlichen Meinung in den osteuropäischen

Satellitenländern, welche sich zunehmend - nicht zuletzt unter dem Einfluß westlicher Radiosendungen - gegen kommunistische Sendungen und Indoktrinationsversuche zu immunisieren weiß, was bedeuten soll, daß sie diese entsprechend zu "decodieren" versteht. Hart stellt vier "Veränderungskategorien" der politischen Zustände in Osteuropa auf. Danach ist die entstehende öffentliche Meinung das wichtigste, Veränderung bewirkende Element.

Alexander Shtromas ("Der Propaganda-Faktor in den Ost-West-Beziehungen"), ein russischer Gelehrter, der 1973 nach England emigrierte, wo er Professor für Politologie und Gegenwartsgeschichte an der Universität Salford wurde, verweist auf die ideologischen Wurzeln sowjetischer Weltpolitik und Propaganda. Diese sei ihrer Struktur nach zweigleisig: sie wolle einerseits alle Veränderungen in der Welt in Richtung auf einen Sozialismus nach sowjetischem Muster fördern, zugleich aber strebe sie eine Identifikation der sowjetischen Politik mit einer Politik des Weltfriedens an, und zwar auch, um sich damit bei der Sowjetbevölkerung glaubhaft zu machen. Ihr stehe ein "dissidentes Beipflichten" in der uninformatierten russischen Volksmeinung gegenüber, deren Schichten und Verflechtungen von Shtromas ebenso sorgfältig wie die innere dissidente Gegenpropaganda analysiert werden. Deren Träger, die antikommunistischen (das Adjektiv hat nicht nur hier seine Berechtigung!) Dissidenten haben dem Westen, insbesondere der Kulturlinken und den Friedensbewegten einiges wichtige zu sagen, eine Aufklärung, die leider immer noch nicht zu den elektronischen Medien der Bundesrepublik durchzudringen vermochte (sehr im Gegensatz zu den amerikanischen, britischen, französischen oder schweizerischen Medien). Schon deshalb sei es dem Rezensenten erlaubt, eine Stelle aus dem Aufsatz von Shtromas zu zi-

tieren, den er deutschen Bundespolitikern von den Grünen bis in die FDP hinein gerne als Pflichtlektüre empfiehlt: "Die Sowjetführer nutzen ihren Vorteil, einerseits selbst eine geschlossene Gesellschaft zu regieren, die gegen jegliche äußere Macht abgeschottet ist, und andererseits gleichzeitig mit offenen Gesellschaften konfrontiert zu sein, in die ein Eindringen von außen leicht möglich ist. Diesen Vorteil voll und ganz auszunutzen ist alles, was sie tun müssen, um ihre expansionistischen Pläne erfolgreich voranzutreiben. Sie bewaffnen sich selbst schwer und suchen militärische Übermacht, aber das alles in erster Linie nicht, um im Krieg zu kämpfen, sondern um im geeigneten Moment die "feindlichen Mächte" genügend einschüchtern zu können, um von ihnen "friedlich" all die Konzessionen zu erhalten, die sie für notwendig erachten. Sie sind davon überzeugt, daß im Westen niemand bereit ist, lieber einen nuklearen Krieg zu riskieren als sowjetischen Forderungen nachzugeben, so unakzeptabel diese auch sein mögen, besonders, weil das Image, das die Sowjetunion verbreitet, die Menschen im Westen glauben läßt, daß sie ein solches Risiko leicht auf sich nehmen wird, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Sowjets beobachten, das besondere moralisch-psychologische Klima, das durch diese Situation im Westen geschaffen wird und das durch die in der westlichen Gesellschaft wachsende Popularität des Slogans "lieber rot als tot" belegt wird, voll auszunutzen. Mit anderen Worten, das fieberhafte Aufrüsten der Sowjets geschieht nicht im Hinblick darauf, einen "heißen" Krieg gegen den Westen zu führen und zu gewinnen, sondern es soll den Westen bis hin zur freiwilligen Kapitulation gegenüber der Sowjetunion einschüchtern."

Eberhard Klumpp

Theodor Schieder/Gerhard Brunn (Hrsg.): *Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten. (The Capital Cities of Europe - origins and analysis.)* 1983 München, Oldenbourg Verlag. 194 p.

This is not an AA guide to Europe's capitals, but the result of an international colloquy on the theme of 'The Problem of Capitals in Europe's Modern History', which took place in Cologne, on the 14th and 15th of March 1980.

In this book is discussed the functions of a capital city - the financial centre of a country, the cultural centre, the national symbol of the country and of course the political centre of the state. These functions are not always to be found in every capital. Indeed the question is raised whether these are the true functions. In this respect the historical origins and significance of capital cities since the Middle Ages is analysed. The question of how the capitals of the Germanies were decided after the Second World War is looked at and also the problem of Vienna's double character - the capital of a vast empire and yet the capital of a tiny country.

In the last hundred years the scene of Europe has seen many changes - states being formed, nations founded (Italy, Germany, ...) and countries enlarged. One example that springs to mind is Poland. These changes have meant changes for the capitals too - what has become of St Petersburg and can Munich survive as merely a regional capital looking into the past?

This is, however, a descriptive work though the picture of capital cities it draws must surely give some prescriptive value. The urbanization of large towns and the centralization of cities must have its consequences. Agnes Saguari is conscious of this. In her contribution to this work, in which she looks at the development of the capital and its role as the national

representative, she notes the changing character of capitals - seen overtly in the modern architecture and its use of modern materials (steel, concrete etc) but also in these buildings, the wealth that the capital city has attracted.

Not to disregard the importance of this work in relation to Europe, I would like to see another colloquy planned for the discussion of a capital city for Europe. It is already something that Europeans find hard to understand, having the bodies of government split. However, this does of course happen in Holland and Israel. All the same for the integration of Europe a European symbol of unity seen in one representative capital would be worth whatever work it took. Having achieved to bring about Europe, we cannot just let it fall.

Mark Jones.

Jean-Victor Louis: *Die Rechtsordnungen der Europäischen Gemeinschaften. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1980. 152 Seiten.*

Die Europäischen Gemeinschaften, nach der zweiten Direktwahl im Juni 1984 wieder in den politischen Mittelpunkt gerückt, stellen doch für nicht wenige politisch interessierte Zeitgenossen immer noch ein Buch mit „sieben Siegeln“ dar. Das vorliegende Buch, geschrieben von Jean Victor Louis, Professor an der Universität Brüssel, versucht die Pfade, die durch die europäische Rechtsordnung führen, mit Wegweisern zu bestücken, um auch dem europarechtlich nicht vorgebildeten Leser diese schwierige Materie zu eröffnen. Das Buch ist in 3 Kapitel eingeteilt. In Kapitel 1 werden die Wesensmerkmale der EG vorgestellt. Die EG, als Spezialfall einer Internationalen Or-

ganisation zu betrachten, muß, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, gewisse Kompetenzen aus den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnungen übertragen bekommen. Von diesen Zuständigkeitsübertragungen und den zwangsläufig damit zusammenhängenden Fragen der Verwaltung dieser Kompetenzen, d.h.: wer ist zuständig zur Ausübung der verliehenen hoheitlichen Macht, handelt ein großer Teil dieses gelungenen Buches. Die Hinweise auf die einzelnen Vorschriften der Verträge sind notwendig und zugleich nützlich, um den Leser durch die schwierige Materie sicher führen zu können. Louis stellt in prägnanter Weise die Grundlagen der Europäischen Gemeinschaften dar, erläutert die Möglichkeiten die für die einzelnen Mitgliedsstaaten in den "Römischen Verträgen" verankert wurden und belegt dies mit Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs. Hier zeigt sich die Stärke des Gerichtshofs für die weitere Integration Europas. So ist es auf den Gerichtshof zurückzuführen, wenn heute innerhalb der EG ein einheitlicher, zwar ungeschriebener Grundrechtskatalog gilt. Im Kapitel 2 wird darüberhinaus noch auf die Rechtsakte der Gemeinschaft eingegangen, die aus den Gründungsverträgen fließen. Diese Rechtsakte sind die "Gesetze" der EG. Welche Berührungspunkte eben jene Rechtsakte mit dem innerstaatlichen Recht des einzelnen Mitgliedsstaates haben können, wird im abschließenden 3. Kapitel erläutert. Dieses Verhältnis des europäischen Gemeinschaftsrechts zum Recht der Mitgliedsstaaten ist Rechtsgebiet, in dem auch heute die kontroverse Diskussion noch andauert. So wird hier kurz vorgebracht, warum ein weitestgehender Vorrang des europäischen Gemeinschaftsrechts wünschenswert ist. Denn nur so kann sich die Europä-

ische Gemeinschaft in einer immer weiter fortschreitenden Integration zu jenem geeinten Europa fortentwickeln, das die einzige Perspektive für die Zukunft ist. Das Buch kann als erster Einstieg in die europarechtliche Materie verwendet werden und gibt dem Leser viele Denkanstöße mit auf den Weg.

Gunther Eiss

University Research on European Integration/ Recherches Universitaires sur L'Integration Europeenne, No.12 1982. Centre for European Studies-Catholic University of Louvain. Luxembourg. 466 p.

This is a survey carried out by the Centre for European Studies-Catholic University of Louvain at the request of the European Community.

The survey is intended as a reference tool for researchers into European affairs. It is a grand bibliography, recording 1,800 doctoral theses and post-doctoral studies completed since 1979 or still in progress in 1981-82. These studies are either collective or individual publications, articles published in scientific reviews or symposia documents.

The information states the author, versonity, faculty, institute or research centre where undertaken, if necessary supervising professors, estimated date of completion (or actual), and bibliographical references, as well as a description of its contents.

The indexed works come not only from within Europe but from outside too -China, India, Turkey, USA, etc. However, 83% still originate from member states.

Marlene Dauven-Cattelain, research assistant at the Centre d'Etudes européennes, notes that there is a remarkable regularity in the choice of themes. That is, the same issues still attract

most researchers. Foreign relations is a great favourite (14%), then comes competition, agriculture problems and the common agriculture policy, and monetary and financial issues. However, some themes seem to be totally ignored - the working of the Ministers Council and the Commission, as well as the Community budgetary issue - at this very moment a growing dilemma.

One result of the bibliography, and this is of essential importance, is the creation of a data bank to store all this information - name of 'EUREKA' !!! The bank holds information on research works and the researchers themselves from all the twelve volumes that have been compiled up till now. That is a period of thirty years! What is even more impressive is the fact that this bank will be taking in more information constantly. And it is hoped that all researchers will contribute or continue to contribute to the information, so that the bank will be as complete a bibliography as possible.

Mark Jones.

International Commission of Jurists: States of Emergency - and their impact on human rights. Geneva 1983. 480 p.

A study prepared by the International Commission of Jurists, an organisation devoted to the promotion of the rule of law and the legal protection of human rights. This is the study of 20 countries, which have experienced some sort of state of emergency, 'regimes of exception' (ie regimes that have overthrown, and not merely suspended the constitutional order, and have assumed legislative and executive powers analogous to those under a formal state of emergency.)

The study looks at twenty countries in particular, but there is an interesting contribution on Eastern Europe, the

first published summary of contemporary law and experience and historical roots of emergency powers in this area.

States of emergency are accepted as an eligible policy to avoid a nation going into chaos. The problem is seen to be the prevention of the abuse of this policy. However, on the other hand, this study also notes the rights of the rebelling parties in the case of social injustice for example. This is what happened in Greece after all. Now the International Commission of Jurists recognizes it cannot determine whether a rebellion in a certain given situation is legitimate or not, or whether a government, by reason of its human rights policies, is legitimate. It can only point out any government that unfairly justifies its adoption of a state of emergency.

Some of the main observations made on states of emergency are most interesting in that they show a way of keeping such states as short as possible and possibly of avoiding these states altogether. In Zaire emergencies were declared in response to a genuine national crisis, but the formal emergency measures were abandoned and a virtual dictatorship set up. In Syria the martial law implemented in 1962 is now in effect considered to be the basic law of the country. This also seems to be the case in Uruguay, where the people are so accustomed to the emergency regime, it is practically accepted as the normal machinery of government. Northern Ireland too is seen as a victim of the executive where expediency rather than strict necessity has dictated policy. Several authors noted that where the state of emergency was imposed during social unrest resulting from grave deterioration of the economic situation, the government's decisions to treat the symptoms without treating the disease tends to perpetuate the crisis. Also to be

remembered is that it is not inadequacies in the law that allows the abuse of states of emergency but the disregard for constitutional and legal safeguards. The Commission suggests one step into the field of training which would be to inculcate appreciation of constitutionalism, democracy, human rights and to

eliminate the influence of anti-democratic doctrines, such as the doctrine of national security.

The conclusion drawn at the end of this work is dramatic. 'It is probably no exaggeration to say that at any given time in recent history a considerable part of humanity has been living under a state of emergency.' So this is quite a necessary documentation, and one I hope will be well read and with an open mind. I think the International Commission of Jurists deserves far more than recognition for all its efforts in preserving and trying to reestablish the rule of law throughout the world. Following the conclusion, there is a summary of 44 recommendations for implementation at international and national levels.

Mark Jones.

Francis Crick: Das Leben selbst. Piper Verlag, München 1983. 225 S.

Der Verfasser erhielt 1962 zusammen mit James Watson und Maurice Wilkins den Nobel-Preis für die Entdeckung der Molekularstruktur (Doppelhelix) der Desoxyribonukleinsäure.

Im vorliegenden Buch stellt Crick eine ganzheitliche Erklärungshypothese über die Entstehung der irdischen Biosphäre auf.

Er verbindet die in der Astrophysik gewonnenen Erkenntnisse über das Vorhandensein organischer Stoffe in weit von der Erde gelegenen Bereichen des Weltalls und die in der Genetik erzielten Forschungsergebnisse mit den zu-

vor ungenutzten Möglichkeiten, die vom mathematischen Formalismus über dessen Verwendung hinweg angeboten werden. Damit gelangt er zu einer interessanten Hypothese für Probleme, die bislang Grenzen der Forschung markierten. Indem er den Leser zunächst in den zeitgemäßen Informationsstand der Kosmologie, der Astrophysik, der Gravitationstheorie und der Atomphysik einführt, erstellt er einen Stufenbau, der von der Kosmologie bis zur Biochemie reicht. Anschließend gibt er eine kurze Darstellung derjenigen, genetisch faßbaren Komponenten der Verhaltenssteuerung von Lebewesen, denen eine entscheidende Rolle im Aufbau aller Organismen zukommt. Bei der Betrachtung der allgemeinen Eigenschaften jeglichen Lebens stellen sich Mutation und Replikation als die beiden wesentlichen Verhaltensstrukturen heraus, mit deren Hilfe sich Lebewesen zu einem hohen Grad an "organisierter Komplexität" entwickeln kann. Mutationen, die durch äußere Zufälle bedingt sind, entstehen, indem das Lebewesen etwas radikal Neues in seinen Replikationsmechanismus einbaut. Crick zeigt nun, daß dieser Vorgang durch Proteine, die chemisch sehr reaktionsfähig sind und durch die Nukleinsäure, die äußerst replikationsfähig ist, in Form einer Arbeitsteilung gewährleistet wird.

Im weiteren Verlauf des Buches konstruiert der Verfasser ein Modell der urzeitlichen Erde und er prüft die Bedingungen, die dazu nötig gewesen wären, daß Leben auf der Erde hätte entstehen können. Er schließt dabei nicht aus, daß das Leben auf der Erde entstanden sein könnte. Er weist aber auch nach, daß die Entstehung irdischen Lebens außerhalb der Erde nicht ausgeschlossen werden kann. Wegen der Vorgänge, die der Herausbildung des Lebens vorausgegangen sein müssen, hält er es sogar für wesentlich wahrscheinlicher, daß wir auf der Erde

mit Leben, d.h. mit einem organischen Dasein zu tun haben, das nicht auf der Erde entstanden ist. Aufgrund der Statistik günstiger Entstehungsorte für das Leben im Universum rechnet er mit einer beträchtlichen Zahl extraterrestrischer Biosphären und Zivilisationen.

Zur Erklärung der Entstehung irdischen Lebens hat Crick zusammen mit dem Biologen Leslie Orgel die "gelenkte Panspermie-Theorie" entwickelt. Diese besagt, daß die Erde von einer extraterrestrischen Zivilisation mit ausgewählten Mikroorganismen infiziert worden sei. Dieser Vorgang, so der Verfasser, sei mit Hilfe eines unbemannten Raumschiffes erfolgt. Gleichzeitig zeigt der Verfasser jedoch, daß eine herkömmliche Kommunikation zwischen extraterrestrischen Zivilisationen, sofern sie noch existierten, und der Erde auf so gut wie unüberwindliche, physikalische Grenzen stößt.

Zum Schluß warnt der Verfasser davor, beim Ausbau der Weltraumfahrt fremde Planeten unbedacht zu infizieren.

Man muß nun feststellen: Crick zeigt einerseits offene Probleme bezüglich unserer wichtigsten kosmologischen, biochemischen und biologischen Erklärungshypothesen, andererseits entwickelt er eine beträchtliche Portion konstruktiver Phantasie auf dem Weg zur Lösung dieser Probleme. Dabei berührt er wichtige philosophischen Streitfragen der Gegenwart, die insbesondere den Umgang mit allem Lebendigen betreffen. Dieses Buch dürfte den nachdenklichen, kreativen Naturforscher ebenso wie den philosophisch anspruchsvollen Laien unter der Norm zuverlässiger Informiertheit anregen.

Martin Butter

Ron Parsler (ed): *Capitalism, Class and Politics in Scotland*. Gower, Aldershot 1980.

The book consists of a series of sociological studies which are important because they concentrate attention on Scotland and clearly outline potential problems of the future. Emerging from the studies is the prognosis that labour Marxist and Scottish Nationalist Party groups are likely to arrive at a synthesis of views as time goes by, leaving conservative groups in a minority, leading to a "Scottish Scandinavia or a Scottish People's Republic."

Several analyses undermine superficial class assumptions, and, moreover, detach political affiliation with the Church from capitalism in terms of an appreciative critique of Max Weber.

Even the notion of extensive British capital ownership is shaken, in intended not only to put a spotlight on Scotland - a very important analysis in that respect - but also to set up lines of thought making it easier to associate Scottish nationalism with socialist and Marxist attitudes (in sociological terms) rather than with centrist and conservative (categorised as "managerial") interests. The book includes aspects as varied as press impact, North Sea oil, and an "Ulster scenario" model for future Scottish development. There is no detailed analysis of living conditions or economic developments related to them and a relationship to the EEC is not part of the researcher's model.

The study is well documented, closely argued, and worth the scrutiny of readers, whatever their political persuasion.

Chris Terry

Security in Southern Asia, I : The Security of Southwest Asia, 182p. by Zalmay Khalilzad, II : *India and the Great Powers*, 234p. by Timothy George, Robert Litwak and Shakram Chubin. Gower, Aldershot 1984.

Security in Southern Asia comprises two complementary volumes : the Security of Southwest Asia and India and the Great Powers. It has been published by Gower for the International Institute for Strategic Studies (IISS) - an independent body concerned with strategic questions, not merely to do with military aspects of security but of security but also with the social and economic aspects, and the political and military implications of the use and existence of armed force - the basic problem of peace?

In the first volume of Security in Southern Asia, the influences that cut across Iran, Afghanistan, Pakistan and India, are dealt with ; each influence is described and its effect analyzed. It is only in reading this study that one realises the complexity and almost hopelessness of the situation. The whole instability of this corner of the world, only now being fully recognized by the USA, to the latter's detriment but the USSR's benefit, becomes apparent. In imposing stability in India one is faced with numerous problems - the language conflict, that there are over 1,600 languages in India and 14, spoken by 87% of the population, are recognized by the Indian constitution ; the independence demands of Nagaland and Mizoram ; internal immigration (remember there are hundreds of different tribes and races within India) which can lead to racial resentment by the outnumbered residents : the Muslim-Hindu conflict ; Sikhism, now a growing problem also internationally ; and the problem of central control, about which one high court official

remarked : the police is the largest and best organized crime ring in the country.

Zalmay Khalilzad is also aware of outside power influences in this respect, and he devotes one chapter to the pattern and consequences of their activity and their responses to internal and regional conflicts. The author notes that the Soviet invasion, after disillusionment with the Khalqui leaders after having assisted in the coup and the subsequent up-holding of the regime, was all the same a fundamental departure from the usual pattern of big-power involvement in the area (though if the same circumstances were to arise again Soviet invasions could well occur). Also interesting is that, according to Khalilzad, the 'demand' for external involvement further increases as the internal or regional instabilities escalate on the part of the side that perceives things moving negatively for itself. And which power is turned to is merely a matter of pragmatic calculation and ideological preference of the ruling elite.

It is important to recognize that this area of the world is in the midst of a crisis - consider the inter-national problems like Kashmir, Indo-Pakistan conflicts, the Helmand dispute between Iran and Afghanistan. Democracy is something absent and this is something that everyone seems to accept. So it is no great burden if the regime happens to have come into power, in Western eyes, illegally. As the author notes in the conclusion on prospects for stability : Dominant groups are almost certainly going to be extremist. If such regimes do emerge, they will emphasize law and order, and limit freedom and political freedom. It is interesting to note that the most organized political groups are the communists.

In the second volume, 'India and the Great Powers', India and her relations to the USA, the USSR and China are

analyzed. By virtue of size, power and influence, India is the dominant power in South Asia. As a result her relations with the great powers are of essential importance. In this study, the relation is dealt with in terms of historical background and prospects for the future. Sino-Indian relations, (dealt with by Timothy George, who has served in New Delhi and Peking for the British Diplomatic Service and now member of the British Delegation to OECD in Paris), because they concern two neigh-

boring nations are inherently important - in fact the most important of China's links with the Subcontinent. By keeping her relations with India on a reasonable footing, China may be able to help prevent the further tilt towards the Soviet Union, which might otherwise result. And more equidistant position on the part of China or between India and Pakistan cannot but be helpful. At the same time India wants some leeway in her external relations, with the USSR in particular, and can use relations with China to this end. The author concludes that both India and China are going to be of increasing regional, not to say world, importance. And the implication of this must be extreme sensitivity on the part of the West, if its strategic interests are not to be damaged any further. Failure to face up to dilemmas will jeopardise Western interests, particularly in the Subcontinent.

Robert Litwak was a research associate at HISS when he wrote this study on the Soviet Union in India's Security Perspective, and later at Harvard on its revision. He is currently a research associate in the Information Security Studies Programme at the Woodrow Wilson Centre for Scholars in Washington, D.C. Litwak sees India as being totally egocentric. Indians appreciate and value Soviet support precisely because they are convinced that it

helps them realise their own national goals. For the Soviet Union, the relationship with India offers a means of counterbalancing Chinese and American influence. These Indian goals are to ensure protection from outside, for which Russia neatly provides 80% of their weapons; to secure a prominent position within the international community, particularly with the Non-Aligned Movement, for which military strength plays a major role; and finally to insulate the region from outside power involvement, so that she could play the role of security manager in South Asia. Though this could prove her downfall.

India has a very strong hand in her game with Russia. Firstly, India is just too large a country and too well organized economically for the USSR to try and conquer, or even influence in her policy. It would take enormous infusion of resources, which the Soviet Union probably does not even have. Secondly, because of the latter point, Russia can only offer help in order to gain favours, which is good news for India and she knows it. Furthermore if the USSR steps out of line, like moving over the Durand Line, which would be construed as a direct challenge to Indian primacy on the Subcontinent, there would be a dramatic re-orientation of India's diplomatic posture back towards the West and provide impetus for a Sino-Indian rapprochement, not exactly the Soviet dream I would suggest.

The US formulation of its relations to India has been faulty, according to Shahram Chubin, the author of this section on American-Indian relations, from the Graduate Institute of International Studies, Geneva. The US has not seen the cultivation of a strong independent India as an asset, as the USSR has seen a non-Western India. Nor has the US understood the relationship between India's needs and its

alignments. The US has failed to see the almost self-regulating nature of these ties, wherein excessive alignment of India with the USSR undermines India's claims to autonomy in international affairs, stimulating India in turn to search for greater leeway. The fact that the USSR has become the chief trading partner is due more to Soviet enthusiasm rather than any Indian preference. American neglect of India has its origins in the failure to formulate any long-range or 'dynamic' view of international relations. This neglect has contributed to the warmth in Soviet-Indian relations and this has in turn (in a self-fulfilling manner) stimulated further neglect or de-emphasis. Chubin concludes with a great challenge to the USA: 'This vicious circle can be broken only if American policy-makers have some realistic conception of the role they would like India to play.' This is a comprehensive and interesting study full of constructive ideas. It calls for India's importance to be recognized and fixed in the evolving international system. Once this is done India will be attracted into the Western international circles and encounter democratic ideas such as 'freedom in stability' and vice versa.

Mark Jones.

Jack Parson: Botswana - Liberal Democracy and the Labour Reserve in Southern Africa. Gower, Aldershot 1984. 138 S.

Botswana is a small landlocked nation, surrounded by hostile nations, and to survive it has to carve out an independent existence and create a prosperous society. Whether they succeed is for history to decide and how far they can decide history. The experiences of Botswana are typical of the problems, prospects and limits of Third World

development in an increasingly difficult international environment, marked by worldwide inflation, a strong US-Dollar, uncertain international markets, and the interplay of superpower politics. All the same this country has something.

On gaining independence from Britain, Botswana did not become a "crazy state", a banana republic or a battlefield for communists and nationalists. Botswana became a truly democratic state, holding onto the stability which the British had established in 1885. The wonder of this becomes apparent when one looks at the map and the history of this shortly lived democracy. To the South of Botswana lies South Africa, which takes 50% of the labour force for its mining industry and because of the lack of capital in the country of Botswana is able to pay tiny wages and get even better returns, since there is no education or health to pay for these migrant workers, who return home at weekends or after longer periods. All Botswana's trade has to go through South Africa - yet another burden to the state, which has to be sensitive as a result in their every policy. So how does Botswana manage to maintain any claim to being independent, when as far as one can see politically and economically they seem to be independent on South Africa?

Without giving any clues away, one must remember there is an international body, with a conscience about racialism and who needs to be able to hide behind something when pointed at. Professor Parson gives an excellent analytical introduction to the country, surveying the geography, climate, people and history, and then concentrating on events since independence in 1966. He discusses the rationale of development strategy and the allocation of resources in relation to the development of Botswana's agricultural, mining, and manufacturing sectors.

The author also addresses Botswana's position as a frontline state in Southern Africa and its relations with other African states, the United States and the USSR. There is a concise concluding chapter outlining the problems and prospects related to the political stability, economic growth and social development in Botswana's future.

One more thing to add is Professor Parson's conceptualization of the "peasantariat" and its relations with the governing class and foreign capital. This gives the study even more interest and a wider theme.

As Africa becomes more important politically and the West realises its responsibility to its development, this is a most educating and fascinating book, that I could really recommend.

Mark Jones

Jan B. Weydenthal-Bruce Porter-Kevin Devlin: *The Polish Drama - 1982*. Lexington Books, Toronto-Lexington 1983. 151 S.

The events of 1980-82 in Poland marked one of the most dramatic and important developments in the history of communist rule in Eastern Europe. In a matter of two years a political system, supposed to be firmly established, practically crumbled under the pressure of popular rebellion and then came back to life thanks to extraordinary effort of self-preservation and help from other communist countries directed and coordinated by Russia. With such a complexity of elements - euphoria, tragedy, spontaneity, and deliberation - the story of this development still remains fascinating and yet mysterious.

The drama and importance of course was not confined to Poland and East

Europe. They created a crisis for European communism which split on the Polish question as a result. Italian communists denounced the imposition of martial law and developed this into an extensive critique of the Soviet/East block system; whilst the French communist party supported the Polish authorities albeit in a somewhat varying manner. This naturally had further consequences for the socialist government with whom the CPF was in coalition at the time of the Polish drama.

The book deals first and foremost with the political trends which were a whole. Jan B. Weydenthal deals with internal developments in Poland before the imposition of martial law. Bruce Porter provides a description of Soviet policies towards Poland and East European responses related to the Polish situation. Kevin Devlin sketches the historical background of Western communist attitudes towards the East European regimes before analyzing Euro-communist reactions to events in Poland after the emergency of Solidarity. All three authors then contribute in the final part of the study, a chapter to the analysis of political problems entailing the imposition of martial law. The authors are all members of Radio Free Europe/Radio Liberty research staff and have used the extensive resources provided by the institution in their work, a work that makes essential reading for anyone who pretends to understand the plight of the Polish people and the global significance of this plight.

It is striking how the communist parties all around Europe became so active either supporting the authorities or trying to involve themselves in the activities of Solidarity - this became clear in the resolution of the Dutch communists in November 1982. I am suspicious of such willingness to go against the very body that supports them. And I would suggest that this

suspicion seems to be confirmed by the fading of the Solidarity candle. However I would also include some more causes of this fading, at least in my opinion: namely we in the West have compromised, yet again, our beliefs by allowing the Soviet Union kill the spirit and individuality of a nation. This will invariably have consequences for democracy in the world. Who will want to believe in such a weak doctrine? And I can tell you it will not be the youth of today - the Greens and the communists and a few other groups recognise this as well.

Mark Jones

German Comments - a review of politics and culture. Verlag A. Fromm. Osnabrück, West Germany.

This booklet, published twice a year and sponsored by the Konrad Adenauer Stiftung is excellent education. Totally in English, written in a clear style, it not only contains interesting insights but it also offers a real understanding of German politics and culture.

In the first few editions, there has been a portrait of the new German president, Richard von Weizsäcker; an analysis of the 1983 German election; a look at Reagan's view of Germany and Kohl's view of the U.S.; the East German view of Luther; and not to be ignored the ever-raging (that is within the Federal Republic) question of national identity - a split nation or a whole half.

It is hard for the Englishman or American to find out what is happening in Germany, except through German newspapers of course. In England one might be lucky enough to get a paragraph or two in the 'Times' and maybe more in the 'Financial Times'. So this

is both refreshing and pleasing news. There is a lot more to Germany than history, and one can hope that the opportunity to subscribe is not wasted.

VERLAG A. FROMM Postfach 19 48 D - 4500 OSNABRÜCK

Price is 15DM/annum, plus postage.

Dieter Oberndorf (Hrsg.): *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa. 1: Südländer. (The Socialist and Communist Parties of Western Europe, Part One: the Southern States)*. Opladen 1978, Leske Verlag, 386 p.

Socialist and Communist parties are never the same wherever they exist. Different situations and environments demand different policies and different policies demand different leaders. In this book, however, there is the suggestion made that there exists a definite difference between the southern states of Europe (Italy, Greece and the northern states (Britain, Norway, Sweden, Denmark and Finland). These latter countries are discussed in the second part of this analysis. The last point is now reflected in that these are countries with socialist/communist governments, whilst the rest of Europe is enjoying a time of Christian Democracy.

This book does not merely look at the present state of the parties but goes into their political and ideological sources. For instance: Spain, whose left was forced underground during the reign of Franco, now finds itself with a socialist party more radical than its communist counterpart. The socialist takeover of the civil service is foreseen in this book, as well as other problems of the Gonzalez government. One example of this is the pressure the Socialist government has brought upon the extreme right, which ultimately

led to Tejero's attempted coup.

The other countries discussed in this book are Italy, France and Greece - each country facing similar problems of inflation and unemployment but with a strong sense of nationalism which is being exploited not least in Italy.

This comparative study is aimed more at the political student, though as an introductory study it is not over-demanding for those not actually qualified or qualifying.

There is a good comprehensive bibliography at the end, something important to the political researcher.

Mark Jones.

Andries Sarlemijn: *Hegelsche Dialektik*. Walter de Gruyter, Berlin-New York 1971. 206 S.

Der Autor lehrt Philosophie an der Technischen Hochschule in Eindhoven (Niederlande); mit der vorliegenden Arbeit promovierte er an der Universität Fribourg (Schweiz), wobei die in lebenslanger Erfahrung fundierten Kenntnisse seines Doktorvaters Professor I.M. Bochenski auf dem Gebiet der klassischen formalen Logik sowie auf dem der mathematischen Logik in vielfacher Weise zum erfolgreichen Ausgang seines Unternehmens beigetragen haben dürften. Jedenfalls erlebte diese Arbeit mittlerweile auch eine englische Ausgabe (*Hegel's Dialectic*. D.Reidel, Dordrecht-Boston-London 1975. XII-189 S.) und die erste Auflage der deutschen Ausgabe ist längst nicht mehr lieferbar. Dies verwundert nicht. Denn Sarlemijn hat mit seinen teils analytisch, teils rein spekulativ angelegten Untersuchungen Hervorragendes geleistet. Eine besondere Bedeutung kommt diesen Untersuchungen vor allem aus zwei Gründen zu. Erstens, weil der Verfasser die

Hegelsche Dialektik mit Zuhilfenahme der präzisen Denkmittel der klassischen formalen Logik sowie unter Berücksichtigung eines reichhaltigen geschichtlichen Materials zum Gegenstand einer ersten Überprüfung macht. Zweitens, weil er zugleich einige nachwievor lebendig fortwirkenden, außerordentlich wichtigen heuristischen Ideen, die in dieser Dialektik enthalten sind, in überzeugender Weise aufdeckt.

In Bezug auf die Formel der "Negation der Negation", die im Sinne der Dialektik keine einfache Affirmation ergibt, hebt Sarlemijn mit Recht hervor, daß diese Formel ein Gesetz der subjektiven Dialektik, d.h. des aufs Ganze betrachteten Denkprozesses - und nicht etwa des erst in seinem Wesen wahrhaft reflektierten, objektiven Seins - repräsentiert. Dies trifft auch dann voll zu, wenn diese Formel gerade die objektiven, seismäßigen Inhalte des Denkens für den Erkenntnisprozeß gesetzmäßig geltend macht. Die von Hegel stammende Unterscheidung zwischen objektiver Dialektik ("objektiver Logik" d.h. Ontologie und Metaphysik) und subjektiver Dialektik ("subjektiver Logik" d.h. Epistemologie und formaler Logik) wird nun auch von dem Autor übernommen. Diese Unterscheidung liefert einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Hegelschen Dialektik überhaupt.

Für das Ergebnis der vorliegenden Arbeit ist es besonders vorteilhaft, daß der Autor nicht nur bis zu dieser Unterscheidung von objektiver und subjektiver Dialektik vordringt. Er vermag darüber hinaus, darin ebenfalls Hegel folgend, auch die objektiv und inhaltlich bedingte, asymmetrische Interdependenz dieser beiden Bereiche und damit die grundlegende Dependenz der subjektiven von der objektiven Dialektik sowie die übergreifenden geistigen Aspekte jeder Objektivität

prinzipiell zu erfassen. Was die Struktur seines Gedankenganges betrifft, gelangt Sarlemijn aufgrund der Klärung dieses Sachverhaltes zu einer vertieften und vielfältigen Analyse desjenigen Prinzips, nach welchem die Hegelsche Dialektik gesetzmäßig geordnet ist: zur Analyse des dialektischen Widerspruchs. Diese Analyse wartet zugleich mit den wichtigsten Ergebnissen seines Buches auf.

Sarlemijn erkennt die Gültigkeit des formallogischen Nicht-Widerspruchsprinzips für jedes theoretische System an. Er besteht daher im strengen Sinne und durchgehend darauf, daß in seiner aber auch in jeder anderen theoretischen Analyse die prinzipielle Forderung nach logischer Widerspruchsfreiheit erfüllt wird. Zugleich dringt er in beträchtlicher Tiefe sowie auf breiter Basis in den Inhalt des Hegelschen Systems ein. Dadurch eröffnen sich für ihn mit einem Schlag gleich zwei wichtige Ergebnisse. Zum Einen kann er den dialektischen Widerspruch im Unterschied zum formallogischen Selbstwiderspruch (Paradox) als "ein ontologisches Gesetz", d.h. als ein Gesetz der objektiven Dialektik deuten (S befindet sich in Bezug auf P genau dann im Prozeß des Werdens, wenn S ist P und zugleich S ist nicht P, bzw. der mit p beschriebene Zustand befindet sich genau dann im Prozeß des Werdens, wenn K p N p gilt). Er kann zugleich die Objektivität des Prinzips des dialektischen Widerspruchs, dieses "ontischen Beweggrundes" nachweisen. Diese Objektivität besteht nun darin, daß im dialektischen Widerspruch, wo und wie er auch immer formuliert sein mag, etwas in gesteigertem Maße objektiv Gültiges, Gesetzmäßiges und faktisch Gegebenes, ja Werdendes zur Wirkung kommt. Zum Anderen kann er den folgenden, außerordentlich wichtigen Satz beweisen: "Beim Nachweis der Absurdität und Nichtigkeit des Widerspruchs der Realität

folgt Hegel den Regeln der richtigen Erkenntnis, der Widerspruchsfreiheit." Bei all diesen wertvollen Einsichten und beweiskräftigen Feststellungen geht der Autor leider auf etwas nicht mehr ein. Darauf nämlich, daß die formale Logik, die auf dem Prinzip des Nicht-Widerspruchs, d.h. der Widerspruchsfreiheit basiert und die Hegelsche Theorie der Dialektik, die im Prinzip des dialektischen Widerspruchs begründet, wenngleich formal widerspruchsfrei formulierbar ist, sich infolge der Diversität ihres Gegenstandes asymmetrisch zueinander verhalten, indem sie sich zum Teil gegenseitig bedingen, einander aber zum Teil ebenso sehr ausschließen. Er zeigt nicht, wie die Asymmetrie des Verhältnisses der formalen Logik zur Dialektik im Einzelnen beschaffen ist und an welchen Punkten beide einander gegenseitig be-

dingen sowie wo und wann sie einander ausschließen. Auf die Anordnung sowie auf die kombinatorische Auswahl der Wahrheitswerte in den Wahrheitswerte-Matrizen mehrwertiger Aussagen- und Modalkalküle (Peirce, Post, Lukasiewicz, Tarski, Reichenbach, von Neumann, Birkhoff, Rogowski, Sinowjew, Rescher usw.), die eine widerspruchsfreie Formulierung des dialektischen Widerspruchs ermöglichen, wird übrigens diese Asymmetrie eindeutig abgebildet. Ebenso zeugt das Verhältnis der Tautologien der zweiwertigen Aussagenlogik zu denen mehrwertiger Logiken deutlich von der gleichen Asymmetrie.

Der Autor läßt sich auf die Analyse dieses Sachverhaltes leider nicht ein. Es scheint ihm überhaupt zu entgehen, daß mit dem formallogischen Selbstwiderspruch für ein - als objektiv da-seiender Akt vollzogenes und die Funktion der Wahrheitsfindung optimal erfüllendes - Denken zugleich ein dialektischer Widerspruch auftritt. Dieser wirft das Denken im Ganzen auf

seine, zum inhaltlichen Erkenntnisfortgang zwingende Unzulänglichkeit negativ zurück und bewegt es unter dem Gesichtspunkt der Wahrheitssuche fort. Ebenso wenig vermag der Autor ohne Berücksichtigung der mehrwertigen Aussagen- und Modalkalküle die Ursache dessen umfassend zu erklären, was er jedoch im Fall der Hegelschen Dialektik teils intuitiv, teils mit Hilfe des Apparates der klassischen formalen Logik nachgewiesen hat. Er vermag es nicht zu erklären, warum der dialektische Widerspruch sich widerspruchsfrei formulieren läßt.

Mit dieser Einschränkung des Problemhorizontes hängt wahrscheinlich zusammen, daß der Autor die Erörterungen der Hegelschen Logik über die Kategorie der Quantität im Wesentlichen unberücksichtigt läßt. Nach diesen Erörterungen Hegels besitzt die Quantität an sich genommen eine lediglich approximative Gültigkeit; zugleich erhält die Quantität nach Hegel erst im Maß ihren immanenten, wesentlichen sowie gesetzmäßigen Inhalt, indem sie als ein notwendiges, wenngleich nur extensional bestimmtes Aufbaumoment der sowohl extensional wie intensional bestimmten, objektiven und wirklichen Welt auftritt. In Hegels Theorie folgte daraus, daß die Quantität und die auf sie bezogenen bzw. durch sie geordneten, in der extensionalen Ordnungsstruktur der Welt begründeten Theorien für die wissenschaftliche Erkenntnis zwar unentbehrlich, jedoch beschränkt gültig und "äußerlich" sind. Der Autor erliegt dagegen einer irrümlichen Vereinfachung, indem er die Hegelsche Kategorie der Quantität lediglich als etwas Äußerliches behandelt. Dies verweist zweifellos auf bestimmte Schranken seiner Informiertheit. Er durchbricht zwar diese Schranken an einer Stelle. Mit sicherem Instinkt ahnt er (und in einer Fußnote deutet er auch an), daß zahlreiche philosophischen Implika-

tionen des metamathematischen "Unentscheidbarkeit-Satzes" von Gödel (1931) insbesondere zum Problemkreis der Hegelschen Dialektik gehören. Er verfolgt jedoch diesen wichtigen Gedanken leider nicht weiter. Das ist um so mehr zu bedauern, da eine spekulative Deutung der Gödelschen Ergebnisse zur Klärung der dialektischen Natur rein extensionaler Denksysteme (Axiomensysteme, Kalküle) sowie zur Einschätzung der Möglichkeiten und Schranken eines formalistischen Umgangs mit der Dialektik wesentlich beitragen könnte.

Noch schwerer dürfte wiegen, daß der

Verfasser die von Cantor bei der Konstruktion der transfiniten Unendlichkeit und der daraus folgenden Paradoxien der "naiven" Mengenlehre gegebene Analyse der Dialektik von Endlichem und Unendlichem in seine Auslegung des Hegelschen "wahrhaften" (intensiven) Unendlichen nicht einbezieht und auf eine spekulative Deutung der Cantorsche Begründung jeglichen extensionalen Denkens verzichtet. Die einschlägigen Ausführungen Cantors oder spätestens die diesbezüglichen Hinweise Findlays (1958) scheinen ihm unbekannt oder eben unbedeutend zu sein. Bestimmte formalwissenschaftlichen Theorien (Systemtheorie, Kybernetik, Spieltheorie) oder Umbrüche in der Physik sowie in der Biologie, die infolge der Konstruktion der relativistischen Mechanik und Gravitationstheorie, der Quantenphysik, der Genetik und der Biophysik vollzogen wurden, veranlassen Sarlemijn ebenfalls nicht dazu, diese Konstruktionen dialektisch zu deuten und sie bei der Hegel-Analyse fruchtbar zu machen. Der Grund dafür liegt zweifellos darin, daß er bei der Betrachtung der gesamten Hegelschen Dialektik die Naturphilosophie Hegels und deren Verhältnis zum heuristischen Hintergrund der neueren Naturforschung folgenswer-

vernachlässigt. Nicht einmal die flüchtig erwähnten Gedanken Losskys (1935/36) legen ihm überdies nahe, dem dialektischen Ursprung einer intuitionistischen Begründung der Mathematik nachzugehen und Hegels Dialektik als die philosophische und kritische Heuristik für den mathematischen Konstruktivismus darzulegen. Schließlich dürfte die geometrische Figur des Kreises, die Sarlemijn zur Veranschaulichung des Hegelschen Begriffs der "Aufhebung" anführt, wenig hilfreich sein, zumal der komplexe Begriff der Aufhebung im Sinne des Aufbewahrens, Erhaltens und zugleich Aufhörens, Ein-Ende-Machens sich vielmehr an einer Spirale topologisch darstellen läßt, wie das spätestens von Sabelli (1970) in einer "Helix-Algebra" bewiesen wurde.

Gemessen an dem beträchtlichen heuristischen Wert der Analyse, der der Autor das Prinzip des dialektischen Widerspruchs unterzogen hat, dürften diese Unzulänglichkeiten des Buches letztlich doch nicht ausschlaggebend sein. Wie auch die Schlußfolgerungen, die Sarlemijn aufgrund seiner Widerspruchs-Konzeption für den Begriff der Metaphysik zieht, weit über die Schranken seiner Hegel-Deutung hinausweisen. Er zeigt überzeugend, daß mit dem Prinzip des dialektischen Widerspruchs Hegel den falschen Dualismus, ja die falsche Trennung von Idealität und Realität überwindet, die Metaphysik vertieft und mit ihrem Gegenteil bereichert, indem er eine über sich selbst transzendierende Realität und zugleich ein gerade in dieser Realität konkretisiertes, diese Realität immanent begründendes, transphysikalisches Sein postuliert. Er weist bezüglich der Kategorien der objektiven Dialektik den radikalen Wandel ihrer Gestalt in einer erneuten Metaphysik nach: das Unendliche ist in der Tat bei Hegel zugleich endlich, das Notwendige schlägt inmitten des Übergangs vom Mögli-

chen zum Wirklichen in Zufälliges um und umgekehrt, Ursachen treten zusammen mit Gegenwirkungen letztlich als reale Wechselwirkungen auf, das Universale ist zugleich individuell, das Generelle ist zugleich singular und das Abstrakte ist zugleich konkret.

Die intensive Inhaltlichkeit der Realität, die in der Hegelschen Dialektik zur Geltung kommt, ist, wie Sarlemijn zeigt, nichts anderes, als die Selbstbewegung der Idealität, von der jede Realität im Ganzen gesetzmäßig abhängt. Der Autor kann daher auch im Hinblick auf die Rolle begriffener Idealität bei der Realisierung menschlicher Freiheit überzeugend feststellen: "Die ganze Wirklichkeit ist so nichts anderes, als das Tun des absoluten Ideals...Für Hegel lebt und bewegt sich nur das Ideale."

Die weittragendste Schlußfolgerung aus Sarlemijns Untersuchungen besagt daher, daß Idealismus und Dialektik im Fortgang der Erkenntnis untrennbar sind, daß nur ein dialektischer Idealismus, mit dem das Denken sehr wohl die Tatsachen seines Gegenstandes zu erklären vermag, imstande ist, die materielle Realität und zugleich sich selbst konkret zu erfassen sowie von Fall zu Fall sich selbst kritisch zu überwinden. Ein konsequenter Idealismus kommt daher nicht um die Dialektik herum und eine wirkliche Dialektik ist immer idealistisch, während ein konsequenter, letztlich allzu simpler Materialismus immer undialektisch bleibt.

Sarlemijns Überlegungen über die aktuelle Anwendung der Hegelschen Dialektik in der Gesellschaftstheorie sowie in der Ideologiekritik im letzten Kapitel seines Buches sind gerade im Lichte dieser Einsichten äußerst gedankenerregend. Mit der dezimalen Gliederung der einzelnen Kapitel sowie mit der konzentrierten Zusammenfassung des gesamten Gedankengangs gewinnt Sar-

lemijns Buch ganz besonders an Übersichtlichkeit. Es gehört auf jeden Fall zu den wichtigsten Arbeiten, die je über Hegel veröffentlicht wurden.

Ladislav Farlay

¿PAN?

In Frage gestellt: das tägliche Brot. In vielen Teilen der Welt herrscht Hunger. Dabei wäre es möglich, die gegenwärtige Bevölkerung unserer Erde ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Der Hunger läßt sich jedoch nur überwinden, wenn es gelingt, in den Ländern der Dritten Welt selbst mehr für die eigene Versorgung zu produzieren und gleichzeitig die Entwicklung, vor allem der ländlichen Gebiete, in vielen Bereichen voranzubringen. Die Aktion »Brot für die Welt« trägt dazu bei. »Brot für die Welt«
Spendenkonto: 500 500-500 beim Postgiroamt Köln oder Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 50101).

Summaries

A Plea for the Restauration of Freedom:

14 Points Towards the Consolidation of the "Wende" in Germany

by Hans-Jürgen Zahorka MEP

The CDU has reached a point in its history, where its model of a "Wende" appears to be not inconsiderably endangered. Spectrum of the coalition's policy, the drifting of the SPD in "Green" positions, the persistent appearance of the greens as parts of the parliaments at federal and state level and the effects of the Flick-matter on the party opinion-makers at all levels permits only a few months before the state elections in the Saarland, Berlin and Nordrhein-Westfalen to consider, which stress the CDU wishes to reinforce or renew. One is then directly confronted by the desire to link the CDU and its policies more strongly with possible values, with hope and optimism and to achieve more content, more profile through clearly defined policies, even if there is a danger, that the population will become more clearly polarized into CDU supporters and opposers, who nevertheless respect CDU policy.

The author of these points is not tied to specific processes of opinion making through federal mandate by which he could be subjected to pressure. This is an opinion paper neither perfect nor final a discussion paper, which doesn't claim infallibility nor immunity from error.

1. The change from the socialist-liberal era of 1969-1982 must be more sharply defined. With respect to the political system the CDU has not done everything possible and necessary to introduce a period of stronger individual responsibility, while shaking of the residue of the welfare state. In the area of debureaucratization and with respect to the dismantling of subsidies and reprivatizing of public participation in business the CDU has failed to explain its new policy with sufficient energy and effect. In these matters the german "Wende" should be defined by a broader information policy both with respect to internal party concerns and the public. A condition for that is of course the realization of existing privatization plans; the muddle over Luftbansa has a negative effect on the credibility of the people concerned.

2. The CDU must take over the lead respecting the recognition, that the highly developed industrial society is being replaced by information society. Even the SPD recognizes that this cannot be stopped. The CDU must risk a clear "Yes" to new technologies. It should support entrepreneurship and introduce newly established businesses into this area ("Silicon Valleys") through massive stimulations

and further european and worldwide joint ventures and partnerships. The CDU must represent the new jobs which clearly result as its own success and make sure the public understand. One of the main reasons for the 1984 Reagan/Bush victory was that the president's team could show that 200 000 new jobs had been created every month. This affirmation of new technology must be connected with privately motivated investment in projects like space-research, major transport projects (TGV, Channel-tunnel) etc.

3. The CDU must attempt to change European mentality in this respect, where one feels apologetic for earning money and for economic success. Entrepreneurship in the best sense of the word, creativity, profitability, innovation capability, the readiness to take risks, the creation of new jobs in new areas simultaneous with the decline of traditional industries must not be taboo or socially unacceptable or vice. A clear affirmation of achievement is necessary. The CDU must assert its self-evidently immanent liberal-conservative patterns. Only then can the necessary growth, monetary stability and job creation be permanently consolidated.

4. Here a clear "Yes" to elites is missing. The CDU should show itself positively open to private business oriented attempts to found universities. Just as important is high performance oriented reorganization of the state universities and colleges in special subjects and in the area of general knowledge. Moreover a radical expansion of private business sponsored research activities in these institutions is equally important. The hesitant efforts to date have barely permitted the promotion of an elite or not all, on the contrary they have assisted the entrenchment of mediocrity.

5. While in the opposition the CDU concerned itself more with the discussion of the Social Market Economy than it does now. The economic situation of Germany – as a model for her european partners – should consider whether successful promotion of the Social Market Economy is possible without the validity of the principles of the free market economy and whether the free market economy shouldn't be stressed at least for a certain period. In this case a radical dismantling of bureaucratic red tape, regulations, statistics and so on is necessary and would rid us of a lot of understandable frustrations, especially among medium to small entrepreneurs. Sensible and liberating fun with technology – too long discredited – should be praiseworthy; the positive time and energy saving effect of technology should be politically asserted. Economic concepts such as supply side economics connected with sensitive tax relief and monetarism should be discussed without prejudice. The author is not aware that the CDU has concerned itself with ideas such as the so-called "Laffer-curve".

6. In this connection (taxation) the relationship between individual and state must be newly discussed. Without this it is not possible to distinguish between political aims based on personal and human dignity from other kinds of political

goals. The CDU has not yet managed to become the advocate of a new individual liberalism. Interventions by state authorities, the "fourth power", that is to say certain parts of the press into the sphere of the individual have not become fewer or of less import since the "Wende". The absence of trust on the part of the individual in that liberty which must be guaranteed in law by the state has led to broadly based insecurity among the responsible and creative elements in the economy and in society. Freedom, however is not only secured through the legalistic regulation of relations between citizens, but also by the legal protection of the citizen from those, who want to subject him to the illegitimate application of the power of the state.

7. Christian-democratic oriented policy cannot be attached to the principle of liberalism alone. The principle of solidarity, that is the positive appreciation of the virtue of solidarity at all levels is also a part. But this cannot be prescribed by the state, but must be borne by a consensus. Volunteering isn't widespread enough among us. It can however, if borne by many and if it becomes popular to help, move mountains. The CDU could do more for the "volunteering principle" in the areas of social work, third world aid etc. For this we require the assistance of all elected representatives at all levels. Needless to say, party members must not be robbed of all motivation by financial "horror-stories" about highly placed and perhaps inadequate politicians, who are exposed by high incomes from unmentioned sources.

8. The CDU should not try to outgreen the Greens. It should even reject ecological hysteria. At the same time the CDU should develop an open attitude to the environment, the enjoyment of nature. The CDU should produce models for an eco-oriented combination of business, technology, science and the biosphere.

9. The CDU should commit itself more clearly than ever to the atlantic partnership. It should recognize the principles of US-policy more than the momentary position of the government. Hand in hand with this the CDU should go on the offensive in seeking confrontation with communism. Freedom as an alternative to this dictatorial, inhuman system of oppression is a stronger argument than physical and psychological repression. The CDU ought to resist a certain softness in public opinion, which doesn't or cannot respond to facts respecting communist tyranny which should be condemned.

10. At the same time the CDU should join the avant-garde of a fresh discussion of human rights with the emphasis on the liberty of the individual and his responsibility. With respect to the relationship of the individual to the state, the intervention of the public Moloch against the individual, the main themes should be the new technologies, biotechnology, telecommunications, privacy. At the same time it is an absolute must to proceed against the excesses of state power or "crazy states" in Y. Drors sense in other parts of the worlds. This is of great significance respecting our credibility. Not only communism but also overtaxed caudillisms plague vast parts of humanity.

11. The CDU should handle the issue of Europe as a "New Frontiers" project – not just as an obligatory exercise during election campaigns but with full consciousness and total conviction. A future for the Federal Republic of Germany is only conceivable in a strong unified Europe. No other political force would have the tradition, will and dynamic tenacity to create a wholly new, concrete political formation with hope, creativity, optimism and a supra-national consensus – that is European integration. Hesitant, in many respects nationally oriented, incoherent and bureaucratically weighted European policy must give way to an energetic policy of integration directed towards european federation. For the years up to 2000 "Europe" must become an issue promoted by the CDU. A conflict between reunification as seen in the rule of law and European integration must not be permitted to arise. A determined commitment to human rights respecting the population of the German Democratic Republic needs must accord to the priorities of freedom and self determination. Internal German patterns of sentiment should not be made into a political yardstick.

12. The CDU must have the courage to admit on the part of the greater majority of the population to a certain "decadence" and personal fallibility. It is this and precisely this that creates optimism – the feeling that one is and cannot be perfect. The "angst" mentality, fed by the pulpit on occasion supported by the intoning of "We are afraid" with a certain red-cum-green aura, must be openly attacked. These chorales of fear are inimical to discussion, imply false piety, are duplicitly moralizing and hypocritical.

13. The CDU must make concession to the changing party system but other democratic parties must do so too. In the sense of a consensus of free forces supporting the constitution the CDU must consider liberal elements more. The SPD ought, if it can, find its way back to genuine social-democratic positions. It attempts to conform to the "Greens", a majority left of the centre as Brandt implied hasn't worked and won't work. Their basic programme should be entitled "Back to Godesberg". Lassalle, Bernstein, Erler, Leber could not find a spot for themselves in the present SPD. The CDU and SPD must say quite clearly that in many areas the Greens represent primitive positions, anti-parliamentary, anti-democratic, that they are plebeian and intolerant, that they have some fascist tendencies and are susceptible to communistic infiltration and control. An economic policy based on their ideas would create mass unemployment, de-industrialisation, and an irrecoverably catastrophic economic decline. The "Green" school of thought on the economy has earned the nickname "the Morgenthau boys". That must be made clear to the population by the CDU – the SPD can't do it – not just by individual politicians, but by a comprehensive action on the part of the whole party.

14. The CDU is in the privileged position of being able to convey economic solidity, love of Nature and an open-armed attitude to the world at the same time. Up to now we've been too hesitant. They can certainly take a chance on being

called "conservative" by some people. Political name-calling and label-sticking won't work against strong arguments because they are the right arguments. The CDU must take advantage of the atmosphere it conveys through public relations work and not only just before election dates. It must learn to convey its arguments in simple statements and effectively. Rather than general insecurity and uncertainty our citizens want a solid platform which they can stand on with both feet. We just have to offer it to them.

Die "Wende" in Deutschland –

Vom sozialen Liberalismus zum liberalen Konservatismus

von Hans-Joachim Steck

Mit der Auflösung der Bonner SPD-FDP-Koalition im Sommer 1982 und mit der Bildung einer CDU-CSU-FDP-Koalition, die am 6. März 1983 eine eindrucksvolle demokratische Legitimation erhielt, setzte sich in der Bundesrepublik eine breit angelegte, politische Hinwendung zum liberalen Konservatismus durch, die oft als "Bonner Wende" bezeichnet wird. Der vorliegende Aufsatz behandelt – nach einem kurzen Rückblick auf den auslösenden Anlaß dieser "Wende" – die wirtschafts-, finanz-, sozial- und ordnungspolitischen Probleme, bei deren Lösung die alte Koalition vollends versagt hatte und angesichts derer die neue Koalition ihre Programme und Strategien entwickelte.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Bestrebung, auch durch Inkaufnahme einschneidender Maßnahmen die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Diese Bestrebung wird von dem Willen begleitet, marktwirtschaftskonforme, staatliche Initiativen zur Förderung gewinnbringenden Wachstums, insbesondere unverzichtbarer Exportgewinne zu ergreifen, ferner die Geldwertstabilität zu sichern und die Massenarbeitslosigkeit von ihren tatsächlichen Ursachen her abzubauen. Der Autor zeigt nun im einzelnen, welche, zum Teil gesetzgeberische Maßnahmen von der neuen Koalition bereits getroffen wurden oder erst geplant werden, um diesen Zielen möglichst nahezukommen. Er erörtert dabei die geplante Steuerreform, die Fördermaßnahmen zur Risikokapitalbildung auf dem Felde neuer Technologien, die Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, den gezielten Mitteleinsatz bei der Gründung neuer Unternehmen in zukunftsträchtigen Branchen (Dienstleistungen, Informationstechnologien, Umwelt usw.) sowie die langfristigen Weichenstellungen zur Erhöhung des Eigenkapitalanteils von Unternehmen. Der Autor weist überzeugend nach, daß nur aufgrund solcher Maßnahmen technologische Innovationsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Rentabilität und Investitionen gesichert werden können, um ohne Inflation und bei weltweit knappem Geld sowie hohen (zu auswärtigen Geldanlagen anstiftenden) Zinsen, nicht zuletzt aber ohne weitergaloppierende Staatsverschuldung der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Unter diesem Gesichtspunkt behandelt er nun die

sozialpolitischen Richtlinien der neuen Koalition, die auf einer erhöhten Eigenverantwortung der Arbeitnehmer basieren und den Staat lediglich dort zum Zuge kommen lassen, wo der einzelne überfordert wäre. Hand in Hand damit erfolgt eine Umorientierung der Familienpolitik, die staatliche Förderung wesentlich gezielter an die Betroffenen heranführen soll und im Endeffekt zu einer Steigerung der Zahl der Familiengründungen und der Geburten zu führen hat.

Schließlich hebt der Autor vier Problemkomplexe hervor, denen die neue Koalition auch mittel- und langfristig besondere Aufmerksamkeit widmen will. Hierzu gehören die Reprivatisierung zu unrentabler Wirtschaftstätigkeiten der öffentlichen Hand, die Entbürokratisierung staatlicher Verwaltungen und ihrer wirtschaftlichen Bremswirkungen, die wirksame Begegnung der Herausforderungen, die durch eine technologisch und informationell bedingte Reorganisation der Arbeitswelt entstanden sind und weiterhin entstehen und die Verringerung der wissenschaftlich-technologischen Kluft, die sich zwischen anderen Weltmarktkonkurrenten und der Bundesrepublik Deutschland spürbar gemacht hat.

Der Autor betrachtet die bisherige Regierungstätigkeit der neuen Koalition keineswegs unkritisch; er zeigt an manchen Punkten auf, inwiefern diese Regierungstätigkeit wichtige, insbesondere für den politischen Erfolg des liberalen Konservatismus lebenswichtige Erwartungen der Wirtschaft immer noch nicht erfüllt hat.

The Sino-Soviet Conflict –

Is a Detente in Far East Possible?

by Claus-Peter Grotz, M.A.

For more than a decade influential voices from the People's Republic of China have been warning against the western inclination to fall for temptations or extortions of soviet policy. At the same time PR China and USSR perpetuate their ideological and political conflict without intensifying their enmity into war. Since the beginning of the modernization era in China, which is closely connected with a free-market orientated shift of economical system, some liberating legal developments and an increase of technological and military cooperations with US, Europe and Japan, also a revaluation of chinese revolution seems to be inevitable. Especially the historical role of marxism in China could be thereby explained seriously, and also some conclusions could be drawn with regard to the really character of bolshevist seizure of power 1917 in Russia.

From this point of view sino-soviet conflict turns out to be an essential element within the system of international relations. This conflict is moreover the most important political index for possible developments in Asia.

The present essay reconstructs the main phases in the history of sino-soviet relations and their political, economical and military characteristics. It shows, that

chinese communism was from the outset more adapted to peasant revolution as well as to middle-class led dictatorship than to proletarian assumptions of bolshevist rule, and further that the relations between chinese and soviet communists in the Twenties had already implied the nucleus of later enmity.

Then the author analyzes the phase of minimal differences between chinese and soviet communism (1949-1957). As to this phase he works out the economical, ideological and military roots of the dramatically condensed conflict after 1957, which have led to ideological controversy.

The reinterpretation of chinese goals since 1972, which has been confirmed by new cooperations and coalitions, further by the modernization era, and also by the war against Vietnam exposes the whole importance of the sino-soviet conflict.

In spite of attempts to consolidate sino-soviet relations on a low level, author expects a fundamental constancy of sino-soviet conflict, which follows from essential vital interests of both countries. No detente with long-term harmonization of chinese and soviet interests, but variously exacerbated modes of permanent tension, oscillating between negotiations and military conflicts is to be expected, asserts the author.

Briefe an die Redaktion

"Daß bereits in der ersten Ausgabe der neuen Folge von LIBERTAS ein Artikel über Afghanistan erscheint, ist für unseren Verein und für die Afghanen überhaupt von außerordentlicher Bedeutung und ein Grund für große Dankbarkeit."

M. Daud Yaar
Geschäftsführer des
Vereins für Afghanische Flüchtlingshilfe e.V.
5300 Bonn

The Exact Systems Concept

by Ladislaus Barlay, Ph.D.

Systems concept, belonging to the key concepts of contemporary philosophical, scientific, economic and political reasoning, has an extensional aspect, which is fundamental for the constructions of mathematical systems theory, topological dynamics, dynamic programming, game theory, cybernetics, synergetics and also for some explanations in ontology and logic. This extensional aspect can be demonstrated by an axiomatic treatise on universal systems concept.

So, at first a set theoretic construction of universal input-output-systems with the characteristic mappings leads to the exact distinction between open and closed systems. Both kinds of systems can be represented by universal systems structure. Then, structure is extended to dynamical structure, in which the complex (mutually) causal flow of events passes as a whole. The axiomatic formulation of this structure is based on sets of inputs, outputs, states, on a well-ordered continuous time set and on the corresponding mappings (functions) and processes. It allows the deduction (proof) of theorems concerning pure input-output-models, discrete time models, finite models, linear models, smooth models and their analytic (differentiable) character. In the last case all magnitudes with the exception of time can be substituted by a set of generalized states. The structural dynamics is therefore represented by phase-space-transitions (and motions) and the main criteria for equilibrium states and also for stability of motions, respectively structural stability, can be proved. Dynamical systems structure is from the beginning a probabilistic one with possible non-probabilistic extreme values and all of its processes are stochastic in principle with possible non-stochastic cases. Equilibria are certain exactly defined phase-space-transitions (state-transformations) under assumptions of probability. Dynamical stability is therefore also stochastic, though with simpler criteria for special non-stochastic stability. The concepts of ergodicity, singularity, degree of freedom, catastrophe and feedback are adequately derivable from the peculiar properties of certain trajectories.

There are also some intensional aspects of systems concept to be found. The partially random flow of events in processes, being condensed in certain domains to systems, is closely connected with special non-stochastic characteristics of events participating in the constitution of systems as dynamic wholes, and this flow passes as a mutual causality of events. Singular equilibrium states and universal non-equilibrium states are inter-related and non-equilibrium states are at the least singular constituents of all equilibria. Stability domains of processes are based and also depend on instability, but they transitorily suspend some series of events corresponding to instability and they influence some singular series of events belonging to instable domains. Structural stability of systems results from the interaction of events in stable and instable domains and it is invariant to some series of events passing within the domain of instability. Every state of freedom, all purposes and aims and also all mean-selecting, goal-seeking (or feedback evaluating) series of optimal decisions are found in stability properties of systems, but they transcend these properties within the limits of their dependence on stability criteria.

Systems concept is an exact framework for applications in every modelling of formal, natural, mental, spiritual and social phenomena especially in the use of computer techniques of information processing and communication.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-Chief: Dr. Ladislaus Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzelsberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Juan A. Inoriza, Reinhard Stuth, M.A., Dr. Christopher Terry, Heiner Wehn.

Libertas Verlag
Schwenninger Straße 32
D-7032 Sindelfingen, 6
Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320
Bankverbindung/Bank account:
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.
Preis der Einzelnummer: 8.-DM, Jahresabonnement: 30.-DM
Alle Copyright-Rechte vorbehalten.
LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976
Single copies: 8.-DM, annual subscription rate: 30.-DM
All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:
LIBERTAS, Schwenninger Straße 32, D-7032 Sindelfingen 6.

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom

Adresse/Adress.....

Datum/Date.....Unterschrift/Signature.....

Seminar- Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen ! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des „Drumherum“, hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns !

**LIBERTAS, Schwenninger Str. 32, D-7032 Sindelfingen 6,
Tel. 07031/81855, Telex 7 265 320.**